

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



24. November 1980
Jg. 1 Nr. 4

Preis:
2 DM



Nordirland: Republikanische Gefangene weiten Hungerstreik für ihre Rechte aus Seite 7



Afrika: Nur durch wirtschaftliche Zusammenarbeit können die afrikanischen Staaten ihre vollständige Unabhängigkeit erkämpfen Seite 13



Besatzungsstreitkräfte: Angebot bei Lohnstrukturverhandlungen: bis zu 12% Lohnsenkung Seite 19

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 3000 Hannover, Große Düwelstraße 55, Telefon 05 11/85 35 27
Erscheint vierzehntägig im Verlag GNN m.b.H., 8000 München 90, Welfenstraße 12, Telefon 0 89/48 34 61. Preis: 2 DM

Inhalt

BRD-Konjunktur: Kapitalisten mit Regierung in Konjunkturschutzbund: Verlangen Reallohnsenkung, bieten Aufschwunghoffnung Seite 3

Abschmelzung der Sparguthaben und zunehmende Bankverschuldung Seite 4

Entschließungen des IG Metall-Gewerkschaftstages: 12. Tarifpolitik Seite 5

Aus Politik und Wirtschaft – kurz berichtet Seite 6

Nordirland: Republikanische Gefangene weiten Hungerstreik für ihre Rechte aus Seite 7

Labour-Partei: Foot's Wahl – Ergebnis einer schweren Krise Seite 7

USA/Reagan: Projekte und Mannschaft werden ausbaldowert Seite 8

NATO: Schmidt deutet weitere Nachrüstung an Seite 9

Mieten: Konzertierte Aktion zur Beseitigung des Sozialen Wohnungsbaus Seite 10

Kapitalexport: BRD-Chemie-monopole drängen auf US-Markt Seite 10

Polen: Die Gewerkschaft „Solidarität“ hat schwierige Aufgaben vor sich Seite 11

Jugoslawien: Westdeutsche Banken wollen „Übersicht“ Seite 12

Afrika: Nur durch wirtschaftliche Zusammenarbeit können die Staaten ihre vollständige Unabhängigkeit erkämpfen ... Seite 13

Wirtschaftliche Lage in Afrika Seite 14

Wirtschaftliche Zusammenschlüsse in Afrika Seite 16

Mao Zedong und Zhou Enlai über wirtschaftliche Zusammenarbeit und Aufbau Seite 17

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung Seite 18

Besatzungstreitkräfte: Angebot bei Lohnstrukturverhandlungen: bis zu 12% Lohnsenkung Seite 19

NRW: Hoesch-Konzern pokert um Landesmittel Seite 19

Niedersachsen/Bremen: Streik im Karosseriehandwerk Seite 20

Post-Urabstimmung: Die Überarbeit im Schichtdienst verlangt sofort tarifliche Schranken Seite 20

Baugewerbe: IG Bau Steine Erden zum Bundesrahmentarif Seite 21

Tariflohn: Umfrage der IG Metall, Bezirk Hamburg, zur Vorbereitung der Lohnbewegung Seite 22

Niedersachsen: Landeskabinett will bei Kommunen streichen Seite 23

Papierverarbeitung: Neue Lohnstruktur, Besserung der Absicherung Seite 23

Ärztehonorar: Bayernvertrag bald bundesweit? Seite 23

Kartoffelanbau: Handelskapitalisten drücken Erzeugerpreis Seite 24

Dänische Minderheit: Spannungen zwischen dänischer Minderheit und schleswig-holsteinischer Landesregierung nehmen zu Seite 25

Die Stellung von SPD und KPD zur dän. Minderheit ... Seite 26

Stichwort Dänische Minderheit Seite 27

Internationale Nachrichten Seite 28

Zimbabwe: Wir haben kein Geld, für geraubtes Land zu zahlen Seite 29

Krieg Iran-Irak: Unerbetene „Hilfsangebote“ der beiden Supermächte Seite 29

Griechenland: Die Gewerkschaftsbewegung erstarkt ... Seite 30

Mittelamerika: Reagan droht mit Intervention gegen Nicaragua und El Salvador Seite 31

Seerechtskonferenz: Dritte Welt verlangt Kontrolle des Meeresbodens und wehrt sich gegen Bruch der UN-Resolution . Seite 32

Manganknollen und Fördertechnik Seite 32

Frankreich: Lothringische Bergarbeiter im Streik Seite 33

Österreich: Volksbegehren für Kernkraft: geringe Beteiligung Seite 33

Aus Kultur und Wissenschaft Seite 34

Die Pilgerreise Seite 34

Tschiang Tsching: „Anerkennung als Führerin finden“ . Seite 34

Kagemusha: Gedämpfte Kriegsstimmung Seite 34

Filmstar: Die U.S.S. Nimitz macht's möglich Seite 35

Sowjetliteratur: Jans historische Kriegsberichterstattung über Dschingis Khan Seite 35

BRD und NATO: „Befehlshaber über Soldaten aus 7 Ländern“ Seite 36

Filmkritik: Näher zu dir, mein Gott – durchs Schwarze Loch Seite 36

Regierungsinstitut: „Bevölkerungsdynamische Rente“ . Seite 37

Getreide: Schlechtere Ernte – das Geschäft blüht Seite 37

Rentensenkung 1978 – 81 um 13,6% – Abwälzung der Krankenversicherungskosten soll Ehrenberg-Schnitt fortsetzen .. Seite 38

„Generationenvertrag“ Seite 38

Die „Allgemeine Bemessungsgrundlage“ Seite 39

Kapitalisten mit Regierung in Konjunkturschutzbund: Verlangen Reallohnsenkung, bieten Aufschwunghoffnung

Die Bundestagswahlen waren gerade beendet, die Minister schon in Stellung gebracht, die Koalitionsverhandlungen in vollem Gange und der Hauch von liberal gewürzter Versöhnungsstimmung schon merklich im Schwinden, als im Verein von Kapitalisten, Banken und Regierung Graf Lambsdorff als erster zum Sammeln gegen Gewerkschaftsbewegung und die internationale Konkurrenz blies.

In der vorletzten Oktoberwoche setzte er adressiert an Kanzler Schmidt mit Kenntnis an die Presse die folgende „Prognose“ in Umlauf: Erwartetes Wirtschaftswachstum für 1981 0,5%, Konjunkturabschwung unvermeidlich, Wiederbelebung des Geschäfts aber um die Jahresmitte 81 sicher, wenn nur so etwa um die neun Bedingungen erfüllt würden, darunter unter anderem: keine weiteren Ölpreissteigerungen, Konjunkturbelebungen in den Ländern der imperialistischen Konkurrenz,

5% steigen und 1981 um 4%, nachdem sie 1979 um 10,3% gestiegen waren. Die durchschnittliche Preissteigerung soll für 80 6,5% sein und für 81 5%. Die Zahl der Arbeitslosen, die 1979 876000 betrug, soll 1980 auf 900000 ansteigen und 1981 auf 1,1 Millionen.

In Kapitalisten- und Finanzierskreisen wurde das Gutachten mit dezenter Wohlgefälligkeit aufgenommen, nicht zu überschwänglich, damit noch Raum für weitere Präzisierungen gegen die Arbeiterbewegung bleibe. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) hielt in seiner Stellungnahme zu dem Gutachten die Klarstellung für erforderlich: „Die nächsten Tarifabschlüsse (müßten) eine Veränderung zugunsten der Gewinne zulassen.“

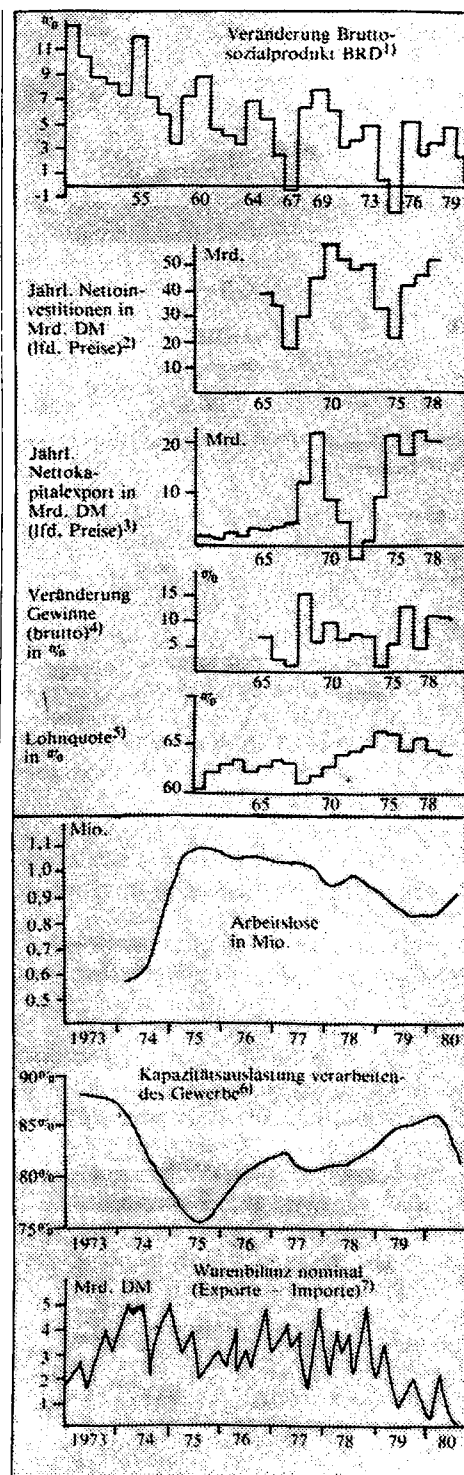
In der zweiten Novemberwoche war dann die „Lagebeurteilung“ soweit aufgemischt, daß dem Verband der Metallkapitalisten eine weitere Zulage in Sachen Zumutung an die Gewerk-



Ausweitung der Exportmarktanteile und vor allem moderate Lohnerhöhungen. Die „erwartete“ Zunahme der Bruttolohn- und Gehaltssumme war gleich beziffert, und zwar mit 4,25 bis 4,75%. Lambsdorffs Prognosen waren dann auch gleich die Zielvorgabe für die Endredaktion des Gutachtens der fünf wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute vom 30. Oktober. Deren aus volkswirtschaftlicher Statistik, Spekulation und Absicht gewonnenen Eckdaten waren: Für 1980 ein jährliches durchschnittliches Wachstum des Bruttosozialprodukts von 2%, „Nullwachstum“ im Jahre 81, das sich zusammensetzt aus einer Abnahme um 1% in der ersten Jahreshälfte und einem Wiederanstieg um 1,5% in der zweiten. Die Gewinne sollen 1980 um

schaftsbewegung angebracht schien. Am 10. November veröffentlichte er sein Konzept der „Realsicherung“: Die Wirtschaftsentwicklung sei so düster auch wieder nicht. Im Gegenteil, ein Wachstum von gar 1% 1981, eine Preissteigerungsrate von nur 3% und 200000 Arbeitslose weniger – all das sei möglich, wenn nur die Lohnerhöhungen sich an das gesamtwirtschaftliche Produktivitätswachstum hielten, und das sei halt nur 2,5 bis 3%.

Am Donnerstag, den 20.11., hat der Sachverständigenrat der Bundesregierung sein Jahresgutachten der Regierung überreicht. Nur mit größerem Begründungsaufwand enthält es in etwa die umlaufenden Absichten. Preissteigerung 4%, Arbeitslose 1,1 Millionen für 1981 und Gewinne +4,5%, Löhne



1 – 5) Daten nach Jahresgutachten 1979 und Statistischem Jahrbuch.

6 und 7) Nach Jahresgutachten 1979 und IFO-Konjunkturbericht.

1) Bruttosozialprodukt = Summe aus dem Verbrauch (privat und Staatsverbrauch), den Bruttoinvestitionen und der Differenz von Ausfuhr minus Einfuhr.

3) Direktinvestitionen und langfristige Darlehen.

und Gehälter +4%. Dazu Abbau von Subventionen und Tarifabschlüsse, die „im Aufschwung den Lohnkostendruck der Unternehmer mildern“ (FAZ). Damit hätten Finanzkapital und Regierung vorerst ihr propagandistisches Instrumentarium beisammen, mit dem sie gegen die Gewerkschaften und die anstehenden Lohnbewegungen anzutreten gedenken.



Aktionen der Postgewerkschaft gegen Schichtarbeit.

Gegenwärtig befindet sich die Wirtschaft der BRD seit 1950 in der achten Phase sinkenden Wachstums der Produktion nach stets geringer werden Konjunkturbelebungen. Fraglich ist der westdeutschen Finanzbourgeoisie nur, ob diese Phase in einer Stagnation mit noch größerem Produktionsrückgang als 1966/67 und vor allem 74/75 landen wird oder ob eine zwischenzeitliche Konjunkturbelebung zu erwarten ist. Sie propagieren den Aufschwung in der zweiten Jahreshälfte 81, der eben seinen Preis mit Lohnsenkungen für die Arbeiterklasse fordere. Für die Monopolbourgeoisie dagegen ist freilich auch ein Fortgang der Rezession im Jahre 81 gut zu verkraften und im Gegenteil mit Gewinn zu nutzen, wenn sie nur schön alle Imperialisten trifft und das westdeutsche Finanzkapital aber in der Krise seine Konkurrenzvorteile verbessert.

Tatsächlich sind deshalb alle Gründe, die gegenwärtig Kapitalistenverbände, Banken und Regierung zusammentragen, warum es diesmal nicht wie 74/75 käme, nur Faktoren, die den bereits verstärkten Druck auf die Arbeiterklasse und bereits verbesserte Konkurrenzbedingungen seit 1975 anzeigen, die jetzt weiter zu forcieren wären.

Im Unterschied zu 74/75 haben diesmal die Kapitalisten bereits vor dem Produktionsrückgang die Arbeitslosigkeit hochgetrieben durch eine Verstärkung der Rationalisierungsinvestitionen seit 1979. Der Wiederanstieg der Arbeitslosenzahlen beginnt bereits zum Jahresanfang 1980, ungefähr ein halbes Jahr, bevor im Sommer die Kapazitätsauslastung gesunken ist. Das heißt erstens, daß die Kapitalisten die Arbeitslosenzahl im Fortgang der Krise über den Stand von 1975 steigern wer-

Abschmelzung der Sparguthaben und zunehmende Bankverschuldung

Beunruhigung herrscht im Einzelhandel aufgrund der Entwicklung des privaten Verbrauchs. Nach Berechnungen des DIW ist im zweiten Vierteljahr 1980 der private Verbrauch preisbereinigt um 0,4% gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum zurückgegangen. Dabei mögen vor der Mehrwertsteuererhöhung noch getätigte Käufe im Juni letzten Jahres vielleicht diesen Rückgang des Konsums etwas mildern. Fest steht jedoch, daß die Konsumtionskraft abnimmt.

Die Lebenshaltungskosten liegen für alle Haushaltungen um durchschnittlich 6% am Ende der ersten Hälfte dieses Jahres über dem Niveau des Vorjahres. Überdurchschnittlich sind besonders die Preise für Elektrizität, Gas und Brennstoffe mit 7,6% und für Verkehr mit 7,5% gestiegen. Der Rückgang im Fahrzeughandel um preisbereinigt etwa 15% im gleichen Zeitraum beweist am deutlichsten, daß alle diese Kostensteigerungen einschneidend wirken, so einschneidend, daß die mit dem Alter des Autos zweifellos wachsenden Instandhaltungskosten dafür in Kauf genommen werden müssen. Finanziert ist dieser Verbrauch bereits unter erheblichem Rückgriff auf Sparguthaben. Die Statistik der Deutschen Bundesbank gibt folgende Auskunft:

Bestand Monatsende	Spareinlagen in Mrd. DM	Veränder. in %
1978 Dez.	470,7	-
1979 Juni	475,0	+ 0,9
1979 Dez.	482,9	+ 1,7
1980 Juni	465,2	- 3,7

Gleichzeitig nimmt der Umfang

der Verschuldung der Lohnabhängigen bei den Banken weiter zu. Inzwischen dürfte das Volumen der Kredite an Lohnabhängige bereits 200 Mrd. DM überschritten haben. Durch die Abnahme der in der Regel mit der Fahrzeugbeschaffung verbundenen langfristigen Kreditaufnahme geht die Zuwachsrates dieser Verschuldung etwas zurück:

Bestand Monatsende	Verschuldung in Mrd. DM	Veränder. in %
1978 Dez.	151,2	-
1979 Juni	167,4	+ 10,7
1979 Dez.	184,3	+ 10,1
1980 Juni	196,5	+ 6,6

Die Verschuldung der Lohnabhängigen im Verhältnis zu allen Spareinlagen hat sich damit von 32,1% zu Ende Dezember 1978 auf 42,2% zu Ende Juni 1980 erhöht.

Die Banken benutzen die mit der Verengung der Reproduktion wachsende Zwangslage der Lohnabhängigen für einen kräftigen Schnitt. Während die Zinsen für Sparguthaben gesenkt werden, treiben die Banken die Zinskosten für die Ratenkredite auf beinahe die doppelte Rate des Stands Ende 1978:

Zinssätze	Spareinlagen	Ratenkredite
1978 Dez.	2,5%	3,8%
1979 Juni	3,0%	4,6%
1979 Dez.	4,0%	5,8%
1980 Juni	5,0%	7,2%
1980 Sept.	4,5%	7,2%

Die angegebenen Zinssätze betreffen Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist und Ratenkredite von 2000 bis 5000 DM bei einer Laufzeit von ein bis zwei Jahren.

den, und zweitens, daß damit der Druck auf den Arbeitsmarkt 1980 bereits größer war als 1974 und noch stärker zunehmen wird. Bereits seit Beginn des Jahres 80 sinkt die Lohndrift (IFO-Institut), d.h. die Überwälzung der Tariflohnerhöhungen in die Effektivlöhne gelingt immer weniger.

Im Unterschied zu 74/75 ist diesmal die Lohnquote bereits jetzt bedeutend niedriger als 1974. Der Anteil des gesellschaftlichen Produkts, der sich in Anlagekapital verwandeln läßt, sobald profitable Anlagemöglichkeiten zur Verfügung stehen, ist also größer. Durch Senkung des Nettolohns und Plünderung der Versicherungskassen soll er weiter erhöht werden. Deshalb sind sich die Kapitalisten und Bankenvertreter auch in der Ablehnung von

„nachfrageorientierten“ Staatsmaßnahmen, die, wenn überhaupt, nur den Umsatz bei bestehendem Produktionspotential beleben können, einig. Sie frönen der Theorie von „angebotsorientierten“ Maßnahmen, also solchen, die die Umwälzung des Anlagekapitals befördern.

Die Länder der Dritten Welt und insbesondere die ölproduzierenden Länder haben zwar auch in der Phase der Konjunkturbelebungen in den imperialistischen Ländern höhere Preise für ihre Produkte durchsetzen können, im Unterschied zu den Jahren 73/74 hat aber die damit erreichte Verbesserung ihrer Austauschverhältnisse mit den imperialistischen Ländern bedeutend weniger zugenommen. Entgegen allem Geschrei der Kapitalisten über die „Öl-

Aus: Entschließungen des IG Metall-Gewerkschaftstages: 12. Tarifpolitik

Die IG Metall fordert:

1. Die Sicherung und Erhöhung der Realeinkommen durch:
 - Erhöhung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen;
 - Erhöhung des Urlaubsgeldes;
 - ein volles 13. Monatsentgelt für alle Arbeitnehmer.
2. Angleichung der Tarifbestimmungen für Arbeiter und Angestellte durch:
 - die Vereinbarung eines Monatsentgeltes für Arbeiter, entsprechend den Gehaltsbestimmungen für Angestellte;
 - gemeinsame Tarifverträge für Arbeiter und Angestellte über Arbeitsbedingungen und Entgeltbestimmungen.
3. Einbeziehung der Auszubildenden in gemeinsame Tarifverträge.
4. Die Weiterentwicklung der Entgeltbestimmungen mit dem Ziel, den sozialen Status und den materiellen Besitzstand zu sichern und zu verbessern und nicht mehr akzeptable Lohn- und Gehaltsstrukturen zu verändern durch:
 - Durchsetzung und Weiterentwicklung der Tarifverträge über die Sicherung der Eingruppierung und den Schutz vor Abgruppierungen;
 - Verbesserung der Tarifverträge über Kündigungsschutz und Verdienstsicherung für ältere Arbeitnehmer;
 - neue Tarifbestimmungen der Entgeltdifferenzierung für alle Arbeitnehmer;
 - Veränderung der Entgeltrelationen, z.B. durch Beseitigung unterer Tarifgruppen, verstärkte Anhebung der unteren Lohn- und Gehaltsätze;
 - ein garantiertes Jahresentgelt.
5. Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen mit dem Ziel der Humanisierung der Arbeit erfordert:
 - Bestimmungen gegen überhöhte Arbeitsbeanspruchung und steigenden Leistungsdruck durch:
Beseitigung des einseitigen, undemokratischen Bestimmungsrechtes der Arbeitgeber über die abgeforderte Leistung bei Zeitlöhnen und Angestellten; Durchsetzung des Grundsatzes, daß die verlangte Leistung im Rahmen der Zumutbarkeit bleibt und nach dem heutigen Stand der Erkenntnisse keine vermeidbaren gesundheitlichen Risiken in sich birgt.
 - Die Arbeit ist so zu gestalten, daß das Wohlbefinden des Menschen in geistiger, körperlicher und sozialer Hinsicht realisiert wird.
 - Menschengerechte Gestaltung der Arbeitsbedingungen hinsichtlich Arbeitszeit, Arbeitsplatz, Arbeitsorganisation, Arbeitsablauf, Arbeitsumgebung durch:
Bestimmungen über die menschengerechte Gestaltung von technischen Anlagen und Mitteln, von Arbeitsverfahren und Arbeitsabläufen und von Arbeitsbereichen und Arbeitsplätzen; tarifliche Regelungen über Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz; keine Abgeltung von Arbeiterschwernissen und Gesundheitsgefährdungen durch Geld, sondern Abbau der nicht menschengerechten Belastungen; Ausgleich nicht vermeidbarer Belastungen durch bezahlte Freizeit; Geldzuschläge nur für das Benutzen von

Körperschutz; bezahlter Freizeitausgleich für geleistete Mehrarbeit; sechs Minuten Mindestholzeit pro Stunde, mindestens 3 Minuten persönliche Zeit pro Stunde für alle Arbeitnehmer; längere Erholungszeit bei entsprechend höherer Beanspruchung; Durchsetzung des sechswöchigen Urlaubsanspruches in allen Bereichen der Metallwirtschaft.

● Die weitere Verkürzung der Arbeitszeit zum Ausgleich für wachsende Arbeitsbelastungen, als Beitrag zur Sicherung der Beschäftigung, und um eine umfassende Beteiligung der Arbeitnehmer und ihrer Familien am gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben zu ermöglichen, durch:

Verkürzung der Lebens-, Jahres-, Wochen- und Tagesarbeitszeit mit vollem Lohnausgleich bei gleichzeitig definierten Arbeitsbedingungen. Einführung der 35-Stunden-Woche.

6. Wesentlicher Bestandteil des Kampfes um humane Arbeitsbedingungen ist die Sicherung und Anhebung des Qualifikationsniveaus. Nur Arbeit, die humanen Ansprüchen genügt, ist für den Menschen eine Quelle der Selbstverwirklichung.

Die IG Metall fordert deshalb:

● Keine weitere Zerstückelung und Aushöhlung der Arbeit und Beseitigung eintöniger und sinnentleerter Arbeiten;

● Festlegung von Mindestarbeitsinhalten und Mindesttaktzeiten;

● Abbau der Trennung von Planung, Vorbereitung, Ausführung und Kontrolle bei der Gestaltung der Arbeitsorganisation;

● Bestimmungen in Tarifverträgen zur Verbesserung der beruflichen Bildung;

● Vereinbarungen über bezahlte Freistellung zur Teilnahme an Maßnahmen der gesellschaftspolitischen und beruflichen Bildung (Bildungsurlaub).

7. Die zunehmende Schicht- und Nachtarbeit und die damit verbundene soziale und gesundheitliche Beanspruchung erfordern besondere Tarifbestimmungen für Schicht- und Nachtarbeit:

● Strengere Voraussetzungen für die Zulässigkeit von Nacht-/Wechselschichtarbeit;

● kürzere Schichtarbeitszeit;

● zusätzlicher Urlaub bzw. Freischichten;

● Festlegung der Leistungsnormen unter Berücksichtigung der biologischen, sozialen und sonstigen Bedingungen der Schichtarbeit;

● Anpassung der Schichtpläne an die sozialen und gesellschaftlichen Bedürfnisse der Schichtarbeiter;

● Verbesserung der Gesundheitsvorsorge und des Arbeitsschutzes;

● Ermöglichung des Wechsels aus der Schichtarbeit in Normalarbeitszeit (Verdienstsicherung, zumutbare Arbeitsplätze, Umschulung);

● Herabsetzung der Lebensarbeitszeit für Schichtarbeiter;

● 12 Minuten Mindestholzeit pro Stunde bei Nachtschichtarbeit;

● längere Erholzeit bei entsprechend höherer Beanspruchung;

● mindestens 6 Minuten persönliche Zeit pro Stunde bei Nachtschichtarbeit.

8. Tarifvertragliche Regelung für gewerkschaftliche Vertrauensleute.

preise“ hatte der Sachverständigenrat der Bundesregierung bereits 1979 mehr für den internen Gebrauch festgestellt, daß auf Grund der Preissteigerungen für die Produkte der imperialistischen Länder die Ölverteuerung gemessen in den tatsächlichen Austauschverhältnissen nicht rund 50 Mrd. Dollar, sondern nur 26 Mrd. Dollar betragen hat.

Im Unterschied zu 74/75 schließlich hat diesmal der Produktionsrückgang in wichtigen Konkurrenzländern der BRD bereits $\frac{1}{2}$ Jahr (USA) und $\frac{1}{4}$ Jahr (Großbritannien) früher eingesetzt als in der BRD. In Frankreich und Japan geht die Produktion in etwa parallel zur Entwicklung in der BRD zurück. Die westdeutsche Bourgeoisie spekuliert darauf, daß Konjunkturbelebungen in den Konkurrenzländern die Ex-

portentwicklung in der BRD wieder fördern werden und ihr eine Ausweitung ihrer Exportmarktanteile gelingt.

Dabei bescheinigt ihr die EG-Kommission durchaus günstige Erfolgsaussichten: „Im Jahre 1977 ist Deutschland das einzige EG-Land, das sich in einer ähnlichen Position wie die Vereinigten Staaten und Japan befindet, die sich auf die Ausfuhr dieser Erzeugnisse (mit niedrigem Anteil an qualifizierter Arbeit und niedrigem Kapitaleinsatz) wenig spezialisiert haben, jedoch für deren Einfuhr weit geöffnet sind ... Wie für die Vereinigten Staaten läßt sich ab 1970 ein leichter Anstieg seiner Spezialisierungsindizes (für Produkte mit hohem Anteil an qualifizierter Arbeit und hohem Kapitaleinsatz) beobachten, doch erhöht Deutschland im

Gegensatz zu den Vereinigten Staaten parallel dazu den Anteil seiner Einfuhr, was auf einen größeren Prozentsatz von Wiederausfuhr bei Ausgliederung bestimmter Glieder der Produktionskette schließen läßt.“ (Jahreswirtschaftsbericht 1979 – 80)

Deshalb beurteilen Banken und Regierung das gegenwärtige Handels- und Zahlungsbilanzdefizit der BRD sachlich mit ziemlicher Gelassenheit, weil es im wesentlichen nicht aus einer relativen Verschlechterung auf den Exportmärkten der BRD, sondern aus steigenden Importpreisen herrührt.

Das ändert nichts daran, daß sie mit „dem Defizit“ begründen, worum es ihnen gegenwärtig vor allem geht: Lohnsenkung und Steigerung der Intensität der Arbeit.

Belebnungsversuche für Konzertierte Aktion

Am 17.11. hatte Kanzler Schmidt Bundesbank-, Kapitalisten- und Gewerkschaftsvertreter zu sich geladen. Er wollte sich „abstimmen über die Grundzüge seiner Regierungserklärung, das Leistungsbilanzdefizit und die Entwicklung des DM-Kurses“. Über den Erfolg seiner Bemühungen ist nichts bekanntgeworden. Für den 8.12. hat Wirtschaftsminister Lambsdorff ein weiteres Gespräch angesetzt. Des Grafen erklärte Absicht ist, die Gewerkschaften wieder in die Konzertierte Aktion zu drängen, die sie wegen einer Verfassungsklage der Kapitalistenverbände gegen das Mitbestimmungsgesetz verlassen hatten. DGB-Chef Vetter und IGM-Vorsitzender Loderer haben schon gesagt, daß sie nicht kommen werden und jede Teilnahme an der Konzierten Aktion ablehnen, „solange die FDP die Montanmitbestimmung abbauen will“. Nach einem SPD-Vorschlag soll die Montanmitbestimmung erst dann nicht mehr gelten, wenn der Montananteil eines Konzerns fünf Jahre weniger als 30% beträgt. FDP-Zustimmung soll mit Vorrechten für die leitenden Angestellten, FDP-Klientel, erkaufte werden.

NDR-Berichterstattung „einseitig“

Der niedersächsische Innenminister Möcklinghoff fordert vom NDR personelle Konsequenzen wegen der „einseitigen“ Berichterstattung zu dem öffentlichen Rekrutengelöbnis in Hannover. In Hörfunk- und Fernsehbeiträgen wurde die Vorgehensweise der Polizei als unrechtmäßig bezeichnet. Der Bundesvorstand der Deutschen Journalisten Union fordert in einem offenen Brief keinerlei Maßregelung der zwei betroffenen Redakteure.

Loderers Japanreise: Schwieriger Anfang

Man hätte sich gewünscht, daß Eugen Loderer bei seinem Japan-Besuch einem Abkommen mit den japanischen Gewerkschaften nähergekommen wäre, etwa derart, daß im Falle von Streiks gegenseitig Lieferungen auf die entsprechenden Märkte aufgehalten würden. Derartige hört man nicht, sondern die Presse weidet sich an Loderers

Gespräch mit Außenminister Ito und dem Minister für Handel und Industrie, Tanaka. Loderer soll dort um freiwillige Exportselbstbeschränkung der japanischen Monopole nachgesucht haben. Wenig glücklich auch die Ausführungen Loderers über die Notwendigkeit einer Hebung der japanischen Lohnquote. Klare Beistandsangebote für den Streikfall hätten mehr gefruchtet und nicht einen so unangenehmen Hauch von Bevormundung verbreitet.

Bundesregierung mit hochfliegenden Plänen

Mit der Ankündigung, ggfs. die staatlichen Fördermittel zu kürzen, versucht die Bundesregierung, die beabsichtigte Fusion der beiden westdeutschen Luftfahrtkonzerne MBB und VFW zu beschleunigen. Nachdem insbesondere MBB mit dem Airbus- und dem Tornado-Programm seine Marktpositionen ausbauen konnte, wollen die BRD-Imperialisten ein schlagkräftiges Luftfahrtmonopol zusammenzimmern, das den Vorsprung besonders der US- und französischen Konkurrenten aufholen kann.

Regierung streicht Sparprämien

Um vorgezogenen Vertragsabschlüssen nach den bisher gültigen Sparprämienengesetzen zuvorkommen, hat sich die Regierung beeilt, den erstgenannten Programmpunkt der Koalitionsvereinbarungen bereits in die Tat umzusetzen: die Streichungen bei den Sparprämien. Die meistbenutzte Regelung wurde aufgehoben: die Verbindung von 624-DM-Vermögensbildung mit entweder Prämiensparen oder Bausparen. Das Prämiensparen wurde ersatzlos gestrichen, die Prämie beim Bausparen wurde von 18% auf 14% gesenkt. Wer einen Bausparvertrag nach den vorgesehenen Bedingungen abschließt, muß stattdessen sieben Jahre nun zehn Jahre auf das Geld warten. Die Bausparkassen sind nicht unzufrieden, da sie nun mehr Geld für längere Zeiten zur Anlage erwarten infolge der Streichung des Prämiensparens. Die Sparkassen und Kreditbanken würden sicherlich Ersatz bereitstellen, lautet das Bankenecho. Und die insgeheim von den Banken ange-



Die öffentlichen Rekrutengelöbnisse der Bundeswehr zum 25-jährigen Bestehen der Bundeswehr sind von heftigen Protesten begleitet. In Bonn demonstrierten an zwei Tagen jeweils 6000, in Gießen 2000, Hannover 4000, Lüneburg 1500, München 2500, Saarbrücken 2500 und Schleswig 1000 Demonstranten. Örtliche Aktionseinheiten zwischen Initiativen, Vertretungsorganen und politischen Organisationen wurden gebildet. Gewerkschaftliche Beschlüsse gegen die öffentlichen Gelöbnisse wurden gefaßt. 33 Bosch-Arbeiter sprechen sich in einem Leserbrief in der Stuttgarter Zeitung gegen die Gelöbnisse aus. In Stuttgart rief die Gewerkschaftsjugend zur Demonstration auf.

stellte Rechnung ist sowieso durchschaubar: durch die gleichzeitige Förderung mittels 624-DM-Gesetz (30% Prämie auf Einlagen bis zu 624 DM) und z.B. Bausparprämie (weitere 18% bis zur Gesamteinlage von 1600 DM jährlich) das nötige Geld für z.B. die Neubeschaffung eines VW Golf in sechs bis sieben Jahren zusammenzuhaben. Das 624-DM-Gesetz allein reicht dafür bei weitem nicht aus. Also müssen die Lohnabhängigen jetzt entweder eine Stange mehr auf die Bank bringen, oder eben in größerer Zahl Kreditnehmer werden. Beide Vorgänge werden eintreten und über die Banken vermittelt werden. Also klare Sache, wie das „Handelsblatt“ kommentiert: „Kaum Grund zum Klagen.“

Stoltzenberg wird nicht angeklagt

Am 4.11. wurde bekannt, daß die Staatsanwaltschaft Hamburg die Klage gegen den Besitzer der Stoltzenbergfirma zurückgezogen hat. Wegen andauernder Verhandlungsunfähigkeit. Gegen K.H. Ludwig, dessen Sohn beim Spielen mit Chemikalien aus der Stoltzenbergfabrik getötet wurde, ist am 11.11. Anklage erhoben worden. Die Anklage lautet u.a. auf fahrlässige Tötung. Im November wurde das Gelände der Stoltzenbergfabrik endgültig geräumt. 5 Tonnen wurden weggeschafft: u.a. giftige Chemikalien wie Blausäure, 100 kg Munitionsschrott, eine Kampfstoffbombe und 16000 Stück Nebenmunition.

BRD, Frankreich, NL bauen Kampfpanser

Von Anfang an hatte die BRD die Niederlande an der Entwicklung des neuen westdeutsch-französischen Kampfpanzers beteiligen wollen, der den „Leopard I“ ersetzen soll. Um Kostenbeteiligung und Absatz zu sichern. Jetzt hat die niederländische Regierung zugestimmt. 450 Panzer, ca. 10%, wird sie kaufen.

Großauftrag der DDR an Österreich

Erich Honecker, der Staatsratsvorsitzende der DDR, statete Österreich vom 10. bis 13.11. einen Besuch ab, den ersten in einem westlichen kapitalistischen Land. Österreich hatte 1976 ein Konsularabkommen mit der DDR abgeschlossen. Jetzt ging es um einen Auftrag für den Stahlkonzern VOEST, der den Löwenanteil am Bau eines Stahlwerks in Eisenhüttenstadt im Wert von 1,5 bis 2 Mio. DM erhalten hat. Sicher trifft diese Entscheidung die Bundesregierung stärker als die Gespräche über Zwangsumtausch und deutsch-deutsche Beziehungen, die Honecker mit dem Kanzler Kreisky und dem Bundespräsidenten Kirchschläger führte. Gesprochen wurde auch über den Vorschlag der UdSSR zu einer europäischen Abrüstungskonferenz. Österreich setzte sich gleichzeitig für die Beilegung des Streits um die Tagesordnung der in Madrid tagenden KSZE-Konferenz ein.

Nordirland

Republikanische Gefangene weiten Hungerstreik für ihre Rechte aus

In der letzten Woche erklärten die Frauen, die als politische Gefangene im nordirischen Armagh-Gefängnis eingesperrt sind, daß sie sich in zwei Wochen ebenfalls an dem Hungerstreik beteiligen. Seit dem 27.10. sind sieben Gefangene aus den H-Blocks des nordirischen Maze-Gefängnisses im Hungerstreik. Sie fordern die Wiederherstellung des 1976 aberkannten Status als politische Gefangene, nämlich: 1. das Recht, ihre eigene Kleidung zu tragen, 2. das Recht, sich ungehindert mit anderen Gefangenen zusammen aufhalten zu können, 3. das Recht, die Gefängnisarbeit zu verweigern, 4. das Recht, Bildungs- und Freizeitveranstaltungen selbst zu organisieren, einen Brief pro Woche zu erhalten und abzuschicken, ein Paket und einen Besuch in der Woche zu erhalten, und 5. die Wiederherstellung der vollen „Remission“, des Anrechts auf frühere Entlassung, das die britische Gefängnisverwaltung den protestierenden Gefangenen als Strafe aberkannt hat.

Großbritannien ist Kolonialmacht in Nordirland, und die Gefangenen sind deshalb im Gefängnis, weil sie diese Kolonialherrschaft bekämpfen. Als

nialisten die Iren (also die Katholiken) systematisch um ihr Land gebracht und vertrieben haben.

Das industrialisierte Nordirland besitzen, heißt für die britischen Imperialisten, ganz Irland wirtschaftlich und politisch in Schach zu halten.

Mit politischer Entrechtung, Landwegnahme, Diskriminierung gegen Katholiken bei Arbeitssuche und Wohnungszuteilung versuchte die Reaktion gerade in den sechziger Jahren, die Siedlerhochburgen (vor allem Belfast) von Katholiken zu säubern. Die Iren wehrten sich, zunehmend militanter, bis sie schließlich in der „Schlacht um Bogside“ in Derry 1969 die Polizeitruppe Royal Ulster Constabulary vernichtend schlugen. Die britische Regierung setzte von da an die Armee gegen die Katholiken ein.

In der Selbstverteidigung der Wohnviertel gegen die Überfälle der Armee und Polizei, also aus Schutzmaßnahmen gegen die Vertreibung, wuchs die provisorische IRA Anfang der siebziger Jahre. Mit noch brutalerem Terror versuchte Großbritannien, den Volkswiderstand zu brechen. Tausende wurden auf bloßen Verdacht hin in beson-

derstatus durch. Damit hatte die britische Regierung die „Terroristen“ als politische Gefangene anerkennen müssen und die Ziele der IRA als politische Ziele. Das war ein wichtiger Erfolg für die Iren und eine unangenehme Sache für die britische Regierung, die ihre Kampagne in Nordirland als unpolitische, „anti-terroristische“ Friedensaktion hinstellen wollte.

1976, nach mehreren Niederlagen der IRA, entzog die britische Regierung den politischen Status wieder. Alle vor dem 1.3.1976 verurteilten Gefangenen hatten und haben bis heute diese Rechte, etwa 200 sind es jetzt. Aber alle nach dem 1.3.1976 verurteilten sollten als Kriminelle behandelt werden. Mit der seit vier Jahren dauernden Protestaktion haben die republikanischen Gefangenen die Kriminalisierungsabsicht zunichte gemacht.

Labour-Partei

Foot's Wahl – Ergebnis einer schweren Krise

Mit 139 Stimmen wählten die Parlamentsabgeordneten der Labour-Partei am 10. November Michael Foot zum Oppositionsführer. Sein Gegenkandidat, der vorher favourisierte Dennis Healey, erhielt 129 Stimmen. Die Wahl war nach dem Rücktritt des früheren Premierministers Callaghan als Oppositionsführer nötig geworden.

Mit Foot habe die Labour-Partei zum ersten Mal seit 80 Jahren einen linken Führer gewählt, schrieb die Tageszeitung „Guardian“. Foot, 67 Jahre alt, ist der Sohn eines vermögenden Rechtsanwalts und liberalen Parlamentsabgeordneten. Als Student in Oxford war Foot selbst Mitglied der Jungen Liberalen. Später arbeitete er als Journalist und Buchautor. Von 1945 bis 1955 und seit 1960 ist er für Labour im Unterhaus. 1974 bis 1976 war er Arbeitsminister, danach stellvertretender Premier in der Regierung Callaghan.

Während der EG-Beitrittsverhandlungen und des Referendums trat Foot gegen die britische EG-Mitgliedschaft auf. Er gilt als Vertreter der einseitigen nuklearen Abrüstung und hat erklärt, er werde amerikanische Cruise Missiles als Premierminister aus dem Land befördern lassen. Seine Wahl entspricht nicht den bisherigen Plänen der Labour-Führung. Sie ist Ausdruck einer Krise.

Die Labour-Partei hat eine ganz andere Struktur als z.B. die SPD. Von den 7 Millionen Mitgliedern sind nur etwa 10% in Ortsverbänden. Die anderen 90% sind per Mitgliedschaft in ihrer Gewerkschaft in der Partei. Für



Durchsuchung eines der Gefangenen, die sich weigern, Gefängniskleidung zu tragen. Sie erhalten außer einer Decke keine Kleidung. – Demonstration in Belfast.

sich die irische Nation nach dem 1. Weltkrieg erfolgreich gegen die englische Unterdrückung erhob, setzten die Imperialisten die Abtrennung von sechs Bezirken im Norden des Landes – „Nordirland“ – durch. Das Argument der Imperialisten war angeblich die Demokratie. In den sechs Bezirken hätten die Protestanten, also die Nachfahren der Siedler aus England und Schottland, die Mehrheit, und die wollten bei Großbritannien bleiben. Tatsächlich ist die Siedlerbevölkerung in drei Bezirken (Belfast, Antrim und North Down) konzentriert, und dort ist sie in der Mehrheit, weil die Kolo-

deren Lagern interniert. Am 30.1.1972 eröffnete ein Fallschirmjägerregiment auf 20000 unbewaffnete Demonstranten das Feuer und brachte 14 Iren um.

Eine große Welle der Empörung war die Antwort. Die IRA wuchs schnell. In Dublin brannte eine Massendemonstration die britische Botschaft nieder. Schließlich entthob die Regierung Heath die protestantische Siedlerregierung in Nordirland im März 1972 und führte die Direktverwaltung aus London ein.

Mit einem Hungerstreik setzten republikanische Gefangene im Gefängnis Crumlin Road in Belfast 1972 den Son-

diese Mitglieder haben die Gewerkschaftsführungen Blockstimmen auf dem Parteitag.

Die enge Verbindung von Gewerkschaftsbewegung und sozialdemokratischer Partei führt zu scharfen Diskrepanzen zwischen Parteitagsbeschlüssen und der Politik einer Labour-Regierung. Mehrere Labour-Parteitage stimmten gegen die EG-Mitgliedschaft, gegen die britische Atomrüstung, für die Verstaatlichung der Banken, gegen die Stationierung von US-Nuklearwaffen. Die Gewerkschaften erklärten öffentlich ihre Gegnerschaft zu Lohnleitlinien.

Die Politik der Regierung Callaghan, als Regierung des Finanzkapitals, war an all diesen Punkten aber genau entgegengesetzt. Der sozialdemokratischen Basis in den Gewerkschaften wurde das damit erklärt, daß nur so die Wiederwahl gesichert werden könne, weil nur so die Wirtschaft floriere, nur so könne eine genügend große Mehrheit für „wirkliche Reformen“ gefunden werden.

Aber dieses Versprechen erwies sich als hohl. Die Partei verlor die Wahl 1979 mit dem niedrigsten Stimmenanteil seit 1931 und dem größten Verlust einer Regierungspartei seit 1945. Nicht, weil viele Arbeiter Tory wählten, sondern weil sie gar nicht wählten.

Deshalb kam es auf dem Parteitag vor zwei Monaten zum Krach. Hauptstreitpunkt war die Wahl des Führers. Bislang war der Leiter der Parlamentsfraktion automatisch Parteichef. Die Linke in der Partei, angeführt vom blaublütigen Anthony Wedgewood Benn, forderte die Wahl durch den Parteitag oder ein Wahlmännergremium. Und zum erstenmal stimmten mehrere große Gewerkschaften mit dieser Linken. Damit war das bisherige Privileg der Parlamentsfraktion abgeschafft. Über ein neues System wird ein Sonderparteitag am 24. Januar entscheiden. Wahrscheinlich wird es ein Wahlkollegium aus Delegierten der Fraktion, der Gewerkschaften und der Ortsverbände geben.

Hätte die Fraktion in dieser Lage Healey zum Oppositionsführer gewählt (der sich ja noch dem neuen Wahlkollegium stellen muß), hätte sie damit die Gewerkschaftssozialdemokratie in noch größere Widersprüche gebracht und einen tiefen Riß geschaffen. Healey, der frühere Schatzkanzler, ist offener Befürworter von Lohnleitlinien und Steuererhöhungen, den verhaßtesten Maßnahmen der Callaghan-Regierung.

Nur Foot könne eine Labour-Partei darbieten, die eine wirkliche Alternative zu Thatcher sei, schrieb der „Observer“ nach der Wahl. So links sei er auch nicht. Foot schwächt seine Stellungnahmen zu EG, Cruise Missiles und Atomrüstung auch schon kräftig

ab. Und Healey wurde Stellvertreter.

Die Blätter der Finanzbourgeoisie sind sich einig: Die Wahl eines „Linken“ vom Schlage Foot's repräsentiert die einzige Möglichkeit, die Gewerkschaften wieder fest an die parlamentarische Kette zu legen und der politischen Abwendung der Arbeiterbewegung von Labour zu begegnen. Erfreut darüber sind sie aber nicht.

Und bei der Vorstellung, daß die Arbeiterbewegung sich bei einem künftigen Premierminister Foot an dessen Versprechungen erinnern könnte, ist ihnen unheimlich. Genauso unheimlich ist das den imperialistischen Verbündeten, gerade in Europa. Margaret Thatcher und Lord Carrington sahen sich jedenfalls veranlaßt, in der letzten Woche in Bonn und Hamburg die Entschlossenheit des britischen Imperialismus zu betonen, in der EG zu verbleiben und dort seine Position auszubauen.

USA/Reagan

Projekte und Mannschaft werden ausbaldowert

Mit der Wahl Reagans zum US-Präsidenten hätten die Republikaner auch gleich eine komfortable Mehrheit im Senat gewonnen, die kontinuierliche Regierungspolitik gewährleisten würde. Das ist ein Grund mehr für die erwachte Zustimmung zum neuen US-Präsidenten in Kreisen der westeuropäischen Finanzbourgeoisie. Komfortabel in der Tat für die geplante Politik des US-Finanzkapitals. Im Senat gewannen die Republikaner elf Sitze und halten jetzt 51 gegenüber 47 der Demokraten. Im Repräsentantenhaus gewannen die Republikaner 33 und halten jetzt 192 gegenüber einer nur noch knappen Mehrheit bei 242 Sitzen der Demokraten. Die mit finanzkräftigen Wahlkomitees finanzierten Siege republikanischer Senatoren über die Demokraten ermöglichen den Republikanern erstmals seit 26 Jahren die Kontrolle über den Senat und damit die parlamentarische Absicherung des Reagan-Kurses. Die Republikaner werden die Vorsitzenden der wichtigsten Senatskommissionen stellen. So wird der erklärte Reaktionär Strom Thurmond den Vorsitz über den Rechtsausschuß übernehmen, wozu er sich durch die Forderung nach Wiederanwendung und Ausweitung der Todesstrafe qualifiziert hat. Orrin Hatch wird den Vorsitz des Arbeits- und Sozialausschusses übernehmen. Er ist in seiner bisherigen Laufbahn durch Hetze gegen die Gewerkschaften und Bekämpfung der Gewerkschaftsorgane hervorgetreten und wird die Politik der geplanten Verschärfung der Arbeits- und Sozialge-

setze im Senat vertreten. Mit der Mehrheit im Senat und dem Sitzzuwachs im Repräsentantenhaus kann Reagan mit hinreichender parlamentarischer Deckung auch an die vollständige Neubesetzung der Administration gehen, für die die gleichen Grundsätze gelten werden, nach denen er gegenwärtig seine Regierungs- und Beraterposten zusammenstellt.



Metallarbeitergewerkschafts-Aktion für gesetzliche Gleichstellung der Frauen.

Er wolle „Mitarbeiter, die schon so erfolgreich sind, daß für sie ein Regierungsamt ein Schritt nach unten, nicht nach oben ist“, hatte Reagan gleich nach seiner Wahl zum US-Präsidenten in einem Interview erklärt. Er bekommt sie. Zwar wird die Regierungsmannschaft erst Ende November definitiv bekanntgegeben, doch angesichts der Namen, die gehandelt werden, kristallisiert sich klar heraus, daß die US-Finanzbourgeoisie die Regierungsgeschäfte *direkt* in die Hand zu nehmen gedenkt.

Reagan selbst hatten kalifornische Finanzmagnaten – Kalifornien ist der volkreichste Bundesstaat und zugleich der mit dem höchsten Anteil an Industriearbeitern – aus der Gewerkschaftsbewegung, in der er während seiner Zeit als Filmschauspieler tätig war, herausgekauft, ihn als Werbemanager für General Electric durch ihre Schule gejagt, als Gouverneur von Kalifornien gewogen und für gut befunden, bevor sie ihn ins Weiße Haus hieften, wo er in Anbetracht unbestrittener Fähigkeiten einen annehmbaren Moderator für die eigentlichen Fachleute abzugeben verspricht. Einige seiner finanzstarken Förderer werden ihm wie bisher auch zukünftig als enge „Berater“ beistehen. Vizepräsident wird der Millionär, ehemalige Vorsitzender der Republikaner, ehemalige CIA-Chef, ehemalige Botschafter bei der UNO und Gesandter in der VR China George Bush.

Ansonsten sind in engster Wahl: George P. Shultz, unter Eisenhower und Kennedy Berater, ab 1970 Budget-Di-

rektor, in der Nixon-Ära zuerst Arbeits-, dann Finanzminister, zog sich 1974 zurück, als es mit dem Dollar als Weltgeld und den USA als unangestaster Hegemonialmacht bergab ging; freilich nicht ins Privatleben, sondern auf den Präsidentensitz des Baubereichs Bechtel (Bau von Pipelines, Kraftwerken und anderen Großanlagen), von wo er jetzt in die Regierung zurückdelegiert wird. Wie es heißt, als neuer Außenminister. Um diesen Posten bewirbt sich allerdings auch Alexander M. Haig, der jedoch auch das Verteidigungsministerium nicht ablehnen würde. Haig verdiente sich seine ersten Sporen im Aggressionskrieg gegen Vietnam, wurde später, nach einer vorübergehenden Beratertätigkeit in der Nixon-Regierung, von der er sich ebenfalls rechtzeitig absetzte, Oberster Allierter Befehlshaber in Europa. Seit seinem Rücktritt 1979 ist er Präsident der United Technologies Inc.

Das Finanzministerium wünscht die First National City Bank mit ihrem Vorstandsvorsitzenden Walter Wriston zu besetzen. Für das Arbeitsministerium bietet sich der ehemalige Unterstaatssekretär und jetzige Vizevorsitzende des zweitgrößten Stahlmonopols Bethlehem Steel Richard F. Schubert an. Die texanischen Finanzbourgeois bieten einen der Ihren für das Handelsministerium an. Der Vorstandsvorsitzende William Agee der Bendix Corp., immerhin unter den 100 größten US-Monopolen zu finden, stellt sich zur freien Verfügung. Für das Wirtschaftsministerium steht eine Horde renommierter Professoren bereit.

Damit kann Reagan an die Umsetzung seiner bereits jetzt lancierten Projekte gehen. Geplant ist die Erhöhung des Rüstungsetats um 5% in den nächsten Jahren und die Durchsetzung eines 15 – 20 Mrd. \$ Nachtragshaushaltes für die Rüstungsausgaben 1981. In Planung ist weiter die Entwicklung eines neuen Bombers, die Errichtung zusätzlicher Silos für die unterirdischen Minuteman-Raketen, der Ausbau der Marine und die Entwicklung von weiteren nuklearen Flugzeugträgern. Zur Ergänzung wurde der NATO bereits vorgeschlagen, daß die europäischen NATO-Imperialisten auch Flugzeugträger bauen und unterhalten sollten.

Die von Reagan bereits vor seiner Wahl gepriesenen und als Gouverneur von Kalifornien vorexerzierten Steuererleichterungen beabsichtigen Steuererleichterungen für die Konzerne und eine drastische Senkung des Einkommenssteuersatzes. Zur weiteren Investitionsförderung der Kapitalisten sollen die Abschreibungssätze so angehoben werden, daß die Investitionsrate steigen kann und die Konzerne mit technisch funktionsfähigen, aber finanziell abgeschriebenen Maschinen

Extraprofiten erzielen können. Wo die Sanierung des Staatshaushaltes herkommen soll, ist auch schon klar: 27 Mrd. \$ sollen durch Lohn- und Gehaltssenkungen in den öffentlichen Diensten eingespart werden.

Die tatsächlichen Senkungen von Staatsausgaben werden in der Senkung von Sozialversicherungszahlungen u.ä. bestehen, begleitet von der Delegation des Sozialwesens an die Einzelstaaten und der Senkung der Mindestlöhne.

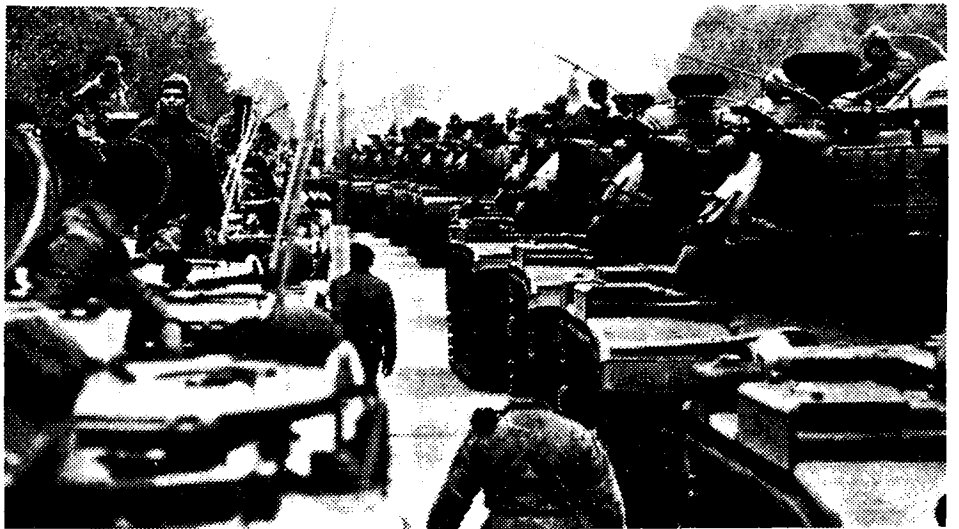
NATO

Schmidt deutet weitere Nachrüstung an

Mitten in die laufende Vorbereitung der Regierungserklärung und zeitig vor Schmidts und Genschers USA-Reise überbrachte der Botschafter der USA in der BRD, Walter Stössl, dem Bundesverteidigungsminister Apel eine Wunschliste. In dieser war neben rein menschlichen Selbstverständlichkeiten wie bessere Wohnungen für die Besatzungstruppen und Bundesbahnfahrtsscheine für Besatzer nebst Familie auch direkt Militärisches enthalten. Man wünsche und brauche erheblich vergrößerte Depotanlagen für schweres

Genehmigung und Finanzierung von neuen Depotanlagen der US-Streitkräfte in der BRD durch die Bundesregierung würde den USA die Möglichkeit verstärken, die Truppenstärke gegebenenfalls sogar zu vermindern und doch eine Steigerung an Kampfkraft zu haben. Denn diese tritt ein, wenn die logistischen Voraussetzungen für schnelle Truppenverlagerung verbessert werden.

Zum Zeitpunkt von Stössls Vortrag ging durch die BRD-Presse noch das Koalitionsklimbimbim, man würde den Verteidigungshaushalt durchaus nicht um 3%, wie durch NATO-Vereinbarung festgelegt, heben, sondern bloß um 1,8%. Inzwischen ist dies Schnee von gestern. Schmidt hat gemeinsam mit Margaret Thatcher eine Frohbotschaft herausgegeben, daß man für die Einlösung der Aufrüstungsabkommen eintreten würde. Das SPD-Vorstandsmitglied Wischniewski äußert gleichzeitig, die NATO-Übereinkunft, die Rüstungshaushalte um real 3% zu heben, sei „Blödsinn“. Wenns nötig wär, würde man auch um 5% real heben, wenn nicht, dann eben nur um 1%. An Wischniewskis Äußerung fällt vor allem auf, daß 1% reale Steigerung auch dann stattfinden würde, wenn es „nicht nötig“ wär. Aus dem Finanzministerium verlautet, man



Kriegsgerät, die BRD solle das Gelände zur Verfügung stellen und mindestens den Bau bezahlen. Den materiellen Umfang seiner Anforderungen hat Stössl vielleicht der Bundesregierung gegenüber beziffert, diese läßt jedoch nichts an die Öffentlichkeit dringen.

Stössls Vorstoß zielt auf einen schwierigen Punkt im NATO-Bündnis. Die USA würden sehr schätzen, wenn ihre Verbündeten die Aufrüstung so betreiben würden, daß eine Verbesserung der militärischen Position der USA nicht etwa nur gegenüber der UdSSR, sondern auch gegenüber dem jeweiligen Bündnispartner erzielt würde, denn man kann ja nie wissen. Die

habe schon alles für einen Verteidigungsnachtragshaushalt vorbereitet.

Ohne Übertreibung läßt sich heute feststellen, daß die Bundesregierung den Rüstungswettlauf mit dem RGW positiv will. Wie anders wäre Genschers jüngste Äußerung zu verstehen, es sei unverzichtbar, „daß die Vereinigten Staaten als westliche Führungsmacht in ihrer militärischen Stärke und Handlungsfähigkeit niemandem in der Welt nachstehen“. Schmidt bemüht sich, vereint mit Margaret Thatcher, Reagans Prognose wahr zu machen, daß die USA, wenn sie nur ihre Führungsrolle wahrzunehmen wüßten, auch Unterstützung finden würden.

Genscher stimmt sich auf Reagans Gedankengut, Bewahrung von Stabilität, Frieden und Zukunftsaussichten durch die US-Militärmacht Nr. 1, ein. Da aber die Hebung der NATO-Rüstung auf das geplante neue Ausmaß ganz unvermeidlich auch die politischen und militärischen Gewichte innerhalb des Bündnisses verschieben muß, werden in der allgemeinen Marschmusik häßliche Geräusche nicht ausbleiben. Insbe-

sondere für die BRD lassen sich schöne Positionen erzielen, wenn sie sich ein wenig anstellt. Nicht diese Begleittöne machen jedoch das Motiv der Militärpolitik der BRD aus, besser hört man auf die Marschritte der Rekrutenkolonnen, die befehlsmäßig auf öffentlichen Plätzen zusammengetrieben werden, um ihre Verfügbarkeit für die Interessen der westdeutschen Monopolbourgeoisie zu geloben.

Mieten

Konzertierte Aktion zur Beseitigung des Sozialen Wohnungsbaus

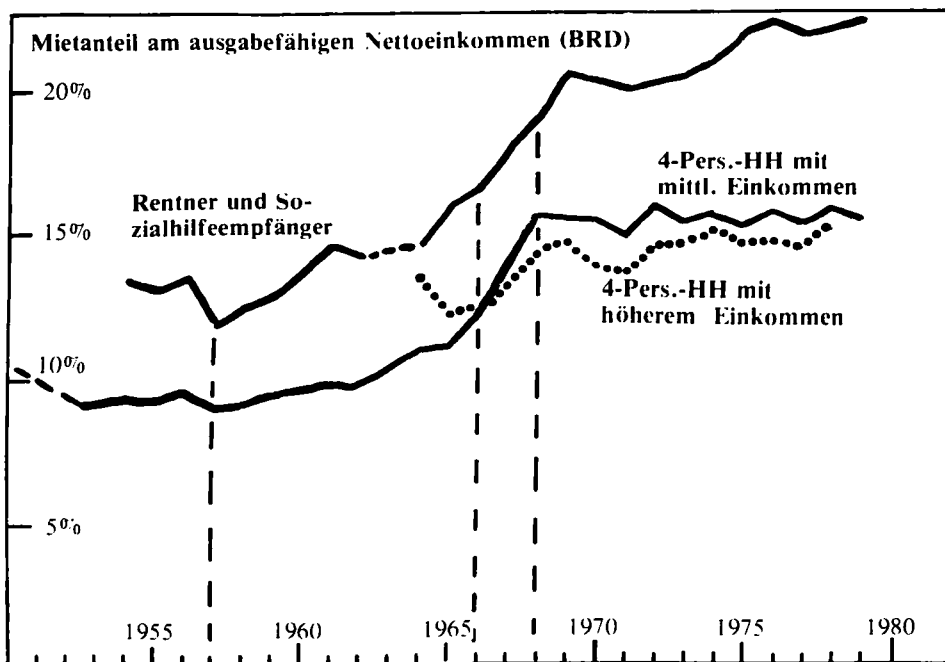
Wohnungsbauminister Haack mochte seinen auf neue Gemeinheiten sinnenden Kabinettskollegen nicht nachstehen. Wenige Tage nach der Regierungsbildung präsentierte er sein umfassendes Programm zur Mietensteigerung. Vor allem den 4,5 Millionen Mietern im Sozialen Wohnungsbau steht eine regelrechte Mietenexplosion ins Haus.

Wer z.B. aufgrund der nominalen Lohnerhöhungen der letzten Jahre über die „Berechtigungsgrenzen“ zu liegen kommt, wird zukünftig durch eine zynisch „Fehlbelegungsabgabe“ genannte Mieterhöhung von bis zu 2 DM

binnen kurzem an die „Marktmiete“ angepaßt werden. Der CDU ist das immer noch nicht genug. Auch die Altmieten, so der rheinland-pfälzische Finanzminister Gaddum, müßten in den „Marktbereich“ überführt werden; jedenfalls werde dann niemand in „zu großen“ und vor allem „zu billigen“ Altbauwohnungen hockenbleiben, nur weil kleinere Neubauwohnungen teurer seien. Einig sind sich die Bourgeoispolitiker, daß die auf den Sozialen Wohnungsbau verwandten Steuergelder noch drastischer gekürzt werden. Innerhalb weniger Jahre ist die Zahl der nach § 25 des Zweiten Wohnungs-

Senkung des Lohnstandards zu verschaffen. 1950 noch wurde die Miete im Sozialen Wohnungsbau als „Richtsatzmiete“ nach dem Durchschnittslohn festgelegt; damals betrug sie 1 DM pro m². Bis Ende der 60er Jahre wurde die „Richtsatzmiete“ in die „Bewilligungsmiete“ umgewandelt, die „Kapitalsubvention“ in die „Zinssubvention“, was den Bourgeois die Kürzung der staatlichen Mittel ermöglichte. Entsprechend schnellte der Mietpreis von 1,55 DM pro m² 1960 auf 3,12 DM 1970. Heute liegt die Miete nur in den ersten zwei bis drei Jahren fest – inzwischen bei 5,10 DM – und steigt dann, aufgrund des Wegfalls der Zinssubventionen, innerhalb von 15 Jahren auf „Kostenmieten“-niveau.

Mit dem Wohnungsbauänderungsgesetz 1980 hatte Haack einen weiteren kräftigen Mietpreissprung eingeleitet: Die „Sozialbindung“ einer Wohnung kann vorzeitig aufgehoben werden. Nun rundet er ab. Die absehbaren Mietsteigerungen durch Wohngeld ausgleichen zu können, besteht für den Lohnabhängigen keine Aussicht. Die Höchstbeträge des monatlichen Familieneinkommens sind so niedrig angesetzt, daß die Masse der Arbeiter darüber liegt. Für einen 3-Personen-Haushalt z.B. wird der Höchstsatz für 1981 1800 betragen, das Wohngeld bei einer Miete von 500 DM – ganze 24 DM.



pro m² geschröpft. Auf diese auf mittlere Angestellte und Beamte zielende „Fehlbelegungsabgabe“ war es dem gerechtigkeitliebenden Haack vor allem angekommen: Sie bringt jährlich 800 Mio. Die FDP legte ihrerseits Nachdruck auf eine allgemeine Erhöhung der Neumieten im Sozialen Wohnungsbau. Durch beschleunigte Zinserhöhungen für die Darlehen soll die anfangs noch subventionierte Miete

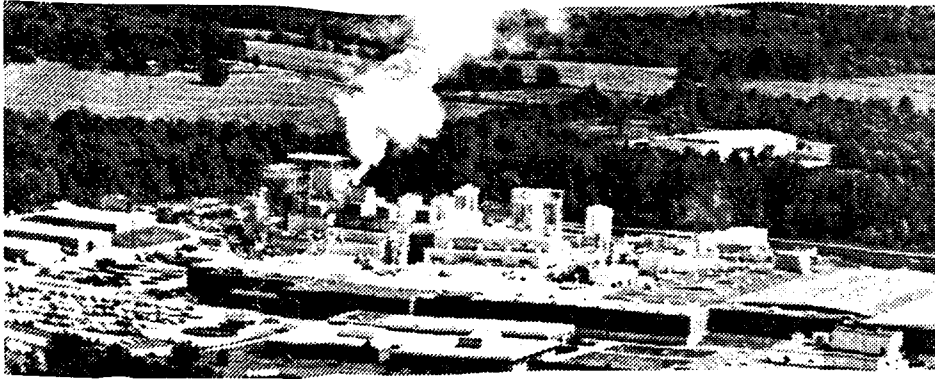
bauförderungsgesetzes geförderten Wohnungen ohnehin schon halbiert worden.

Kurzum, jetzt geht es darum, den Sozialen Wohnungsbau schrittweise, aber vollständig zu beseitigen. Hauptzweck dieser Reform, die insbesondere nach dem 2. Weltkrieg zur vollen Blüte kam, war es gewesen, den Kapitalisten durch Verbilligung der Mieten der Arbeiterbevölkerung Spielraum für die

Kapitalexport BRD-Chemiemonopole drängen auf US-Markt

Nicht trotz, eher wegen der Krise der US-Chemieindustrie hat das westdeutsche Chemiemonopol Hoechst im Oktober mit seiner bislang größten Auslandsinvestition seine 19 Werke in den USA um eines erweitert: Mit dem Werk in Bayport/Texas, in dem Styrol und Polyethylen (Hostalen) produziert werden, versucht es, festen Fuß auf dem größten Kunststoffmarkt der Welt zu fassen. 1965 noch erzielte Hoechst die Hälfte seines Umsatzes in den USA durch Warenexporte, heute sind es gerade 10%. Bayport ist dabei nur der Auftakt zu einer neuen, großen Kapitalexportoffensive. In den nächsten fünf Jahren will der Konzern 750 Mio. \$ in den USA direkt investieren (zum Vergleich: in den letzten zehn Jahren waren es 950 Mio. \$) und noch einmal soviel in den Kauf von US-Firmen.

Die Pläne der beiden anderen großen westdeutschen Chemiekonzerne Bayer und BASF sind nicht weniger ehrgeizig. Auch ihr Expansionsschwerpunkt liegt in den USA. Inzwischen beherrschen sie zusammen mit Hoechst 3% des US-Chemiemarktes. Nur auf den ersten Blick mag dies bescheiden



Über 9000 Lohnabhängige beutet Hoechst in den USA aus. Bild: Werk in Greer.

wirken: Die drei größten US-Chemie-monopole Du Pont, Dow Chemical und Monsanto beherrschen zusammen einen Anteil von 9%. In einigen Teilbereichen liegen die IG Farben-Nachfolger inzwischen auf führenden Plätzen.

Ihr Drang auf den US-Markt hat vielfältige Gründe. Der innere Markt ist ihnen zu eng, der US-Markt mit einem Umsatz von 149 Mrd. \$ mehr als dreimal so groß. Ohne Forcierung ihres Kapitalexportes jedoch werden sie im herausziehenden Handelskrieg ihre Marktanteile schneller verlieren, als sie

sie eroberten. Zugleich müssen sie, um mit den US-Monopolen konkurrieren zu können, sich ebenfalls den Vorteil des niedrigeren Erdölpreises in den USA verschaffen – Erdöl ist der Hauptrohstoff der Chemieindustrie. Schließlich ist es den US-Imperialisten in den letzten Jahren gelungen, den Lohnstandard in den USA unter den in der BRD zu drücken. – Verschärfte Angriffe auf die westdeutschen Chemiearbeiter, aus denen die Millionen-summen für den Kapitalexport herausgepreßt werden, werden nicht auf sich warten lassen.

Polen

Die Gewerkschaft „Solidarität“ hat schwierige Aufgaben vor sich

„Die Regierung begrüßte mit Befriedigung die Überwindung der Spannung rund um die Registrierung“, meldete „Trybuna Ludu“, die Zeitung der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, am 12.11., einen Tag, nachdem das oberste Gericht die Gewerkschaft „Solidarität“ anerkannt und die Entscheidung der vorigen Instanz, in das Statut müsse die Verpflichtung auf die führende Rolle der Partei hineingeschrieben werden, kassiert hatte. Der entsprechende Satz steht jetzt nur noch im Anhang.

Bereits am 6.11. hatte der neue Ministerpräsident Kania im polnischen Fernsehen gesagt, die Erneuerung der Gewerkschaft sei Teil des Parteiprogramms, die Partei stehe der neuen Gewerkschaft wohlwollend gegenüber. Er forderte die Parteimitglieder zur aktiven Teilnahme auf, denn die Partei müsse überall sein, wo die Arbeiterklasse ist. Gleichzeitig hatte er vor Kräften gewarnt, die die Unzufriedenheit erhalten wollten und die Unabhängigkeit Polens im Rahmen seiner Bündnisverpflichtungen gefährdeten. Der politische Kampf bleibe auch weiter das *wichtigste* Mittel.

Soweit hat die neue Gewerkschaft sich durchgesetzt. Dies ist nicht einfach ihrer Stärke zuzuschreiben, die beträchtlich gewachsen ist. Sie hat jetzt

über 10 Millionen Mitglieder, mehr als dreimal so viele wie die Partei. Das Ergebnis kam auch zustande, weil die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei gespalten ist. Durchgesetzt worden sind insbesondere einige Punkte, die das Streikrecht regeln. Die Gewerkschaft kann „nach Erschöpfung aller anderen Möglichkeiten“ streiken. Einem Vollstreik soll nach Möglichkeit ein Warnstreik vorausgehen, bei Repressalien gegen Gewerkschaftsfunktionäre besteht jedoch das Recht zum sofortigen Streik.

Die Reform der Gewerkschaftsgesetzgebung steht noch aus, in der insbesondere das Streikrecht neu geregelt werden soll. Ob die jetzigen Ergebnisse überhaupt gesichert werden können, hängt davon ab, wie weit der Gewerkschaft bis zum Zeitpunkt der Verabschiedung dieser Gesetze eine Festigung ihrer Mitgliedschaft gelingt. Das aber wird weitgehend davon abhängen, ob sie an dem Kurs, den sie mit den 21 in Gdansk verabschiedeten Punkten eingeschlagen hat, festhält.

Die Regierung ist in Bezug auf diese Punkte nicht untätig. Eine der Forderungen ist die Aufhebung der Zensur. Sie hat eine Reform innerhalb der Leitungsstruktur des Polnischen Journalistenverbandes initiiert. Am 1.11. hat

dieser beschlossen, daß ein Rat zwischen den Tagungen des Verbandes das höchste Gremium ist, um Legislative und Exekutive besser zu trennen. Er wählt aus seinen Reihen den Hauptvorstand. Neu ist ebenfalls der Interventionsausschuß, der „zwischen Journalisten und deren Partnern bei der Ausführung der Dienstpflichten“ vermitteln soll. Es sieht so aus, als wäre die Regierung der Gewerkschaft zuvorgekommen und habe ihre Kontrolle über die Presse festigt.

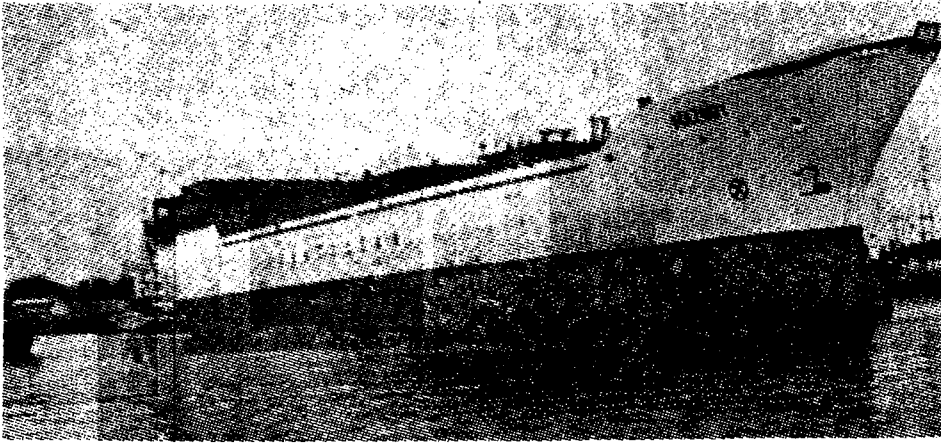
Um die Führung der polnischen Arbeiterbewegung bemühen sich die unterschiedlichsten Kräfte, die auf die neuen Gewerkschaften möglichst viel Einfluß zu gewinnen versuchen: Die PVAP, die, ähnlich wie die SED in der DDR, aus mehreren Gruppen, nämlich Kommunisten, Widerstandskämpfern und Teilen von bürgerlichen Parteien, gebildet wurde, hat bisher im wesentlichen einige deutlich entartete bürgerliche Elemente von der Front abgezogen. Die katholische Kirche, die heftig versucht, die Gewerkschaft von ihren nächsten erklärten Zielen abzubringen und die Bewegung zu Streikern für ihre religiöse Lehre machen will. Schließlich eine Richtung, die das polnische Nationalgefühl erneuern will und behauptet, dies genüge schon, um mit so schwierigen Fragen wie der, was angesichts einer immer noch möglichen sowjetrussischen militärischen Intervention an Vorbereitungen zu treffen ist, fertigzuwerden.

Alle diese Kräfte haben erkannt, daß die polnische Arbeiterbewegung stärker geworden ist und ihren schwierigen



Ernte bei schlechtem Wetter in der Wojewodschaft Gorzów Wielkopolski

taktischen Aufgaben mit größerer Sicherheit nachkommt als noch 1970, wo sie sich auf große Auseinandersetzungen mit der Regierung eingelassen hatte. Sie alle zerran an ihr und versuchen sie so von der Richtung abzubringen, mit der es ihr gelingen kann, die verschiedenen Teile des Volkes im gewerkschaftlichen Kampf zu einigen. Die Gewerkschaft hält an der Unterstützung



Das Transportschiff „Mazury“, gebaut in der Lenin-Werft in Gdansk, ist für ein polnisches Unternehmen bestimmt. Seit 1949 lieferte Polen außer Eisenbahnwagons und Lokomotiven rund 650 Schiffe in die UdSSR.

der Kämpfe um Lohnerhöhungen fest. Sie hat die Streiks der Beschäftigten im Gesundheitswesen, im Verkehrs- und Kulturbereich mit demonstrativen Aktionen unterstützt. Im Gesundheitswesen sind Lohnerhöhungen durchgesetzt worden, nachdem die Beschäftigten das erste zu geringe Angebot der Regierung abgelehnt und den Streik fortgeführt hatten. Noch ist über die in den 21 Punkten enthaltenen Forderungen zur Verbesserung der Versorgung wenig entschieden. Die Gewerkschaft muß auch daran festhalten.

Das Verhalten der übrigen RGW-Länder ist unterschiedlich. Die DDR hat die Grenze zu Polen weitgehend dichtgemacht und damit das Abkommen von 1970, das Freizügigkeit für Besucher beider Seiten bot, außer Kraft gesetzt, nachdem sie schon im Frühjahr, also vor den Maßnahmen gegenüber der BRD, einen Zwangsumtausch in gleicher Höhe für polnische Gäste festgelegt hatte. Jugoslawien hat Polen Hilfe angeboten, sowohl durch Kredite als auch durch Lieferung von Nahrungsmitteln.

Es gibt aufgrund der Versäumnisse der Parteiführung keine richtige Verbindung zwischen Arbeiterklasse und Bauern, die immer noch wenig kollektiviert sind und wenig Unterstützung durch landwirtschaftliche Maschinen, Kunstdünger und fortgeschrittene Produktionsmethoden sowie Schaffung der nötigen Infrastruktur zur Erleichterung der körperlichen Arbeit und Hebung der Produktivität genießen. Der Wunsch der Bauern, sich ebenfalls gewerkschaftlich zu organisieren, nimmt zu. Aber eine positive Änderung der wirtschaftlichen Lage und insbesondere der Versorgung mit Nahrungsmitteln ist schwer herbeizuführen. Die polnische Regierung scheint die Taktik zu verfolgen, die neuen Gewerkschaften, unter denen „Solidarität“ die stärkste ist, an den nötigen wirtschaftlichen Reformen mitwirken zu lassen und ihnen, wenn die ergriffenen Maßnahmen keine gute Wirkung

haben, was eigentlich zu erwarten ist, einen gehörigen Teil der Verantwortung für den Fehlschlag aufzulasten, um sie so um einen Teil ihrer Anhänger zu bringen.

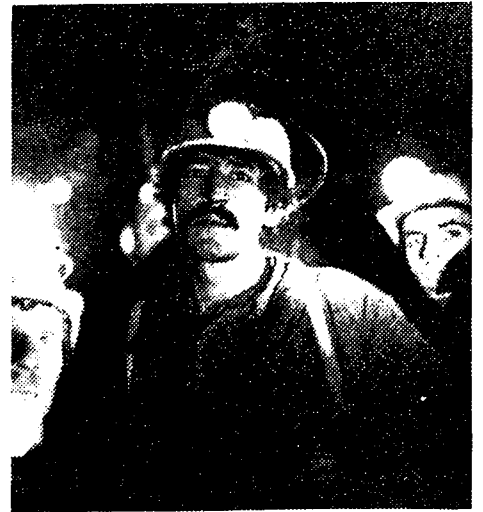
Kania hat vor dem Gerichtsentscheid in Eile fünf Stunden bei der sowjetischen Regierung verbracht, um sein Vorgehen mit ihren Absichten abzustimmen. Die Vorwürfe, die die Sowjetunion neuerdings erhebt, die Vorgänge in Polen würden geschürt von „antisozialistischen Elementen, die Millionen von Dollars in Polen hineinschütten, um Oppositionsgruppen zu unterstützen“, bedeuten eine Kritik an der vorigen polnischen Regierung, aber auch eine Warnung an die jetzige, weitere Kreditaufnahmen bei westlichen Imperialisten, z.B. den USA, zu unterlassen. Der große Kredit, den die Sowjetunion jetzt von der BRD nehmen will, soll sicher auch dazu dienen, die Kreditbedürfnisse anderer RGW-Länder abzudecken, aber durch Vermittlung der SU, also zu ihren Bedingungen und ohne die Möglichkeit, sich durch Manövrieren zwischen verschiedenen Kreditgebern Luft zu verschaffen. Nach Berechnungen der polnischen Regierung sind allein durch die Streiks in den letzten Monaten Verluste im Wert von 5 Milliarden DM entstanden. Sie hat versprochen, 1981 die Fünf-Tage-Woche einzuführen. Beides zusammen könnte sie nutzen, um Druck in Richtung Intensivierung der Arbeit auszuüben.

Jugoslawien Westdeutsche Banken wollen „Übersicht“

Die jugoslawische Regierung hat in den letzten Monaten ein Stabilisierungsprogramm zur Lösung der schwierigen Wirtschaftsprobleme des Landes eingeleitet. Die Inflation hat 30% erreicht, die Arbeitslosigkeit liegt mit

800000 unverändert bei 14%. 1979 war die Hälfte der Einfuhr nicht durch Exporte gedeckt, und die Auslandsverschuldung hat sich in drei Jahren auf 15 Mrd. \$ verdoppelt.

Mit hohen Investitionen hat Jugoslawien auch in den letzten Jahren den Aufbau der eigenen Industrie fortgesetzt und trotz Rückwanderung von 150000 der zeitweise 860000 Emigranten ein weiteres Ansteigen der Arbeitslosigkeit verhindern können. Die Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit hat aber mit der quantitativen Ausdehnung von Produktion und Verbrauch nicht Schritt gehalten. Ein wachsender Teil des gesellschaftlichen Konsums mußte durch Schulden finanziert werden. Zur Eindämmung des Zahlungsbilanzdefizits hat die Regierung im Juni den Dinar um 30% abgewertet. Die Verteuerung von Importwaren bedeutet freilich auch einen weiteren Anstoß für die Inflation, zumal jetzt die staatliche Preiskontrolle für



Die jugoslawischen Gewerkschaften fordern Lohnerhöhungen und bessere Arbeitsbedingungen für Bergleute.

weitere Waren, u.a. Autos, Fernsehgeräte, Obst und Gemüse, aufgehoben worden ist. Gleichzeitig wurden die Mindestanzahlungen bei Ratenkäufen erhöht, für Möbel z.B. von 30 auf 40% des Endpreises. Die Handelsbeziehungen mit den anderen Ländern der Dritten Welt werden ausgebaut. Nach dem im Juli unterzeichneten Handelsabkommen mit Albanien soll der Warenaustausch bis 1985 verfünffacht werden. Jugoslawien würde damit größter Handelspartner des Nachbarlandes.

Bei den Verhandlungen über einen 1,4 Mrd.-DM-Kredit will ein westdeutsches Bankenkonsortium „für die Zukunft Übersicht schaffen“ („FAZ“). So schmerzlich einige der Stabilisierungsmaßnahmen kurzfristig sind, sie haben gerade zum Ziel, durch Stärkung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit derlei frechen Ansprüchen die Grundlage zu entziehen.

Nur durch wirtschaftliche Zusammenarbeit können die Staaten ihre vollständige Unabhängigkeit erkämpfen

Westdeutsche Manager leiten nach einer Meldung der Londoner Zeitschrift „Africa“ seit kurzem die nationale Schiffahrtsgesellschaft von Ghana, eine der größten Reedereien der unabhängigen afrikanischen Staaten. Sie war in den letzten Jahren in Finanzschwierigkeiten geraten. Anzunehmen, daß BRD-Kapital seine Hände dabei im Spiel hat. Der Vorgang ist bezeichnend für die Schwierigkeiten und Rückschläge, mit denen die afrikanischen Völker bei der wirtschaftlichen Befreiung des Kontinents zu kämpfen haben.

nur 20% ihres Außenhandels mit Ländern der Dritten Welt und nicht einmal 4% mit anderen afrikanischen Ländern ab, während allein die EG-Imperialisten 50% des afrikanischen Außenhandels beherrschen. Die Auslandsverschuldung Afrikas bewegt sich auf 50 Mrd. \$ zu. Alle Forderungen der Staaten Afrikas und der gesamten Dritten Welt nach durchgreifenden Maßnahmen für eine neue Weltwirtschaftsordnung sind bislang von den Imperialisten blockiert worden.

Daraus hat die OAU die Konsequenz gezogen, daß die wirtschaftliche

dem Ziel einer afrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft bis 1990 soll der innerafrikanische Handel verstärkt werden. Als erster Schritt werden bis 1984 regionale Zollunionen entstehen. Ferner hat die OAU Maßnahmen zur Neuregelung des innerafrikanischen Zahlungsausgleichs beschlossen, der gegenwärtig in kostbaren Devisen abgewickelt werden muß. Die OAU-Mitgliedsländer sind aufgefordert, gemeinsame Schiffahrtsgesellschaften zu gründen, damit nicht mehr der Löwenanteil des afrikanischen Außenhandels über die imperialistischen Schiffahrtskonzerne verschifft werden muß.

Die Schwierigkeiten bei der Verwirklichung dieses Programms scheinen schier unüberwindlich: Die von den Kolonialmächten hinterlassene Wirtschaftsstruktur – Hauptausfuhrsgüter Rohstoffe – kettet die afrikanischen Länder zwangsläufig an die imperialistischen Aufkäufer der Rohstoffe und ist keine Basis für die Entwicklung des regionalen und innerafrikanischen Handels, da die benötigten Fertigwaren in Afrika kaum produziert werden. Z.B. sind die drei weltgrößten Exporteure von Kakao die eng benachbarten westafrikanischen Länder Ghana, Elfenbeinküste und Nigeria. Für andere westafrikanische Länder gilt Ähnliches.

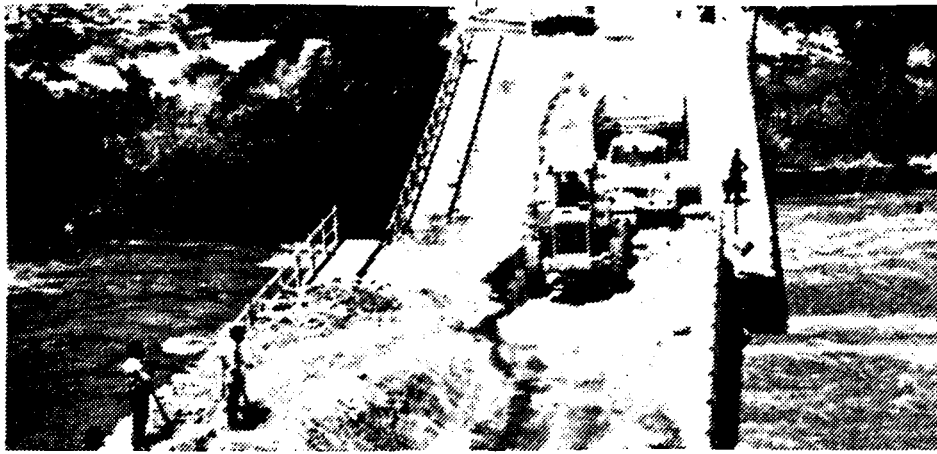
Dem Aufbau nationaler Industrien wiederum, die die Grundlage für Fertigwarenexporte in andere afrikanische Länder bilden, steht – insbesondere in dem politisch zersplitterten Westafrika – das Nichtvorhandensein größerer innerer Märkte entgegen. Fortschritte sind hier nur durch gemeinsame Planung von Industrieprojekten zu erzielen, wobei ökonomische Gesichtspunkte Standorte in den entwickelteren und verkehrsmäßig besser erschlossenen Ländern nahelegen, während im Interesse des wirtschaftlichen Zusammenschlusses des Kontinents gerade die unterentwickeltesten Länder besonders gefördert werden müßten. Wo es Ansätze nationaler Industrien gibt, sind deren Produkte aufgrund niedriger Produktivität teuer und oft aus Qualitätsgründen kaum konkurrenzfähig. Die UN-Wirtschaftskommission für Afrika berichtet, daß ein Großteil der Industriebetriebe chronisch unterausgelastet ist. Eine afrikanische oder regionale Zollunion mit hohen Zöllen zum Schutz der afrikanischen Industrie würde zunächst die Waren auf dem afrikanischen Markt verteuern.



Afrikas Landwirtschaft, in der 70% der Erwerbstätigen arbeiten, haben die Imperialisten durch Konzentration auf Wirtschaftskulturen und Vernachlässigung der Nahrungsmittelproduktion ruiniert. Wegen fehlender Bewässerungsanlagen haben Dürreperioden katastrophale Folgen.

„Mit dem Sieg in Zimbabwe und der bevorstehenden Befreiung von Namibia und Azania in naher Zukunft ist das Ende des Kampfes für politische Befreiung in Afrika in Sicht. Die zweite Phase des Kampfes für Unabhängigkeit – für wirtschaftliche Unabhängigkeit – muß jetzt beginnen,“ erklärte der nigerianische Staatspräsident Shagari bei der Eröffnung des OAU-Wirtschaftsgipfels im April in Lagos. 20 Jahre nach der Erringung ihrer Unabhängigkeit sind die afrikanischen Staaten wirtschaftlich immer noch den Imperialisten ausgeliefert, machen Rohstoffe immer noch zwischen 80 und 95% ihrer Exporte aus, wickeln sie

Unabhängigkeit Afrikas vor allem aus eigener Kraft und durch kollektive Anstrengungen errungen werden muß. Das von dem OAU-Wirtschaftsgipfel beschlossene Programm setzt den Schwerpunkt auf die Entwicklung der Landwirtschaft mit dem Ziel der Selbstversorgung bis 1990. In der Industrie soll die Errichtung von kleinen und mittleren Industriebetrieben gefördert werden. Die Planung regionaler industrieller Großprojekte ist in Auftrag gegeben. Das Ziel ist ein afrikanischer Anteil von 1,4% 1990 und von 2% im Jahr 2000 an der Weltindustrieproduktion. Durch den Abbau der innerafrikanischen Zollschränken mit

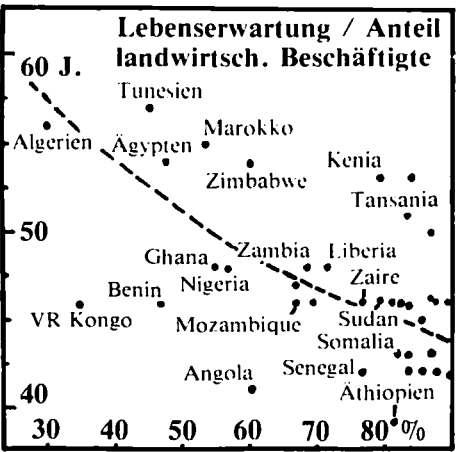
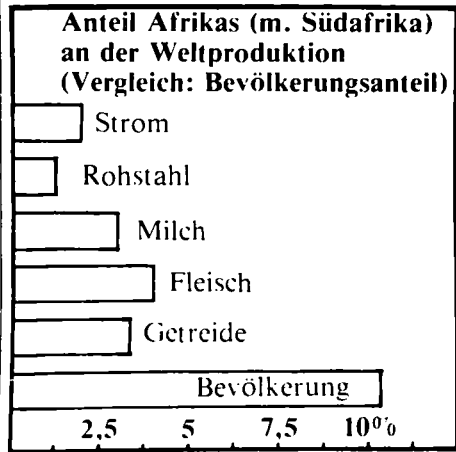


Aufbau einer zerstörten Straßenbrücke in Angola. Auch Zaire und Sambia sind im Außenhandel auf Angolas Verkehrswege angewiesen.

Schließlich begünstigt jeder Wirtschaftszusammenschluß aufgrund des äußerst ungleichen Entwicklungsstandes der verschiedenen Volkswirtschaften spontan die entwickelteren Länder, wenn nicht dagegen Ausgleichsmaßnahmen ergriffen werden. 1977 ist die Wirtschaftsgemeinschaft von Kenia, Uganda und Tansania geplatzt, weil das relativ entwickelte Kenia und insbesondere die dort ansässigen imperia-

listischen Monopole alle Vorteile der Wirtschaftsgemeinschaft monopolisierten. Für den innerafrikanischen Handel fehlen weithin die nötigen Verkehrswege. Zwischen benachbarten afrikanischen Staaten sind insgesamt 84 zwischenstaatliche Verbindungsstraßen erforderlich, aber 6 fehlen ganz, und 53 sind nur in der Trockenzeit befahrbar. Ein interafrikanisches Eisenbahnnetz

existiert noch nicht. Die von den Kolonialmächten hinterlassenen Bahnen und Straßen führen hauptsächlich von den jeweiligen Rohstoffvorkommen zum nächstgelegenen Hafen. Schienenunterbau, Schienen und rollendes Material sind überaltert und von schlechter Qualität, da es den Imperialisten beim Bahnbau um schnellsten Kapitalumschlag ging. Allein die Instandsetzung und -haltung übersteigt oft die Kräfte der einzelnen Länder. Zehn afrikanische Länder verfügen über keinerlei Eisenbahnen. Das Eisenbahnnetz im südlichen Afrika konzentrierte sich auf Südafrika, bis der Bau der Tazara-Bahn mit Unterstützung der VR China Abhilfe schuf. Aber immer noch müssen Sambia 41% und Botswana den größten Teil seines Außenhandels über Südafrika abwickeln, Anlaß für höhnische Demütigungen seitens der Imperialisten und des südafrikanischen Rassistenregimes. Für den Flugverkehr gilt, daß der schnellste und billigste Flug von einem Land Afrikas ins andere oft über London oder Paris führt. Von den Ländern südlich der Sahara verfügen nur Ghana, Elfenbeinküste, Zaire, Nigeria, Tansania (zusammen



Wirtschaftliche Lage in Afrika

Die afrikanischen Staaten stehen gegenwärtig vor bedrohlichen Wirtschaftsproblemen, die ihre Anstrengungen im Kampf gegen Armut und neokoloniale Ausbeutung gefährden. Die Entwicklung der Landwirtschaft, in der 70% der erwerbstätigen Bevölkerung arbeiten und die für viele Länder Hauptquelle ihrer Exporterlöse ist, hat mit dem Bedarf der Bevölkerung nicht Schritt gehalten. Die Getreideproduktion ist seit Anfang der 60er Jahre um 35% gewachsen, die Bevölkerung dagegen um 45% auf etwa 420 Mio. 1960 produzierte Afrika noch ca. 90% der notwendigen Nahrungsmittel selbst, 1979 dagegen nur noch 65%.

Die Getreideimporte sind von 4,2 Mio. t 1970 auf ca. 12 Mio. t 1980 gestiegen. Allein die Weizenimporte kosteten im letzten Jahr 2 Mrd. \$. Steigende Getreidepreise und die Frachtraten, die sich seit 1978 verdoppelt haben, verstärken noch die Bürde für die afrikanischen Länder. Etwa auf der Hälfte der landwirtschaftlich genutzten Fläche werden Wirtschaftspflanzen angebaut. In manchen Ländern hat eine Wirtschaftspflanze einen Anteil von über 50% am Gesamtexport – Baumwolle in Tschad (79%), Erdnüsse in Senegal (57%). Auf diese Monokulturen ist zwangsläufig ein großer Teil der landwirtschaftlichen Investitionen konzentriert. Die Imperiali-

sten, die oft noch die Plantagen kontrollieren, konzentrieren ihre Investitionen und Entwicklungs„hilfe“ vorrangig auf den Anbau von Wirtschaftspflanzen. Außerdem ist der Wassermangel für die afrikanische Landwirtschaft ein drückendes Problem – nur 8% der für den Anbau von Nahrungsmitteln benutzten Fläche werden bewässert.

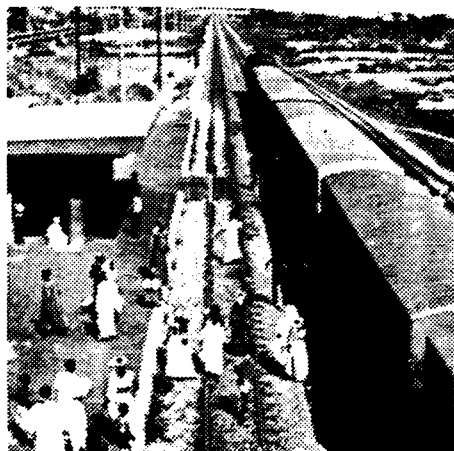
Afrikas Industrieproduktion (einschließlich des industrialisierten Südafrika) hat einen Anteil von nur 0,54% an der Weltproduktion. Die meisten agrarischen und mineralischen Rohstoffe Afrikas werden außerhalb des Kontinents weiterverarbeitet. Die bestehenden Industriebetriebe haben mit Energiemangel zu kämpfen und sind oft wegen niedriger Produktivität auf dem afrikanischen Markt nicht konkurrenzfähig. Kapitalmangel und wachsende Auslandsverschuldung erschweren den Aufbau von Industrien, mit denen Fertigwarenimporte substituiert werden können.

Ein Wirtschaftswachstum zwischen 0 und 1% mußten die afrikanischen Länder südlich der Sahara im Durchschnitt in den Jahren von 1960 bis heute verzeichnen. Hauptursache sind die gesunkenen Preise für ihre Exportprodukte, die bei Zaire um 40%, bei Liberia um 15%, bei Ghana um 20% und bei Somalia um 28% seit 1970 gefallen sind. Die Weltbank rechnet für die meisten Länder bis 1985 mit einem Nullwachstum oder einem Rückgang des Sozialprodukts. Die Wirtschafts-

mit der VR China) und Kenia über eine nennenswerte Handelsflotte.

Mit System suchen die Imperialisten alle Anstrengungen der afrikanischen Staaten zur Überwindung dieser Schwierigkeiten zunichtezumachen. Eine besonders üble Rolle spielen dabei die EG-Imperialisten, von denen der Generalsekretär der tansanischen Einheitspartei CCM auf einer Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung sagte, der schlimmste Feind seien diejenigen, die sich als Partner aufführten, während sie Sabotage trieben.

Die Imperialisten sind nicht gegen afrikanische Wirtschaftszusammenschlüsse, solange die nicht durch hohe Zölle auf Fertigwarenimporte den Aufbau der nationalen Industrien zu schützen versuchen, sondern den Imperialisten noch besser die Absatzmärkte sichern und womöglich lästige Konkurrenz abhalten. So haben Großbritannien und Frankreich ihre ehemaligen Kolonien in Ost- bzw. Westafrika gleich nach deren Unabhängigkeit in Wirtschaftsgemeinschaften gedrängt, um ihre Monopolstellung gegen US-, BRD- und japanische Konkurrenz aufrechtzuerhalten. Die BRD nistete sich



Viele Bahnlinien sind überaltert. Die Kolonialisten haben die Bahnen zumeist für den Abtransport der Rohstoffe zum nächsten Hafen angelegt.



währenddessen vor allem in solchen Ländern ein, die schon länger unabhängig waren oder Bindungen an die alten Kolonialmächte ablehnten. 1976 gingen 26,8% aller Exporte Liberias (Eisenerz), 11% der von Mali, 12,6% der von Guinea und 10% der von Ghana in die BRD. Mit der Bildung der ECOWAS, die die Spaltung der Länder Westafrikas entlang der alten Kolonialreiche überwand, verbesserten

sich die Chancen der BRD: Ihr Anteil am ECOWAS-Außenhandel nähert sich dem britischen. Durch Direktinvestitionen in dieser Zone hoffen die EG-Imperialisten, den Hauptprofit aus der Ausweitung des regionalen Handels zu ziehen.

Mit den Lomé-Abkommen, die die meisten afrikanischen Staaten unterzeichnet haben, besitzen die EG-Imperialisten ein Instrument, mit dem sie

krise in den imperialistischen Ländern verschlechtert weiter die Exportmöglichkeiten der afrikanischen Länder und schlägt infolge ihrer großen wirtschaftlichen Abhängigkeit von den Imperialisten auf ihre nationalen Wirtschaften durch. Die Auslandsverschuldung der afrikanischen Staaten, von 9 Mrd. \$ 1970 auf 42 Mrd. \$ 1979 hochgeschwungen, wird weiter steigen.

Die Lage der afrikanischen Massen hat sich in den letzten Jahren in den

meisten Ländern verschlechtert. Zwischen 40 und 50% der Bevölkerung leben unter dem offiziellen Elendsstandard. Das Pro-Kopf-Jahreseinkommen liegt bei 365 \$, das niedrigste von allen Erdteilen. Die durchschnittliche Lebenserwartung der afrikanischen

Massen ist 20 Jahre niedriger als in den imperialistischen Ländern. Der zynische Rat der Weltbank in ihrem World Development Report 1980 an die afrikanischen Staaten: Mehr investieren statt konsumieren, „obwohl es reale Grenzen gibt, wieweit der Verbrauch in Ländern mit niedrigem Einkommen gesenkt werden kann.“

Außenhandel der Staaten Afrikas (ohne Südafrika)

		Exp. total in Mio. \$	in %, davon nach:					Mittl. a. Ent- Osten w.län.	
			EG	USA	UdSSR	Japan	Afrika		
Export total	1970	12210	61,5	6,5	4,0	4,5	5,3	0,9	4,9
	1977	47780	42,3	31,5	1,4	2,1	4,2	1,3	6,6
davon:									
Nahrungs- u.	1970	3070	50,8	16,3	6,5	1,7	7,3	1,9	2,9
Genußmittel	1977	8110	54,0	14,9	3,6	3,5	6,2	2,4	1,7
Brennstoffe	1970	4070	77,9	4,2	0,3	0,4	2,3	0,2	5,1
	1977	30690	36,9	43,9	0,0	0,7	1,8	0,9	8,1
andere	1970	2440	52,1	4,1	7,8	6,6	3,3	0,7	8,2
Rohstoffe	1977	5250	52,0	4,7	3,3	5,7	4,4	1,0	6,9
		Imp. tot. in Mio. \$	in %, davon aus:					Mittl. a. Ent- Osten w.län.	
			EG	USA	UdSSR	Japan	Afrika		
Import total	1970	11890	46,4	8,3	4,9	9,0	5,5	2,8	6,6
	1977	52560	49,5	8,3	1,7	10,9	3,8	2,8	8,0
davon:									
Nahrungs- u.	1970	1580	37,3	10,4	3,3	0,9	14,2	1,6	11,1
Genußmittel	1977	6630	36,1	14,3	0,6	1,2	7,5	0,9	19,5
Maschinen u.	1970	4580	50,9	9,9	5,5	16,4	0,7	0,2	1,6
Transportm.	1977	23440	56,0	8,6	1,6	18,9	0,3	0,2	2,6
andere ver- arb. Güter	1970	3370	49,6	4,5	1,8	8,6	5,3	0,8	11,5
	1977	12610	52,0	3,7	0,6	9,0	4,7	0,6	10,9

Quelle: UN-Statistical Yearbook 1978

Auslandsverschuldung afrikanischer Staaten

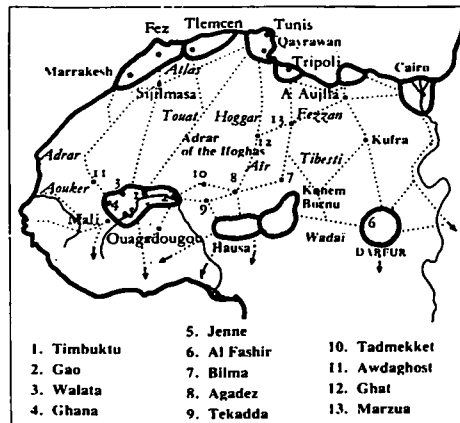
	Mio. \$ 1978	1970 = 100	Schuldend.- in % v. Exp.
Ägypten	9879	603	22,2
Äthiopien	551	326	7,5
Algerien	13168	1407	20,9
Elfenbeink.	2818	1101	14,1
Ghana	843	172	4,4
Guinea	916	292	17,4
Kamerun	1167	891	7,7
Kenia	953	304	8,3
Kongo	726	563	7,2
Liberia	334	211	5,4
Malawi	390	322	8,7
Mali	539	226	7,1
Marokko	5139	723	18,7
Mauretanien	574	2126	17,0
Nigeria	2180	456	1,2
Sambia	1396	234	20,8
Senegal	587	570	14,9
Somalia	496	644	3,7
Sudan	2,076	672	9,4
Tansania	1095	442	7,4
Togo	494	1235	15,2
Tunesien	2359	433	12,3
Zaire	2566	825	31,3

Quelle: World Bank, World Development Report, 1980

die OAU-Wirtschaftsplanung durchkreuzen können. Die Entstehung afrikanischer Konkurrenz für die Absatzmärkte europäischer Industrien wird unterdrückt. So sind Textilexporte in die EG kontingentiert. Die Finanzierung des Baus von Textilfabriken in Guinea und Tansania aus Mitteln des Europäischen Entwicklungsfonds EEF lehnte die EG-Kommission ab. Jetzt entstehen die Fabriken mit Hilfe der VR China. Über die Vergabe von Entwicklungshilfe aus dem EEF und von Krediten der Europäischen Investitionsbank EIB entscheidet ausschließlich die EG. Entgegen den OAU-Zielsetzungen konzentriert die EG ihre „Hilfe“ und Kredite gerade auf die entwickeltesten Länder und auf die Finanzierung von Großprojekten statt von Klein- und Mittelbetrieben. 80% der Bau- und Lieferaufträge für solche Projekte gehen an die EG-Monopole. Die wirtschaftliche Abhängigkeit wird zementiert und die eigene Nutzung der Rohstoffkommen verhindert, wenn mit EG-Mitteln Eisenerzlager in Mauretanien erschlossen oder in Ghana Ölpalmenplantagen angelegt werden.

Dasselbe gilt für die imperialistische

„Förderung“ der Verkehrswege in Afrika. Hier entsteht mit EG-Mitteln eine Bahnlinie zu den Manganvorkommen in Obervolta. Frankreich hat in Niger eine Straße zur Ausplünderung



Transsahara-Karawanenrouten für den Jahrtausende alten Tauschhandel zwischen Nord- und Westafrika.

der dortigen Uranreserven gebaut, aber bislang nicht das dringend nötige Anschlußstück (170 km) an die Transsahara-Straße von Algerien nach Lagos in Nigeria. Es weigert sich, seine Anteile und damit seine Kontrolle über

die Air Afrique aufzugeben, die gemeinsame Fluggesellschaft von inzwischen elf westafrikanischen Ländern. Die Finanzierung von langfristig unentbehrlichen, aber wegen des niedrigen Transportaufkommens oft zunächst unwirtschaftlichen grenzüberschreitenden Verbindungen scheitert regelmäßig an den Rentabilitätsrechnungen und politischen Absichten der Imperialisten. Deswegen wurde auch in den 60er Jahren von der Weltbank die Finanzierung der Tazara-Bahn von Tansania nach Sambia abgelehnt, durch die inzwischen – trotz Schwierigkeiten bei der Instandhaltung der Bahn – die Abhängigkeit des Binnenlandes Sambia vom südafrikanischen Rassistenregime verringert und der Wirtschaftsaufbau in Tansania beschleunigt wurde. Für die Imperialisten (so die BRD-Zeitschrift „Afrika-Forum“) steht jetzt schon fest, daß die Frontstaaten im südlichen Afrika (Angola, Sambia, Botswana, Tansania, Mozambique) die nötigen 1,5 Mrd. \$ für ihr Programm von Verkehrswegen, die sie endlich von Südafrika unabhängig machen sollen, nicht bekommen werden.

Wirtschaftliche Zusammenschlüsse in Afrika

Ostafrikanische Gemeinschaft (EAC).

Kenia, Uganda und Tansania hatten während der britischen Kolonialbesetzung einen gemeinsamen Markt mit dem Zentrum in Kenia dargestellt. 1967 gründeten die drei Länder die EAC. Der gemeinsame Zolltarif gegenüber Drittländern wurde beibehalten, die nach der Unabhängigkeit eingeführten Handelsbeschränkungen zwischen den EAC-Ländern wieder abgeschafft. Mit einer Abgabe auf den innergemeinschaftlichen Handel sollte der Aufbau der am wenigsten entwickelten Mitglieder Uganda und Tansania unterstützt werden. Gemeinschaftsgesellschaften betrieben Eisenbahnen, Häfen, Luftverkehr, Rundfunk und Fernsehen. Die Gemeinschaft zerbrach schließlich daran, daß die – großteils von britischem Kapital kontrollierte – kenianische Konsumgüterindustrie den Hauptnutzen von der Zollunion hatte. 30% der kenianischen Exporte gingen in die EAC, aber nur 10% der Einfuhr kamen von dort (Uganda dagegen 10% der Exporte, 45% der Importe). Eine Abstimmung der wirtschaftlichen Entwicklungspläne, um die bestehenden Ungleichgewichte zu beseitigen, gab es nicht.

Anfang der 70er Jahre sahen sich Uganda und Tansania zu Einfuhrbeschränkungen gezwungen. 1977 schloß Tansania die Grenze zu Kenia, das daraufhin aus der EAC austrat.

Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (ECOWAS). Westafrika ist der durch die Kolonialgrenzen am willkürlichsten zerrissene Teil des Kontinents. Zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit gab es fast keine Verkehrsverbindungen zwischen Nachbarländern. Noch heute müssen Telefongespräche zwischen den kaum 200 km voneinander entfernten Hauptstädten Ghanas (früher britisch) und Togos (früher französisch) über London und Paris zugeschaltet werden. Die erste Initiative zu einem gesamtwestafrikanischen Zusammenschluß, die 1968 gegründete Westafrikanische Gemeinschaft, hatten die französischen Imperialisten noch torpedieren können. Sie förderten 1970 die Bildung einer **Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (CEAO)** aus ausschließlich „frankophonen“ Staaten. Togo beteiligte sich von vornherein nicht an der CEOA, Benin trat 1973 aus.

1975 wurde auf Initiative Togos und Nigerias die ECOWAS gegründet, der alle westafrikanischen Staaten angehören. Mit insgesamt 130 Mio. Einwohnern (Nigeria allein: 80 Mio.) ist die ECOWAS der bisher größte wirt-

schaftliche Zusammenschluß in Afrika. Die CEOA, deren Mitglieder alle zugleich in der ECOWAS sind, besteht vorerst weiter.

Der ECOWAS-Vertrag sieht vor, innerhalb von 15 Jahren alle Beschränkungen des Personen-, Waren- und Kapitalverkehrs zu beseitigen. Nach der Gründung durften keine neuen Zölle mehr eingeführt werden. Die letzte Gipfelkonferenz im Mai 1980 hat beschlossen, im Mai 1981 mit dem schrittweisen Abbau der Zölle zu beginnen. Rohstoffe werden sofort zollfrei, Industrieprodukte in einer achtjährigen Übergangszeit. Die Zollfreiheit gilt nur für Produkte von Betrieben, die zunächst zu mindestens 20%, später zu mindestens 51% westafrikanischen Bürgern gehören. Seit Juli 1980 ist die Visapflicht für Besuchsreisen abgeschafft, später sollen die Bürger der Mitgliedsstaaten in ganz Westafrika Aufenthalts- und Niederlassungsrecht erhalten.

Innerhalb Westafrikas bestehen große Unterschiede im wirtschaftlichen Entwicklungsstand. Nigeria ist der sechstgrößte Ölproduzent der Welt. Das Pro-Kopf-Einkommen in Elfenbeinküste ist siebenmal so hoch wie in Mali. Die ECOWAS hat daher einen Kompensations- und Entwicklungsfonds mit schließlich 500 Mio. \$ eingerichtet. Die Beitragsquoten der einzel-

Fast ganz aus eigener Kraft haben die Länder Algerien, Niger und Nigeria die Transsahara-Straße, die „Straße der afrikanischen Einheit“, gebaut. Sie folgt der Route des alten Handelsweges von Nord- nach Westafrika und wird heute von normalen LKWs vornehmlich mit Transitgut von Europa nach Nigeria und mit Nachschub für die Erschließung der algerischen Sahara befahren. Die algerische Regierung hatte für den Bau der Straße den algerischen Jugendverband und die Armee mobilisiert. Der Transport liegt in der Hand der staatlichen algerischen Speditionsgesellschaft. Bis zum Ende des Jahrzehnts wird es eine durchgehende Eisenbahnverbindung von Ägypten bis ins südliche Afrika geben. Im letzten Jahr stellten die afrikanischen Länder mit Hilfe der UNO ein alle Länder erfassendes Netz von Fernsprech- und Telexverbindungen fertig. Das sind wichtige Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Zusammenschluß und die wirtschaftliche Unabhängigkeit Afrikas, ohne die die afrikanischen Völker ihren politischen Zusammenschluß gegen die Imperialisten nicht festigen können.

nen Länder werden nach einem Schlüssel festgelegt, der neben dem Anteil am Gemeinschaftshandel auch das Pro-Kopf-Einkommen berücksichtigt. Auch bei dem Stufenplan für den Abbau der Zölle sind die Unterschiede berücksichtigt.

Entwicklungs-Koordinations-Rat des Südlichen Afrika (SADCC). Der SADCC wurde im April 1980 nach der Unabhängigkeit Zimbabwes gegründet. Mitglieder sind Angola, Sambia, Botswana, Zimbabwe, Mozambique, Tansania, Lesotho, Malawi und Swasiland. Der SADCC soll vor allem die wirtschaftliche Abhängigkeit vom imperialistischen Kolonialvorposten Südafrika beseitigen. Fast alle Verkehrswege sind auf Südafrika ausgerichtet, Mozambique bezieht 40% seiner Importe von dort. Für 1,5 Mrd. \$ will der SADCC in diesem Jahrzehnt selbständige Verkehrs- und Nachrichtenverbindungen aufbauen. Ein gemeinsames landwirtschaftliches Forschungsinstitut wurde gegründet. Einige SADCC-Mitglieder waren bereits der Lusaka-Erklärung von 1977 über die Errichtung eines *Vorzugshandelsgebiets im Südlichen und in Ostafrika* beigetreten. 13 Länder (u.a. Äthiopien, Somalia, Kenia, Uganda, Sambia) haben die Erklärung, die den Abbau von Zollschränken und eine gemeinsame Handelspolitik empfiehlt, bisher unterschrieben.

Mao Zedong und Zhou Enlai über wirtschaftliche Zusammenarbeit und Aufbau

Die Kolonialisten hoffen, daß wir uns nicht solidarisieren, nicht zusammenarbeiten und nicht miteinander auf freundschaftlichem Fuß stehen. Wir müssen ihnen mit verstärkter Solidarität und verstärkter freundschaftlicher Zusammenarbeit antworten, wir müssen das Komplott der Kolonialisten gründlich zerschlagen.

Mao Zedong, Rede auf dem Staatsbankett für den indonesischen Staatspräsidenten Sukarno, 2.10.1956, in Mao Zedong Texte, hrsg. von H. Martin, München 1979.

Den Volksmassen wohnt eine unbegrenzte Schöpferkraft inne. Sie können sich organisieren und können an jedem Ort und in jedem Arbeitsbereich, wo es ihnen möglich ist, ihre Kräfte zu entfalten, vorwärtsschreiten; und sie können die Produktion in die Tiefe und in die Breite vorantreiben und immer mehr Werke zu ihrem eigenen Wohl schaffen.

Mao Zedong, Vorbemerkungen aus dem Buch: Der sozialistische Aufschwung im chinesischen Dorf, in: Ausgewählte Werke Bd. V.

Beim Aufbau unserer Industrie liegt das Hauptgewicht auf der Schwerindustrie. Der Erzeugung der Produktionsmittel muß Vorrang gegeben werden, das haben wir bereits festgelegt. Aber daraus folgt auf gar keinen Fall, daß die Produktion der Konsumgüter, insbesondere von Getreide, vernachlässigt werden darf. Ohne ausreichende Nahrungsmittel und andere lebensnotwendige Güter können vor allem die Arbeiter nicht versorgt werden ... Beim Austausch von industriellen und landwirtschaftlichen Produkten verfolgen wir eine Politik der Verkleinerung der Preisschere, eine Politik des gleichwertigen oder fast gleichwertigen Austausches. Der Staat kauft landwirtschaftliche Produkte zu angemessenen Preisen. Die Bauern erleiden dabei keinen Schaden. Mehr noch, unsere Ankaufspreise werden schrittweise erhöht.

Mao Zedong, Über die zehn großen Beziehungen, Werke Bd. V, Beijing 1977.

Wenn wir, geleitet von Großbetrieben, in großem Stil Klein- und Mittelbetriebe entwickeln und, mit ausländischen Methoden als leitendem Faktor, überall einheimische Verfahrenswesen anwenden, so geschieht das hauptsächlich um einer hohen Geschwindigkeit der Industrialisierung willen ... Was muß man tun, um die ländliche Bevölkerung zu reduzieren? Man darf sie nicht in die Städte pressen, sondern muß auf dem Land in

großem Stil Industrien errichten und die Bauern an Ort und Stelle Arbeiter werden lassen ...

Mao Zedong, Notizen nach der Lektüre des Lehrbuchs „Politische Ökonomie“, in: Das machen wir anders als Moskau, Hamburg 1975.

Wir freuen uns darüber, daß die Regierungen und Völker der erwachenden afrikanischen Staaten Erfahrungen in der Praxis des nationalen Aufbaus sammeln und der Entwicklung einer nationalen Wirtschaft einen Weg entsprechend den besonderen Bedingungen ihres eigenen Landes eröffnen. Afrikas Völker sind fleißig und tapfer, und es besitzt reiche Ressourcen unter der Erde, an der Erdoberfläche und im Meer. Wir sind der Überzeugung, wenn sie sich nur fest auf die Volksmassen stützen, ihre eigenen Ressourcen umfassend nutzen und gleichzeitig mit befreundeten Ländern Beziehungen gegenseitiger Hilfe und Zusammenarbeit auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils pflegen, dann werden die neu erwachenden afrikanischen Staaten mit Sicherheit ihre Länder Schritt für Schritt aufbauen können ... Unsere gegenseitige Hilfe ist eine Hilfe zwischen armen Freunden, die vor ähnlichen Problemen stehen – sie ist keine „Hilfe“, wie sie durch starke, große Mächte gewährt wird, um die schwachen und kleinen Länder zu tyrannisieren. Unsere gegenseitige Hilfe ist gegenwärtig von geringem Umfang, aber sie ist zuverlässig, auf praktische Bedürfnisse ausgerichtet und fördert die unabhängige Entwicklung der betreffenden Länder.

Zhou Enlai, Bericht über den Besuch in 14 Ländern, 1964, in: Reden und Schriften 49–76, Köln 1976.

Wir unterstützen entschlossen die Entwicklungsländer bei der Ausübung der permanenten Souveränität über ihre Naturressourcen. Wir unterstützen entschieden die vernünftige Forderung der Entwicklungsländer nach Entwicklung ihrer nationalen Wirtschaft durch das „individuelle und kollektive Vertrauen auf die eigene Kraft“. Wir unterstützen entschlossen die Entwicklungsländer in der Errichtung verschiedener Organisationen der rohstoffexportierenden Länder für einen vereinten Kampf gegen Kolonialismus, Imperialismus und Hegemoniebestrebungen.

Zhou Enlai, Rede auf einem Bankett für den senegalesischen Präsidenten Senghor, 6.5.1974, Beijing-Rundschau 19/74.

Warnstreik bei Orenstein&Koppel

Am 4.11. wurde dem Betriebsrat beim Westberliner Waggonhersteller Orenstein&Koppel von der Werksleitung der Plan zur „Sicherung der Arbeitsplätze im Waggonbau“ eröffnet: Schließung des Betriebsteils Waggonbau bei O&K (Hauptaktionär Hoesch AG) und Übernahme der gesamten Produktion sowie „bis zu 250 Beschäftigten“ durch die Waggonunion (Hauptgesellschafter Thyssen AG). Die restlichen 200 Beschäftigten sollen teilweise übernommen werden.

Mit zwei Warnstreiks und einer Unterschriftensammlung sind die Beschäftigten gegen diesen Plan aufgetreten. Ebenfalls abgelehnt wurde von der Belegschaft, dem IGM-Vertrauenskörper und dem Betriebsrat von O&K der Sozialplan, weil er Lohnsenkung und Entlassungen „auf Raten“ vorsieht.

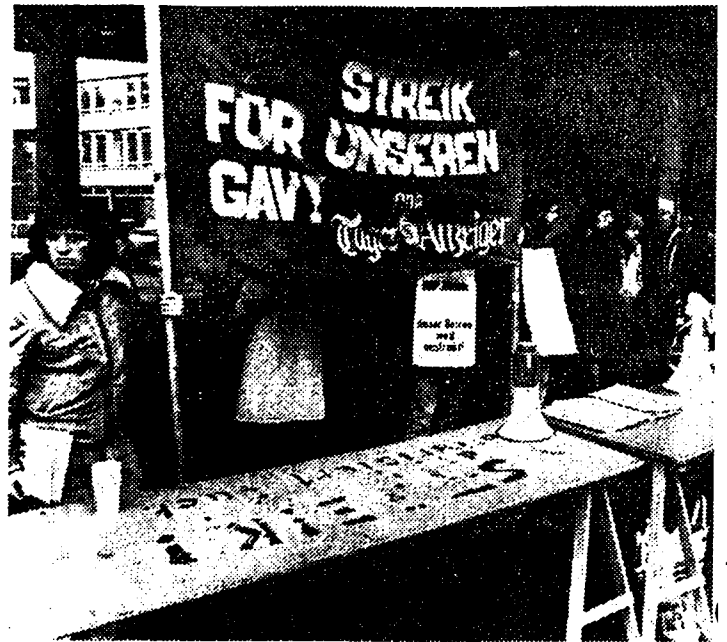
IG Druck diskutiert MTV für Ausbildung

Im neuen Manteltarifvertrag für die Druckindustrie vom März 1980 ist festgelegt, daß „durch neue Vereinbarungen der Tarifvertragsparteien“ u.a. der Anhang E (Ausbildung) ersetzt werden kann. Dazu liegt der Mitgliedschaft

der IG Druck und Papier ein Entwurf des Hauptjugendausschusses für einen MTV für Aus-, Fort- und Weiterbildung vor. Der Kapitalistenverband Druck mußte Verhandlungen zusagen, zögert sie aber hinaus. Der Entwurf, der u.a. 7-Stunden-Tag, 2 Berufsschultage, 50% vom Ecklohn, 6 Wochen Urlaub, Abschaffung der Noten, kein BGJ ohne Mindestbedingungen fordert, fand Zustimmung in den Jugendgruppen und der Bundesjugendkonferenz. Da jetzt ein zweiter, unterschiedlicher Entwurf vorliegt und die Durchsetzung des MTV große Kampfkraft erfordert, will der Hauptjugendausschuß einen Kompromißvorschlag vorlegen, der dann in den Jugendgruppen verhandelt werden soll.

NGG fordert 9,8% für Brauer in Bayern

München. Ohne Ergebnis endete die Tarifverhandlung am 11.11. in Kelheim zwischen der NGG und der Tarifgemeinschaft bayerischer Brauereien. Die NGG fordert für die ca. 22000 Beschäftigten in Bayern eine Lohnerhöhung von 9,8%. Die Tarifgemeinschaft, in der rund 3/4 der bayerischen Bierproduktion vereinigt sind, bot 5,45%. Am 21.11. wird weiterverhandelt. Die relativ hohe Forderung begründet sich aus



In der Schweiz sind am Mittwoch, dem 12.11., die Mitglieder der Gewerkschaft Druck und Papier (GDP) in den Streik getreten. Am Nachmittag beteiligten sich über 600 Drucker an einer Protestkundgebung in Bern. Die Streikenden wollen Verbesserungen des Gesamtarbeitsvertrages durchsetzen. Sie fordern u.a. höhere Minimallöhne für Ungelernte und Ausdehnung des Geltungsbereichs dieses Manteltarifvertrages auf die Bereiche Spedition, Buchhaltung und Redaktion sowie auf die Lehrlinge. Bereits im Mai hatte die GDP mit dem Schweizerischen Verband graphischer Unternehmen geringfügige Verbesserungen ausgehandelt. Die Ergebnisse waren jedoch in einer Urabstimmung von mehr als 56% der Mitglieder abgelehnt worden. Die Schweizerische Journalisten-Union und die Delegierten des Gewerkschaftskartells Baselland haben sich mit den Streikenden solidarisch erklärt.

dem Ziel der NGG, eine Angleichung des Lohnniveaus in Bayern an das in den anderen Tarifgebieten zu erreichen. – Die Verhandlungen in drei weiteren Tarifgebieten sind bereits abgeschlossen: Niedersachsen 6,6% nach Schlichtung; Nordrhein-Westfalen zwischen 6,76 und 6,8%; Hessen zwischen 6,88 und 7,15%. Ihren 50 Mio. DM starken Anti-Streikfonds im Rücken, wollten die Kapitalisten in den beiden letztgenannten Tarifgebieten nicht mehr als 5% zahlen. Daraufhin führten über 1000 Arbeiter Warnstreiks durch.

Streik der westeuropäischen Textilarbeiter

Für den 2.12. rufen die Textilarbeitergewerkschaften in der EG zu einem einstündigen gemeinsamen Streik auf. In einem Offenen Brief an die EG-Kommission prangern sie deren Politik an: „Sie vergeuden unsere Beschäftigung zugunsten der multinationalen Kon-

zerne, die rücksichtslos die Arbeitnehmer der Entwicklungsländer ausbeuten ...“ Seit Jahren verlagern die europäischen Textilkonzerne die Produktion mehr und mehr in Niedriglohnländer, wo sie Arbeiter zu Stundenlöhnen von oft nicht mehr als umgerechnet 20 bis 40 Pf. ausbeuten und zugleich den unabhängigen Aufbau des Landes zurückwerfen. Für das internationale Proletariat bedeutet der Kapitalexport verschärfte Konkurrenz. In der EG wurden seit 1973 über 750000 Textil- und Bekleidungsarbeiter auf die Straße geworfen. Es ist gut, wenn die westeuropäischen Gewerkschaften gegen diese Politik der Textilkapitalisten gemeinsam Front machen. Doch solange sie hauptsächlich die Textilimporte aus den Ländern der Dritten Welt angreifen und mehr am Rande den Kapitalexport der Imperialisten, lassen sie dem Chauvinismus eine offene Flanke und ist für den Zusammenschluß des internationalen Proletariats nicht viel gewonnen.



Niederbayern. Nach gemeinsamer Betriebsversammlung und Vertrauensleutekonferenz ist der Kampfplan gegen die Schließung der Grundig-Werke in Ascha und Landau abgesteckt: 30000 Unterschriften gegen „den Ausverkauf der Arbeitsplätze“ bis Ende des Jahres, Mobilisierung in den Betrieben für einen Sternmarsch am 17. Januar. Die IGM fordert von Staat und Kapitalisten neue Arbeitsplätze. Rund 1000 Arbeitslose mehr – zu meist Frauen – hieße Lohnsenkung für viele Familien und noch mehr Fernpendeln nach München.

Angebot bei Lohnstrukturverhandlungen: bis zu 12% Lohnsenkung

Seit Anfang Oktober verhandeln die Gewerkschaften ÖTV und IG Metall mit dem Bundesfinanzministerium und den Oberkommandos der Besatzungsstreitkräfte über eine neue Lohnstruktur für die ca. 100 000 Zivilbeschäftigten. Am 13.11. teilte der Pressedienst Rheinland-Pfalz der ÖTV mit: „Das die Kollegen beleidigende Arbeitgeberangebot sieht in einigen Bereichen Lohnsenkungen bis zu 12% vor. Statt die von der Gewerkschaft ÖTV geforderten 6 Lohngruppen einzuführen, wollen die Arbeitgeber die bisher bestehenden 222 unterschiedlichen Löhne auf 561 verschiedene Löhne im Bundesgebiet aufstocken.“ Von den Lohnsenkungen wären rund 10 000 Arbeiter betroffen.

Das Lohngefüge ist aufgesplittet in 11 Lohngebiete, 7 Lohngruppen und 4 Gewerbegruppen; letztere sind definiert nach „Berufsmerkmalen“, z.B. Reinigungspersonal, Kraftfahrer etc. Bund und Besatzer wollen die Gewerbegruppen von 4 auf 11 aufsplitteln, ÖTV und IGM fordern Abschaffung aller Lohngebiete, der Gewerbegruppen und Reduzierung auf 6 Lohngruppen. Der geschäftsführende ÖTV-Hauptvorstand hat Warnstreiks beschlossen, „um die Arbeitgeber zu einem akzeptablen Verhandlungsangebot zu zwingen“.

Neue Verhandlungen sind für den 24.11. festgesetzt, die Friedenspflicht für die Mehrzahl endet am 30.11. Die Tarifaueinandersetzungen finden unter für die Beschäftigten sehr schwierigen Bedingungen statt. Vor allem die US-Armee praktiziert seit 20 Jahren, freiwerdende, für deutsche Zivilbeschäftigte vorgesehene Stellen mit US-Armee- bzw. Familienangehörigen zu besetzen. Sie hat den Beschäftigtenstand von 1959 = 108 154 auf 1978 = 59 379 reduziert. Aus einer Studie, von der US-Armee in Auftrag gegeben, verlautete am 5.11., zum 1.10.82 sollten 1 746 Zivilbeschäftigte bei Instandsetzungskommandos freigesetzt und die Arbeit an Privatfirmen übergeben werden.

In der Absicht, die Möglichkeiten der Besatzungsarmeen in Bezug auf Rationalisierungen, Entlassungen usw. einzuschränken, fordert die ÖTV seit 25 Jahren die arbeitsrechtliche und personalvertretungsrechtliche Gleichstellung der Beschäftigten bei den Besatzern mit den Beschäftigten im Öffentlichen Dienst. Aus folgenden Gründen: Hinsichtlich Arbeitsschutzbestimmungen gelten nicht bundes-

deutsche, sondern amerikanische Gesetze, die für die Beschäftigten schlechter sind. Gesundheitsamt und Gewerbeaufsichtsamt haben keinen Zutritt zu den Betrieben. Das Bundespersonalvertretungsgesetz gilt zwar, aber in der alten Fassung von 1955.

Selbst um diese Lage zu erreichen, die den Zivilbeschäftigten doch einige im bundesdeutschen Öffentlichen Dienst vorhandene Rechte vorenthält, bedurfte es langwieriger Kämpfe. Gleich nach dem 2. Weltkrieg wurden deutsche Arbeiter für die Besatzungsarmeen dienstverpflichtet gemäß dem § 52 der Haager Landkriegsordnung: „Das besetzte Land ist zu Dienstleistungen seiner Bewohner für die Bedürfnisse des Besatzungsheeres verpflichtet.“ Tarife, Kündigungsschutz, Klagen beim Arbeitsgericht gab es nicht. Betriebsräte waren zugelassen durch das Kontrollratsgesetz Nr. 22. 1955 schloß die ÖTV den ersten Tarifvertrag mit den Besatzungsmächten überhaupt ab. Die Rechtlosigkeit der Beschäftigten ergab sich aus dem Besatzungsstatut. Heute sind alle Einschränkungen der Rechte der Beschäftigten festgelegt im Art. 56 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut, das der Bundestag 1973 verabschiedet hat. Die ÖTV fordert die Kündigung dieses Zusatzabkommens durch die Bundesregierung.

NRW

Hoesch-Konzern pokert um Landesmittel

Nach Abschluß der EG-Stahlvereinbarung und Festlegung der Quoten für die Bundesrepublik hat der Vorstand des Hoesch-Hoogoven-Konzerns angekündigt, der Bau des für Dortmund geplanten Stahlwerks werde zurückgestellt. Nach Bau des neuen Oxygen-Stahlwerks sollten große Teile der alten Produktionsanlagen stillgelegt werden. An den Stilllegungsplänen hält der Hoesch-Vorstand auch weiterhin fest, auf jeden Fall soll das Werk Phoenix geschlossen werden. Die Stahlkapitalisten hatten angekündigt, daß auf Grundlage der EG-Stahlquoten bis zu 11 000 Arbeiter in der westdeutschen Stahlindustrie entlassen werden sollten; wird das Hoesch-Werk nicht gebaut und das alte Werk geschlossen, kämen 8 000 Dortmunder Stahlarbeiter hinzu.

Die Vollversammlung der IG-Metall-Vertrauensleute des Werks Dortmund hat auf die Ankündigung des Vorstands beschlossen, in Dortmund eine Unterschriftensammlung für den Neubau des Werks durchzuführen. Läßt sich der Hoesch-Vorstand nicht davon beeindrucken, müßte über weitere Maßnahmen beraten werden. Der IG-Metall-Vorstand unterstützt diese Aktionen und erklärte, es gebe keinen Zusammenhang zwischen der Rückstellung des Baus und den Stahlquoten der EG, wenn der Hoesch-Vorstand das jetzt gegeneinander ausspielen wolle, müsse er auch mit Streiks rechnen, mit denen das Stahlwerk durchgesetzt werden soll. Der Aufsichtsrat, der paritätisch besetzt ist, hatte den Bau des Werks beschlossen, der Vorstand dann die Rückstellung bekanntgegeben. Nachdem 1 500 Stahlarbeiter während der Vorstandssitzung demonstrierten für den Bau des Werks, erklärte Vorstandsvorsitzender Rohwedder frech, er sei glücklich, daß in diesem Fall Gewerkschaft und Vorstand an einem Strang zögen, nur über die nötigen Schritte gebe es keine Einigkeit.

Daraufhin beantragte die CDU-Fraktion eine Landtagsdebatte über den Fall, in der Biedenkopf der Regierung Rau vorwarf, Augenwischerei mit den Dortmunder Arbeitsplätzen betrieben zu haben und daß endlich den Versprechen der Landesregierung auch Taten für die Arbeitsplätze folgen müßten. Die Regierung Rau verwies auf die Landtagsdebatte zu den EG-Stahlquoten, in der sich SPD und CDU auf eine einstimmige Erklärung an die Bundesregierung und die Brüsseler Kommission geeinigt hatten. Dort heißt es, daß der Landtag die Absicht der Bundesregierung unterstützen will, „bei allen Beteiligten daraufhin zu wirken, die Probleme der europäischen Stahlindustrie auch künftig auf der Grundlage freiwilliger Vereinbarungen zu lösen“. Insbesondere pochen Landesregierung und CDU auf „Vorleistungen“ der Westdeutschen, vor allem in NRW, die seit 1964 ca. 35 700 Stahlarbeiter „abgebaut“ haben. Beide Landtagsfraktionen bekräftigen ihre Entschlossenheit, „die Stahlstadt Dortmund und das Stahlzentrum Ruhrgebiet nicht sterben zu lassen“.

Ministerpräsident Rau gibt die Richtung an: „Die Debatte zeigt, daß wir die Chance haben, in der Frage Stahl so zusammenzuarbeiten, wie wir das viele Jahre in der Frage der Kohle zum Nutzen unseres Landes getan haben. Vorbereitet ist solches Vorgehen schon länger: Das Programm für Technologie und Forschungsförderung ist ergänzt worden um den Teil Kohle und Stahl, für „die Förderung der technischen Entwicklungen zu Leistungssteigerung ... sind 250 Mio. DM vorgesehen“. Hinzukommen 125 Mio. DM

vom Bund im Rahmen des Schwerpunktprogramms Ruhr, die vor allem für die Verfahrensforschung eingesetzt werden.

Übernahme der mit Verlust arbeitenden Stahlwerke oder doch zumindest eines Teils der Verluste, Neubau und Rationalisierung, finanziert ebenfalls aus Steuermitteln, das scheinen die Vorstellungen der Stahlkapitalisten zu sein, und die Landesregierung ist dem nicht abgeneigt, schließlich hat sie mit der Gründung der Ruhrkohle AG und der Umwälzung des Kohlebergbaus Erfahrung in einem solchen Programm.

Für den Bau des Dortmunder Stahlwerkes steht dem Hoesch-Vorstand bis jetzt ein zinsverbilligter Kredit aus Bundes- und Landesmitteln zu Verfügung, die Landesregierung hat erklärt, ihre Kreditanteile ständen auch 1981 und 1982 noch zur Verfügung. Rohwedder will auf mehr hinaus: Sein Problem sei, woher die andere Hälfte nehmen, denn der Bau des Dortmunder Werks werde mindestens das Doppelte kosten und die Hoogoven-Gruppe benötigt das vorhandene Kapital, um ihre veralteten Produktionsanlagen in den Niederlanden umzuwälzen. Wenn sich kein anderer Geldgeber findet ... Auf jeden Fall soll jetzt eine Konferenz zwischen Rohwedder, Vertretern der Stadt Dortmund und dem NRW-Wirtschaftsminister Jochimsen stattfinden, auf der die Vorschläge des Hoesch-Konzerns „nüchtern und in vernünftigen Zeiträumen geprüft werden“ sollen.

Nieders./Bremen

Streik im Karosseriehandwerk

Hannover. Die Tarifkommission der Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) hatte die Forderung von 10,5% mehr Lohn und Gehalt für die Beschäftigten im Fahrzeug- und Karosseriebauhandwerk Niedersachsen/Bremen bereits im Juli beschlossen. Am 24.9. war die erste, am 23.10.1980 die zweite Verhandlung. Trotz reduzierter Forderung der GHK (8,5%) kam es zu keiner Einigung. Die Kapitalistenseite ging nicht über 6% hinaus, die GHK erklärte die Verhandlungen für gescheitert. In der Urabstimmung sprachen sich 94% der Arbeiter für Streik aus. Am 28.10. traten 226 Arbeiter in 21 Betrieben in den Streik. In Bremen wurden die größeren Karosseriebaufirmen Pollmann, Thiele und Techau bestreikt. „Betriebseinfahrt verbarrikadiert“ meldete der Weserkurier. Der Landesinnungsverband erklärte in Hannover: „Streik mit unlauteren Mitteln“. Nachdem am 10.11. sechs Betriebe weiterhin bestreikt wurden, er-

klärte der Landesinnungsverband, er wolle den Arbeitsniederlegungen keine Kampfmaßnahmen entgegensetzen, um den Streik nicht noch zu entfachen. Währenddessen schlossen einige Kapitalisten bereits Haustarife zu 7,1% bzw. 7,4% ab. Erklärtes Ziel der GHK in diesem Arbeitskampf ist ein Abschluß nicht unter 7%. Die GHK ist bemüht und auch erfolgreich, wie Tarifabschlüsse der letzten zwei Monate zeigen, in allen 14 Organisationsbereichen nicht unter 7% abzuschließen.

Tarifabschlüsse der GHK: (Erhöhungen jeweils auf den Facharbeiter-ecklohn).

Pinseleindustrie Bayern, ab 1.7.80 um 0,62 DM auf 9,57 DM. (6,9%)

Pinseleindustrie Bad Lauterberg, ab 1.7.80 um 0,64 DM auf 9,82 DM. (7%)

Holzverarbeitende Industrie Hamburg, ab 1.10.80 um 0,90 DM auf 13,04 DM. (7,4%)

Tischlerhandwerk NRW ab 1.10.80 um

0,87 DM auf 12,97 DM. (7,2%)
Raumausstatterhandwerk Bremen ab 1.10.80 um 0,79 DM auf 11,09 DM. (7,7%)

Für die 35000 Beschäftigten der Holzverarbeitenden Industrie Niedersachsens fordert die GHK 9,5% mehr Lohn und Gehalt. Der Lohnhöhe nach liegen die der GHK angeschlossenen Branchen im vorderen Bereich der westdeutschen Löhne. Was nicht zuletzt mit dem Facharbeiteranteil von ca. 60% zusammenhängt. Für die unteren Lohngruppen fordert und setzt die GHK überproportionale Erhöhungen durch. Mit über 155000 Mitgliedern und einem Organisationsgrad von 48% zählt die GHK zu den kleinen Gewerkschaften und steht in der schwierigen Aufgabe, schon vor den großen Lohnkämpfen ausreichende Lohnerhöhungen gegen die Kapitalisten durchzusetzen. Eine Aufgabe, die Unterstützung verlangt.

Post-Urabstimmung

Die Überarbeit im Schichtdienst verlangt sofort tarifliche Schranken

Freiburg. Am 8.11. hatte der Gewerkschaftsrat der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) die Verhandlungen mit dem Bundespostministerium über den Tarifvertrag zur Schichtarbeit bei den Beschäftigten der Post für gescheitert erklärt und eine Urabstimmung über

Von den 23000 Beschäftigten des OPD-Bezirks Freiburg arbeiten ca. 7000 Schicht. Beim Paketumschlag ausschließlich in Wechsel- und Teilzeitschichten. Von insgesamt 208 Schichtlern im Freiburger Postbahnhof sind 80 Teilzeiter; 50% Frauen, 50% Stu-



Nachtschicht am Fernförderrollband beim Paketumschlag Freiburg

Streik beschlossen, nachdem Gscheidle kein neues Angebot vorgelegt hatte (vgl. Nr. 2/80). Sofort nach Abschluß der Urabstimmung (92% für Streik) wurde der Streik zunächst in den 12 wichtigsten der 35 Umschlagstellen aufgenommen. Bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe war praktisch der gesamte Fernumschlag von Paketen und Briefen (allein 900000 Pakete und 800000 Päckchen pro Tag) zum Erliegen gekommen.

denten, die z.T. 20 bzw. 4 Jahre in den Nachtschichten arbeiten. Von den Vollzeitbeschäftigten sind 75% Nebenerwerbslandwirte, v.a. Weinbauern vom Tuniberg und Kaiserstuhl. Sie arbeiten entweder in Wechselschichten im 3-Tage-Rhythmus zwischen 15 und 5 Uhr oder im 4-Wochen-Wechselschicht-Rhythmus. Der Organisationsgrad ist insbesondere beim Paketumschlag niedriger als im Landesdurchschnitt, wo er 76,8% beträgt.

Mit Streikbeginn in Freiburg haben Vertreter der DPG die beim Paketumschlag anwesenden teilzeitbeschäftigten Studenten und alle anderen nicht organisierten Beschäftigten eingeladen, mit ins Streiklokal zu kommen, wo ihnen erklärt wurde, daß trotz des bereits laufenden Streiks alle noch mit sofortiger Wirkung Mitglied der Gewerkschaft werden und auch das satzungsgemäße Streikgeld erhalten können. Den Studenten wurde versichert, daß sie auch nach Beendigung ihrer Beschäftigung Mitglied mit Studentenstatus bleiben können. Falls sie in den nächsten Semesterferien erneut bei der Post arbeiten wollten und wegen Beteiligung am Streik eventuell nicht eingestellt werden sollten, könnten sie auch Rechtsschutz der Gewerkschaft in Anspruch nehmen. Die Spaltungsversuche der Dienstleitung, die in den Tagen vor dem Streik noch telefonisch versucht hatte, Studenten, die sich zuvor vergeblich um Arbeit bemüht hatten, als „Aushilfen“ zu gewinnen, sind damit gescheitert.

Allein 30000 Pakete und 20000 Päckchen werden an den 3 Rollbändern der OPD Freiburg zu 80% in der Zeit von 19-2.30 Uhr von durchschnittlich 12 gleichzeitig arbeitenden Beschäftigten umgeschlagen, von denen zwei an der Metallrinne stehend über ein Kurzförderband die Pakete auf die 3 Rollbänder sortierend schieben und einer am Ortsband nach Straßenbereichen auszeichnet. Die übrigen verrichten hauptsächlich: Suchen und angestrigtes Ablesen der oft kleingedruckten Postleitzahlen auf den Paketen; Abheben der bis zu 20kg schweren Pakete vom Rollband; Wegtragen und Stapeln in die Leitbereichsbehälter; Ziehen der vollen LB-Behälter zu den LKW-Verladetoren; Aussortieren beschädigter Pakete; Ausladen von bis zu 50kg schweren Päckchensäcken; Ausschütten selbiger aufs P-Rollband; Abhängen voller Päckchensäcke und Schleppen bis zu 30m entfernten Behältern; Ziehen voller Gitterwagen zur 100m entfernten Selbstabholerhalle (Industrie, Kaufhäuser).

Gearbeitet wird in Hallen, meist auf nacktem Beton oder Plattenboden; nur direkt an den Bändern sind z.T. dünne Gummimatten aufgeklebt; die Luft ist staubgeschwängert, es gibt nur eine Frischluftzufuhr; Neonbeleuchtung.

Die Folgen dieser Arbeitsbedingungen sind frühzeitiger Verschleiß, Schlafstörungen, Magenkrankheiten, Knochenhautentzündungen am Unterarmstrecker durch dessen übermäßige Beanspruchung beim Abheben der Pakete, Bandscheiben- und Gelenkschäden durch das täglich mehrtausendfache Bücken und Strecken mit Gewicht-

ten, Erkältungen durch das besonders im Winter schädliche Hin- und Herpendeln zwischen Halle und zugiger Rampe bzw. Innenhof sind verbreitet.

Gegen die weitere Verdichtung der Arbeit an den Rollbändern gibt es Scharmützel. Der Versuch, die Nachschichten Freiburg-Ort zusätzlich Eingangslisten für Pakete ausfüllen zu lassen, was die Paketverteilungszeit verkürzt und verdichtet hätte, wurde verhindert: es gab halt einige Male am Morgen Überstand (nicht verteilte Paketbehälter). Als die Aufsicht beim Fernkurs am 31.10. die Bandabstellung durch die Kolleginnen verhinderte, hielten die Leitbereichsortiererrinnen am Anfang des Bandes die Pakete solange an, bis eine entsprechende zeitliche Lücke entstand bzw. wegen Verstopfung der davorliegenden Metallrinne ein weiteres Einkippen von Paketen unmöglich war.

Baugewerbe IG Bau Steine Erden zum Bundesrahmentarif

Die Kündigung des Bundesrahmentarifvertrages im Baugewerbe steht zum 31.12.1980 an. Wichtigste Änderungen, die auch auf dem Gewerkschaftstag der IG Bau Steine Erden verabschiedet wurden, sind im folgenden:

§3 Arbeitszeit: Verabschiedet sind Forderungen nach Erhöhung der Nachtarbeitszuschläge auf mindestens 50%. Insbesondere ist auf die unterschiedliche Abgeltung dieser Belastungen hingewiesen worden. So wird zum Beispiel Nachtarbeit bei den Dachdeckern mit 10%, bei Malern mit 15%, am Bau mit 20%, in der Baustoffindustrie Hessen mit 25% und bei den Steinmetzen mit 35% Zuschlag abgesehen.

Ziffer 1.3.: Gestrichen werden soll für Barackenwärter, Küchenpersonal und Sicherungsposten die Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit, die bis zu fünf Stunden wöchentlich betragen kann; ebenso für Büro-, Gelände- und Baustellenüberwachungspersonal sowie Pförtner und Pumpenwärter, bei denen die Verlängerung ihrer Arbeitszeit bis zu zehn Stunden wöchentlich betragen kann. Vielmehr soll eine Verkürzung der tariflichen Wochenarbeitszeit durchgesetzt werden.

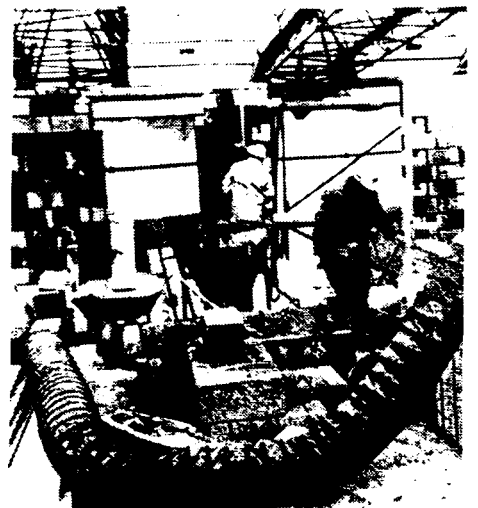
Ziffer 1.5.: Diese soll so geändert werden: „Verlangt ein Arbeitgeber, daß sich Arbeitnehmer zum Betriebs- oder Sammelstapel begeben, um von dort zur Arbeitsstelle zu fahren, so hat der Arbeitgeber die Zeit ab Betriebs- oder Sammelstapel zu bezah-

len.“ Den Fahrern von firmeneigenen Fahrzeugen soll eine Fahrergulage für die Fahrtzeit gewährt werden.

Ziffer 2.1.: Kraftfahrer und Beifahrer sollen Anspruch auf Überstundenzuschläge ab der 41. Stunde haben.

§4 Arbeitsversäumnis und Arbeitsausfall: Verabschiedet sind Forderungen wie: Verlängerung des Schlechtwetterzeitraums bis Ende April, Wiedereinführung der mit dem Haushaltsstrukturgesetz 1976 gestrichenen Zulage von 0,30 DM zum Schlechtwettergeld, keine Anrechnung der SWG-Ausfallstunden auf Überstunden, Zahlung des Schlechtwettergeldes auch dann, wenn umsonst zur Baustelle gefahren wird, um drei Stunden auf besseres Wetter zu warten. Dies sind Schritte auf dem Weg zur Zahlung eines Lohnausgleichs bei Schlechtwetter, der ebenfalls diskutiert wurde. Das Schlechtwettergeld beträgt heute 66% des Nettolohns und wird von November bis März aus den Versicherungsbeiträgen der Arbeitslosenkasse gezahlt.

§7 Fahrtkostenabgeltung, Wegezeitvergütung und Auslösung: Grundsätzlich muß bei der Fahrtkostenabgeltung und Wegezeitvergütung bei der Berechnung der Fahrtkosten die Strecke vom Wohnsitz zur Baustelle zugrundegelegt werden. Ferner wurde der Bundesvorstand der Gewerkschaft beauftragt, sich dafür einzusetzen, daß bei Entsendung von Arbeitern auf auswärtige Baustellen neben der Auslösung die vollen Kosten der Unterbringung

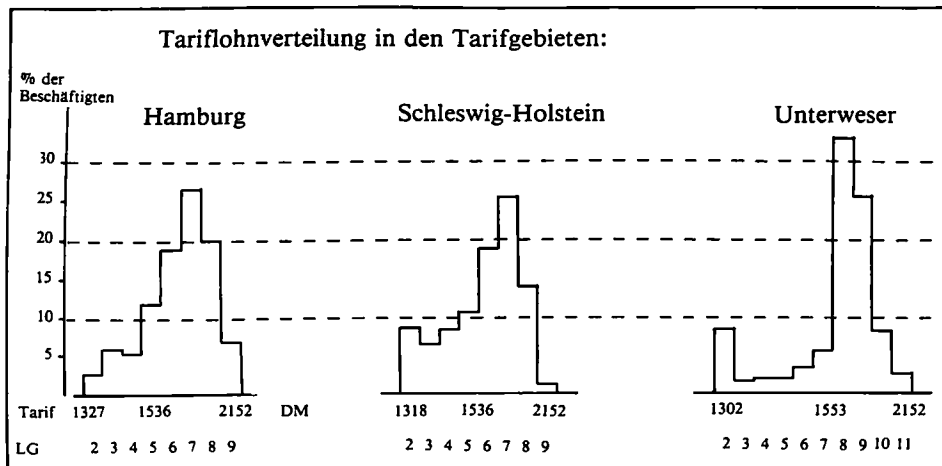


vom Arbeitgeber übernommen werden, sowie die arbeitsfreien Tage bei Wochenendheimfahrten bezahlt werden.

Bei einer Entfernung von mehr als 6 km zwischen der Unterkunft und dem Mittelpunkt der Baustelle hat der Arbeitgeber das Fahrgeld zu zahlen.

§8 Urlaub: Für alle Arbeitnehmer sollen 30 Arbeitstage Urlaub durchgesetzt werden.

Umfrage der IG Metall, Bezirk Hamburg, zur Vorbereitung der Lohnbewegung



Die Zahl der erfaßten Beschäftigten, auf die sich auch die Prozentzahlen beziehen, beträgt: Hamburg 30043, Schleswig-Holstein 32312 und Unterweser 25399. Bei dem Tarifgebiet Unterweser sind dargestellt die 10 B-Tarifgruppen, die drei A-Tarifgruppen wurden den entsprechenden B-Gruppen zugeordnet. Bei Hamburg wurden die Lohngruppen 3a und 3b zusammengerechnet.

Hamburg. Im Bezirk Hamburg der IG Metall hat die Bezirksleitung über die Betriebsräte eine Erhebung gemacht, wie die Belegschaften sich auf die verschiedenen Tarifgruppen verteilen. Neben den im Schaubild dargestellten drei großen Tarifbezirken Hamburg, Schleswig-Holstein und Unterweser umfaßt der Bezirk noch die Tarifgebiete Werften in Oldenburg, Elsfleth und Brake; Metallindustrie Oldenburg; Werften in Ostfriesland; Nordwestliches Niedersachsen (Wilhelmshaven); Nordwestliches Niedersachsen Olympia Werke; Metallindustrie Nordwestliches Niedersachsen (Cuxhaven).

Die Tariflohnverteilungen lassen eine ganz unterschiedliche Struktur der Metallindustrie und Lohnpolitik der Kapitalisten wie auch der Kampfbedingungen der Gewerkschaft erkennen. Die deutlich gedrückteste Tariflohnverteilung weist Schleswig-Holstein auf. Dort haben es die Metallkapitalisten fertiggebracht, 15,6% der erfaßten Beschäftigten in die Lohngruppen 2 und 3 zu stopfen, und insgesamt 24,2% in die Lohngruppen 2 bis 4, das entspricht den Lohngruppen bis 93% vom Ecklohn, dem untersten Facharbeiterlohn. Für Hamburg sind die entsprechenden Zahlen: 8,9% und

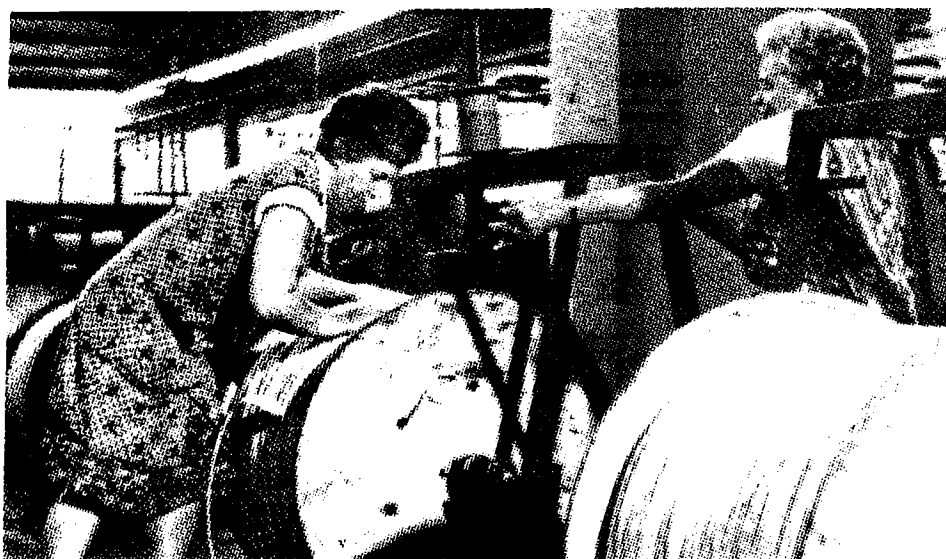
14,3%; in Unterweser: 12,2% und 19,6%.

Im Tarifbezirk Schleswig-Holstein steht die unterste Lohngruppe 2 im Vergleich der drei großen Tarifgebiete am niedrigsten mit 80,5% vom Ecklohn, das sind 7,53 DM. In Hamburg sind es 82% (7,67 DM), in Unterweser 81,5% (7,62 DM).

Wenn auch die Tariflohnlage in den kleinen Tarifgebieten teils noch schlechter ist – in der Metallindustrie Oldenburg befinden sich allein 17,5% der 8452 erfaßten Beschäftigten in der Lohngruppe 2 und 33,7% bis LG 4 –, so erscheint es doch angebracht, in dem großen und kampfstärkeren Tarifgebiet Schleswig-Holstein den Kampf um die Streichung der Lohngruppe 2 auszutragen.

Am 15.10.1980 hat die IG Metall dem Kapitalistenverband Schleswig-Holstein die Forderung nach Streichung der untersten Lohngruppen übersandt. Die Forderung soll im Zusammenhang mit der kommenden Lohntarifaufeinandersetzung verhandelt werden.

Der Vorstand der IG Metall hat sich auf einer Klausurtagung darauf verständigt, sich in der Tarifpolitik 1981 zu konzentrieren und zu beschränken auf Forderungen zur Anhebung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen. Dies als richtige Reaktion auf das Trommelfeuer der Kapitalistenklasse auf die Arbeiterbewegung. Sätze wie „Einkommen sichern“ und „auf der Forderung nach einem vollen Preissteigerungsausgleich bestehen“ aus der „metall“ Nr. 22 lassen allerdings eher erahnen, daß sich der IGM-Vorstand dem Druck der vereinigten Metallkapitalisten neigen könnte. In den Bezirken, so auch auf einer Konferenz für Vertrauenskörperleiter in Hamburg, wurden vom Bezirksleiter 8% ins Spiel gebracht. Die Redner aus den Betrieben sprachen sich sowohl auf dieser Konferenz als auch auf der großen Funktionärsversammlung der Verwaltungsstelle Hamburg vom 15.11. vom Volumen her für 10–12% aus, in der Forderungsart eindeutig für die besondere Anhebung der unteren Lohngruppen entweder durch Sockelbetrag oder Mindestforderung. Beschlossen ist allerdings noch kaum in den Vertrauenskörpern. Das ist anders, schwieriger als etwa im letzten Jahr.



Das Bild zeigt Kabelspulerrinnen bei Thyssen-Draht in Aßlar. 25 von ihnen erzwangen durch geschlossenen Kampf die Höhergruppierung vor dem Arbeitsgericht. Auch bei Schmalbach-Lubeca in Lübeck erzwangen 90 Frauen die Höhergruppierung von Lohngruppe 2 nach 3.

Niedersachsen Landeskabinett will bei Kommunen streichen

Mit dem am 4.11.1980 dem Niedersächsischen Landtag vorgelegten und in die Ausschüsse verwiesenen Entwurf eines Siebenten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Finanzausgleich (FAG) soll der Anteil der Gemeinden und Landkreise an der Einkommens-, Körperschafts-, Umsatz- und Kraftfahrzeugsteuer sowie aus den Ausgleichszuweisungen der anderen Bundesländer von 22,1 auf 20,7 um 1,4% (= ca. 197 Mio. DM) gesenkt werden (§ 1 FAG).

Das federführende Innenministerium bezeichnet in der Begründung „die Finanzlage der Gemeinden und Landkreise heute als deutlich verbessert ... Bei der *Verschuldung* liegt der Schwerpunkt, der früher (bis 1974) stets bei den Kommunen gelegen hat, nunmehr ... eindeutig beim Land.“ Die Landesregierung rühmt sich, daß Nieder-



sachsen im Vergleich zu anderen Bundesländern relativ hohe Finanzausgleichsleistungen an die Gemeinden hat.

Der Niedersächsische Städte- und Gemeindebund lehnt die Senkung der Steuerverbundquote als „Lösung der Landeshaushaltsprobleme z.T. auf Kosten der Kommunen“ ab. Auch der Niedersächsische Landkreistag hält dies für „ein ungeeignetes Mittel, ... die Finanzen des Landes zu sanieren, da die Probleme nur auf eine andere Ebene verlagert würden.“ Die Verbände weisen daraufhin, daß sich die Struktur der gemeindlichen Haushalte 1979 im Vergleich zu 1978 nicht verbessert hat – wie das Land Niedersachsen feststellt – und daß die ohnehin schon eingeschränkten Investitionen der Gemeinden noch weiter zurückgehen müssen, wenn die Steuerquote gesenkt wird. Das wird den Ausbau von Frei-

zeiteinrichtungen wie Schwimmbäder, Freizeitheime sowie Kindergärten u.ä. treffen, die in der Regel ausschließlich von den Kommunen finanziert werden.

Mit der Steuerhoheit über die wesentlichen Steuern sind Bund und Länder in die Lage versetzt, einen Teil ihrer Verschuldung auf die Gemeinden abzuwälzen. Die Kommunen werden dadurch in eine Situation getrieben, weitere Gebührenerhöhungen gegen die Volksmassen durchzusetzen. Der Direktor des Zweckverbandes Großraum Hannover hat zum 1.2.1981 eine durchschnittliche Erhöhung der Fahrpreise um 10% angekündigt.

Papierverarbeitung Neue Lohnstruktur, Besserung der Absicherung

Nach 8jährigen Verhandlungen wurde am 3./4.11. der neue Lohnrahmentarif für die rund 83000 Arbeiter in der Papier, Pappe und Kunststoff verarbeitenden Industrie abgeschlossen. Er ist gültig vom 1.2.81 bis 31.11.89.

Wesentliches Ziel der IG Druck und Papier war dabei, die Effektivlöhne weiter abzusichern. Die Forderungen lauteten:

- Mehr Durchlässigkeit in höhere Lohngruppen
- Wegfall der Eingruppierungsbarrieren für Frauen
- Berücksichtigung der nervlichen und körperlichen Belastungen innerhalb der Lohngruppen
- Berücksichtigung von Anforderungen, die sich an das Können oder die Verantwortung aus arbeitsorganisatorischer oder technischer Rationalisierung ergeben
- Wegfall der niedrigsten Lohngruppe
- Gleichbehandlung von Fachtätigkeiten innerhalb der beiden oberen Lohngruppen.

Mit dem neuen Vertrag wurde eine stärkere Anhebung der Tarife in Richtung Absicherung der Effektivlöhne erreicht. Nach einer Umfrage der IG Druck und Papier sind übertarifliche Zahlungen in der Papierverarbeitung von 2 bis 3 DM keine Seltenheit. Die Tariflöhne in LG VI sind 6,75 und in LG Ia 11,49 DM.

Lohngruppenschlüssel:

1980		1981	
LG VI	69,0%	LG I	73,0%
LG V	71,7%	LG II	75,0%
LG IV	73,3%	LG III	77,5%
LG III	77,1%	LG IV	80,5%
LG II	84,2%	LG V	87,5%
LG I	100,0%	LG VI	100,0%
LG Ia	117,1%	LG VII	117,5%

Die Lohngruppen sind jetzt umgestellt, und bei der niedrigsten Lohngruppe ist gegenüber dem Vorjahr die höchste Absicherung erreicht. Seit Jahren ist es fester Bestandteil der Tarifpolitik der IG Drupa, die unteren Lohngruppen bei den Forderungen stärker zu berücksichtigen. Das hat z.B. bewirkt, daß innerhalb der letzten 4 Jahre die Lohngruppe VI um 3,1% stärker angehoben wurde als die Lohngruppe Ia.

Lohnerhöhungen in %:

	1977	1978	1979	1980
LG Ia	6,6	5,0	4,3	6,8
LG I	6,6	5,0	4,3	6,8
LG II	6,6	5,0	4,3	6,8
LG III	6,6	5,4	4,3	7,2
LG IV	7,1	5,6	4,3	7,5
LG V	7,1	5,6	4,3	7,8
LG VI	8,1	5,6	4,3	7,8

Insgesamt sind 38% aller Beschäftigten in der Papierverarbeitung Frauen. Sie befinden sich zu 90% in den Lohngruppen IV bis VI.

In den beiden Facharbeiterlohngruppen ist es den Kapitalisten gelungen, eine schärfere Spaltung und zugleich eine Räumung dieser Lohngruppen durchzusetzen. Durch Änderung der Tätigkeitsmerkmale reicht es jetzt nicht mehr aus, daß man Facharbeiter ist; „besondere“ Facharbeitertätigkeiten müssen verrichtet werden und es werden „besondere Anforderungen“ gestellt. 0,3% der Arbeiter sollen sich nach Vorstellung der Kapitalisten nach der Umgruppierung dort noch befinden.

Auf dem letzten Gewerkschaftstag lagen verschiedene Anträge für Angleichung der Löhne der Papierverarbeitung an die der Druckindustrie vor.

Ärztelonar Bayernvertrag bald bundesweit?

München. Mitte 1959 hatte sich die Kassenärztliche Vereinigung Bayerns zu einem Vertrag verpflichten lassen, nach dem das Honorar der Kassenärzte davon abhängig ist, ob es gelingt, „die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen in gesamtwirtschaftlich vertretbaren Grenzen zu halten“ (Bayernvertrag). Bis jetzt hat sich gezeigt: Bei den Kosten für Arznei, Massagen, Bäder, bei den Krankenhauseinweisungen, bei Arbeitsunfähigkeit und deren Dauer liegt Bayern unter dem Bundesdurchschnitt der Zuwachsraten.

Im Kostendämpfungsgesetz hatte Ehrenberg festgelegt, daß die Kassenärzte als Vergütung ein Gesamthonorar erhalten. Der einzelne Arzt be-

kommt zunächst für seine Leistung nur Punkte berechnet. Der Wert eines Punktes wird mittels Teilung des Gesamthonorars durch die Gesamtzahl der Punkte nachträglich ermittelt. Von 1977 bis zum ersten Quartal 1979 konnte Ehrenberg so die Ärzthonorare um 14,7% senken, für 1980 rechnen die Kassenärzte mit 3% Realeinkommensenkung.

Je mehr Leistung der Arzt erbringt, um sein Einkommen zu verbessern, d.h. je mehr Punkte er erbringt, desto niedriger wird der Wert des einzelnen Punktes. Ehrenberg versucht so die Ärzte zu Vollstreckern der Kostendämpfung zu machen.

Im Bayernvertrag bietet der bayerische Arbeitsminister Pirkel den Ärzten einen festen Punktwert, 1980 z.B. 9,0993 Pfennig, allerdings ausdrücklich nur dann, wenn die Gesamtkostensteigerung 6% im Jahr nicht überschreitet. Für 1981 ist in Fortschreibung des Bayernvertrags eine Steigerung des Punktwerts um 4,2% und des Pauschalhonorars für Laborleistungen um 2% vereinbart worden.

Das schafft jetzt eine komplizierte Lage. Während in Bayern schon abgeschlossen ist, fordert die Kassenärztliche Vereinigung auf Bundesebene erst ein Angebot von Ehrenberg für die für Ende November geplante Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen, und Ehrenberg legt keines vor. Er will erklärtermaßen erst einmal über weitere Kostendämpfung im Bereich Heil- und Hilfsmittel, Zahnprothesen und Krankenhauskosten verhandeln. Pirkel spekuliert jetzt auch schon darauf, daß „diese Akzente (des Bayernvertrags, d.V.) auch über unsere Grenzpfähle hinaus ihre Wirkung nicht verfehlen werden“, daß also weitere Landesverbände der Kassenärzte separat abschließen werden.

Kartoffelanbau Handelskapitalisten drücken Erzeugerpreis

Auf einen Tiefstand sind dieses Jahr viele landwirtschaftliche Erzeugerpreise gesunken. Die von den Bauernverbänden erkämpfte Anhebung der EG-Interventionspreise für Brotweizen um 3,1%, Gerste und Mais um 3,3% und Roggen um 1,3% wird von den Handelsmonopolen nicht bezahlt. Der Bayerische Bauernverband berichtete, daß der Schweine-Erzeugerpreis in München Ende August nur etwa 4% höher als 1950 lag. Die Erzeugerpreise für Braugerste decken dieses Jahr nicht einmal die Gesteungskosten. Noch dazu waren die Braugerstenanbauer

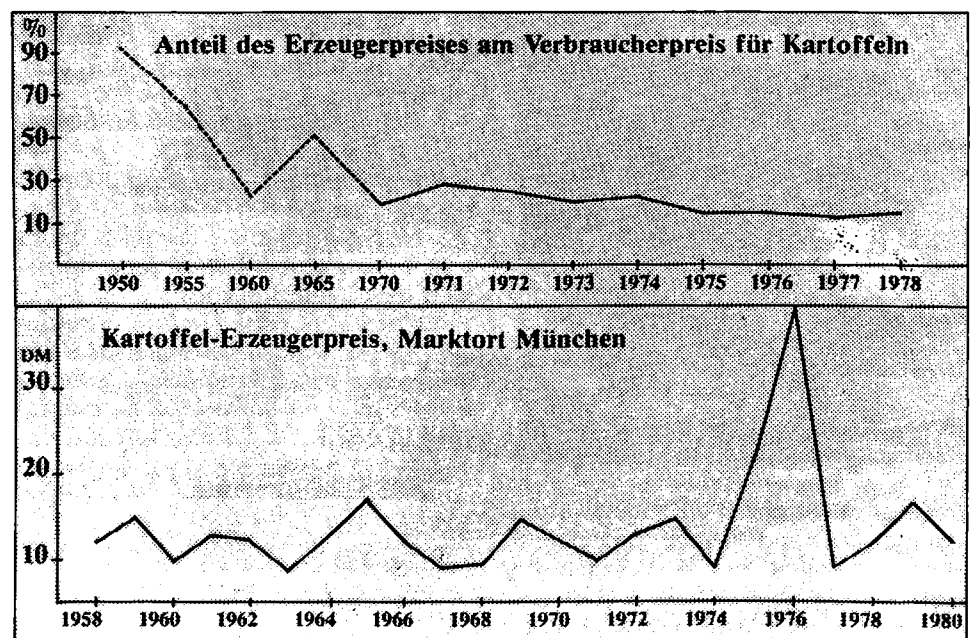
durch das schlechte Wetter besonders betroffen – bis zu 40% Sortierverluste wurden gemeldet. Diese für die Bauern ruinöse Entwicklung geht auf das Konto des Bayerischen Brauerbundes. Er hatte sich bei den Vertragsgesprächen im Frühjahr geweigert, die Preise gegenüber dem Vorjahr anzuheben.

Auch die Kartoffel-Erzeugerpreise fielen gegenüber 1979. Mit Ausnahme der Jahre 1975 und 1976 sind sie seit 1958 – mit Schwankungen – gleich geblieben (siehe Schaubild). Demgegenüber stiegen die Preise für alle Betriebsmittel laufend, der Erzeugerpreis sinkt real. Der Agrarbericht der Bundesregierung gibt für Saatgut 1978/79 einen Index von 139,3 an (1970 = 100) und für Handelsdünger einen Index von 153,3, während der Index für den Speisekartoffel-Erzeugerpreis bei 101,3 liegt.

Viele Kartoffelanbauer mußten aufgeben oder auf andere Erzeugnisse umstellen – dies drückt sich in der seit Jahren sinkenden Kartoffelanbaufläche aus. In Bayern waren es 1980 noch 99500 Hektar gegenüber 217000 Hektar 1970. In diesem Jahr sind die Hektarerträge außerdem durch das schlechte Wetter noch um rund ein

Umsätze des Lebensmittel-Großhandels werden mittlerweile von den drei Monopolen EDEKA, REWE und GEDELFI getätigt. Nur noch wenige Bauern können direkt an die Verbraucher verkaufen. Wie das Schaubild „Anteil des Erzeugerpreises am Verbraucherpreis für Kartoffeln“ zeigt, haben sich die Handelskapitalisten einen wachsenden Anteil am Wert des Produkts der Bauern angeeignet. Der Bayerische Bauernverband berichtet, daß ein Bauer aus dem Münsterland eine Handelsspanne von 900% für seine Kartoffeln errechnete. Er hatte in einige einen Brief gesteckt, in dem er den Verbraucher aufforderte, ihm zu schreiben, was er für die Kartoffeln gezahlt hatte.

Mit dem Zusammenschluß in Erzeugerringen haben die Bauern versucht, ihre Position auf dem Markt gegenüber den Handels- und verarbeitenden Kapitalisten wie Pfanni, Knorr, Maggi zu stärken. Es gelang ihnen damit nicht, den Verfall der Erzeugerpreise aufzuhalten, obwohl z.B. in Bayern der größte Teil der Bauern Mitglied eines Erzeugerrings ist. Den Großhändlern kam es eher noch zugute, daß sie jetzt nur noch große Partien aufzukaufen brauchen.



Gegenüber 1950, wo die Bauern durchschnittlich noch über 90% des Einzelhandel-Verkaufspreises für ihre Kartoffeln bekamen, eignen sich die Handelsmonopole heute über 80% des Verkaufspreises an. Der Erzeugerpreis schwankt seit 1958 im wesentlichen um den gleichen Punkt, obwohl die Preise aller anderen Produkte, vor allem der Betriebsmittel, seither auf ein Mehrfaches gestiegen sind. Angaben nach: Bayer. Stat. Landesamt.

Viertel niedriger als 1979. Konnten die Bauern die Verluste im Dürrejahr 1976 noch halbwegs ausgleichen durch die Steigerung der Erzeugerpreise, so haben die Handelskapitalisten das heuer verhindert.

Die Handelsmonopole und verarbeitenden Kapitalisten können den Bauern die Erzeugerpreise diktieren, weil sie den Handel vollständig unter ihre Kontrolle gebracht haben. 60% der

Der bayerische Landwirtschaftsminister Eisenmann hat das Sinken des Kartoffel-Erzeugerpreises zum Anlaß genommen, erneut die Errichtung einer EG-Marktordnung für Kartoffeln zu fordern. Für die Kartoffelanbauer kann es höchstens um einen garantierten, *ausreichenden* Mindestpreis gehen. Wie die Erfahrungen mit den EG-Marktordnungen zeigen, ist das der Interventionspreis *nicht*.

Spannungen zwischen dänischer Minderheit und schleswig-holsteinischer Landesregierung nehmen zu

Flensburg. Geradezu beispielhaft für ganz Europa sei das Problem der nationalen Minderheit der Dänen gelöst. Darin sind sich die schleswig-holsteinische Landesregierung und die Bundesregierung einig. Ganz im Gegensatz dazu mehrten sich in Südschleswig die Gerüchte, daß die Landesregierung unter Stoltenberg beabsichtige, die Befreiung des Südschleswigschen Wählerverbandes SSW von der 5%-Klausel, die die dänische Minderheit sich für die schleswig-holsteinische Landtagswahl seit 1955 erkämpft hatte, wieder aufzuheben. Tatsache ist, daß der SSW seit einigen Jahren für die CDU-Landesregierung immer mehr zu einem Hindernis nicht nur für Maßnahmen gegen die dänische Minderheit, sondern für alle Unterdrückungs- und Ausplünderungsmaßnahmen wird.

Gleich nach der Landtagswahl 1979 wurde das Landeswahlrecht geändert und die Abgeordnetenzahl von 73 auf 74 erhöht. Als Begründung gab der Justizminister: „Es ist eine unerträgliche Situation, daß der SSW aufgrund einer Reihe von Privilegien das Zünglein an der Waage spielen kann. Selbst im Falle eines Patts leben wir lieber vier Jahre lang in einer schwierigen Situation, als daß wir dem SSW die Entscheidung darüber überlassen, was passiert.“

In der Landtagssitzung vom 31. Oktober 1979 antwortete der SSW-Abgeordnete K.O. Meyer darauf: „Man will uns also nicht helfen, man greift unseren Lebensnerv an. Wenn man wirklich verhindern will, daß der SSW oder die Stimmen der Dänen und der Nationalfriesen jemals entscheiden können, wer in diesem Land regieren soll, dann hat man nur einen Ausweg: man muß uns das Wahlrecht nehmen ... Aber so weit will hier wohl keiner gehen.“

Ursache für diese und noch zu erwartende schärfere Maßnahmen ist, daß die Stoltenberg-Landesregierung den Forderungen der Minderheit nicht mehr nachkommen kann und will. Hatte sie es noch bis 1975 verstanden, den SSW durch tatsächliches Nachgeben, im wesentlichen aber durch Versprechungen auf ihre Seite zu ziehen, zumindest aber verhindert, daß er ein Bündnis mit der SPD einging, so sind inzwischen alle diese Versprechen geplatzt. Ausgehend von den Interessen der dänischen Minderheit war das Ver-

hältnis des SSW zur CDU immer nur ein taktisches. Die CDU muß also zu Recht befürchten, daß der SSW mit Hilfe wird, Stoltenberg aus dem Amt des Ministerpräsidenten zu entfernen.

1945 hatte der Südschleswigsche Verein SSV die Lostrennung Südschleswigs von Deutschland als Forderung erhoben. Das Programm von 1948 enthielt die Forderung nach Trennung Südschleswigs von Holstein und die Errichtung eines besonderen Landes Südschleswig innerhalb der briti-

schen Besatzungszone. Unter Punkt 8 wurde gefordert: „Die drei Sprachen Dänisch, Friesisch und Deutsch sollen als Grundlage der Kulturen des Landes in Freiheit und Gleichberechtigung nebeneinander stehen.“ Punkt 9 enthielt: „Kartelle, Trusts und jegliche Kriegsindustrie müssen in Südschleswig verboten werden.“

Für dieses Programm bekam der SSW bei den Landtagswahlen 1947 99500 Stimmen, das waren 33% aller abgegebenen Stimmen in Südschles-



Jahrestreffen der dänischen Minderheit in Flensburg 1980



Unterricht in dänischer Schule. Die Eltern nehmen am Unterricht teil

wig. Das lag erheblich über der Zahl der Angehörigen der dänischen Minderheit. Viele Deutsche hatten die Forderungen des SSW unterstützt. Das veranlaßte die Bourgeoisie zu einer ganzen Reihe von Untersuchungen. Ergebnis war, „daß der SSW ein Sammelbecken all jener Bevölkerungsteile war, die ihre berechtigte Kritik an den wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und praktischen Zuständen des Nationalsozialismus und der ersten Nachkriegsjahre aus ideellen oder materiellen Gründen für wichtiger erachteten als das Zugehörigkeitsgefühl für Deutschland.“ (K. F. Nonnenbroich, Die Dänische Minderheit in Schleswig-Holstein unter besonderer Berücksichtigung des Südschleswigschen Wählerverbands) Die einfachen Leute hatten sich lieber an ihre Interessen gehalten als an irgendein Nationalgefühl. Die Bourgeoisie nannte sie deshalb abfällig „Speckdänen“.

Im gleichen Maße, wie sich die Lebensverhältnisse beiderseits der Grenze einander annäherten, verlor der SSW einen Teil seiner Stimmen wieder. Die Arbeiter und Volksmassen waren auch

nicht für einen dänischen Nationalismus zu begeistern.

Der SSW hat daraus Konsequenzen gezogen. Nationalistische Überspitzungen wie die Forderung nach Entfernung aller Flüchtlinge ließ er fallen und konzentrierte sich darauf, für die Rechte der Minderheit und für eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen sowie der Lebensbedingungen in ganz Südschleswig einzutreten. Da Deutsche und Dänen in Südschleswig nicht in klar voneinander abgrenzbaren Gebieten leben, hat der SSW die Forderung nach Losrennung durch Forderungen nach einer demokratischen Kommunalverfassung ersetzt: „Zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung ist der Leistungsspielraum und die Leistungsfähigkeit der kommunalen Träger zu verbessern und ihre Leistungsbereitschaft zu fördern. Staatliche Aufgaben sind soweit wie möglich zu dezentralisieren und die Mitwirkungsmöglichkeiten der gewählten Selbstverwaltungsorgane auch in sog. Weisungsangelegenheiten zu erweitern. Die Finanzkraft der Gemeinden ist entsprechend ihrer Aufgabenstellung erheb-

lich zu verbessern ... Bei den Ämtern ist der unmittelbare Einfluß seitens der Bürger (Wahlen) durchzusetzen ... Die Mitbestimmung ausländischer Bürger ist zu verbessern (Wahlen).“ (Landtagswahlprogramm 1979)

Alle Plünderungs- und Unterdrückungsmaßnahmen treffen die Minderheit besonders. Hat man zum Beispiel Auseinandersetzungen mit einer Behörde oder einem Gericht, ist es eine zusätzliche Erschwernis, wenn man nicht die eigene Sprache verwenden kann. Die Gängelung und Kontrolle durch das Minderheitenschulrecht ist besonders groß. Öffentliche Minderheitenschulen sind verboten. „Es besteht das Recht, private Minderheitenschulen zu errichten. Die zu errichtende Minderheitsschule darf in ihren Lehrzielen und Einrichtungen nicht hinter öffentlichen Schulen zurückstehen ... Dänische Minderheitenschulen dürfen nur insoweit von den Lehrplänen deutscher Volksschulen abweichen, als es notwendig ist, um die Kenntnisse der dänischen Sprache und Kultur angemessen zu vermitteln.“ (§4 des Schulerlasses für Minderheitenschulen) Die Schulen stehen unter Aufsicht des Kultusministeriums. Ihre Struktur untersteht der Gesetzgebung des Landes.

Trotzdem erhalten die dänischen Schulen nur einen Betriebskostenzuschuß von 80% und beim Gymnasium von 85% der Kosten, die dem Land durch den Unterricht einer entsprechenden Anzahl von Schülern in den öffentlichen Schulen entstehen. Immer wieder forderten Vertreter der Minderheit 100% Zuschuß: „Ich glaube nicht, daß wir auf lange Sicht Ruhe im Grenzland wahren können, wenn Sie weiterhin meinen, daß unsere Eltern zwar 100% Steuern zahlen sollen, wie alle anderen Bürger, während Sie für den Unterricht der Kinder nur 80% bzw. 85% von dem geben, was Sie für die Schüler in den öffentlichen Schulen bezahlen.“ (K. O. Meyer in der Debatte über den Nachtragshaushalt der Landesregierung)

Gleichzeitig fordert der SSW: „Die starre und veraltete Dreiteilung des heutigen Schulsystems muß endlich verschwinden, damit Chancengleichheit sich durchsetzen kann. Die Beruflichen Schulen sollen ausgebaut und die Fachausbildung verbessert werden ... Auch an den Berufsschulen sind allgemeinbildende Fächer und vor allem Schulsport anzubieten.“ (SSW, Wahlprogramm 1979)

Die Interessen der dänischen Minderheit stehen in keinerlei Widerspruch zu denen der übrigen arbeitenden Leute in Südschleswig, sondern richten sich gegen die Landesregierung, und umgekehrt nimmt die Minderheit auch an allen demokratischen und wirtschaftlichen Kämpfen teil.

Die Stellung von SPD und KPD zur dänischen Minderheit

1902 faßte der Provinzialparteitag der SPD in Flensburg folgende Entschliebung: „1. Grundsätzlich wird anerkannt: a) daß die dänische Bevölkerung in Nordschleswig ... allein zu entscheiden hat, ob und wie weit sie zu Preußen oder Dänemark gehören will; b) daß alle Bewohner Nordschleswigs, die dänischen Stammes sind, ein Recht auf Schutz ihrer nationalen Eigenart, ihres Volkstums, ihrer Muttersprache und volle politische Gleichberechtigung haben; c) daß es Pflicht der Sozialdemokratie ist, jede diese Rechte verletzende Politik rücksichtslos zu bekämpfen; d) daß es Aufgabe der Sozialdemokratie ist, die Proletarier des dänischen Volkes unter voller Anerkennung ihrer nationalen Rechte über den Sozialismus aufzuklären und für den Klassenkampf zur Eroberung der politischen Macht zu gewinnen.“ Gleichzeitig mit der Bewilligung der Kredite für den 1. imperialistischen Weltkrieg verließ die SPD diesen richtigen Standpunkt. Die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“, das offizielle Organ der SPD in Schleswig-Holstein, schrieb am 2.12.1915: „Von einer Abtretung nordschleswigschen Gebiets an Dänemark kann keine Rede sein. Es ist vielmehr zu hoffen, daß die deutsch-dänische Frage durch Gewährung der kulturellen Selbstbestimmung an die

dänischen Nordschleswiger einer guten Lösung entgegengeführt wird.“ In der Propaganda vor der Volksabstimmung 1920 hob die USPD hervor, daß mit Anschluß an Dänemark auch gleichzeitig die Errungenschaften der Revolution in Deutschland wieder verloren seien. „Das Königreich Dänemark hat militärische Dienstpflicht. Der Volksstaat Deutschland kennt so etwas nicht.“ Entsprechend stimmten auch in Südschleswig viele Dänen für Deutschland. Nach dem 2. Weltkrieg schlossen sich in Flensburg zur ersten Gemeinderatswahl alle deutschen Parteien einschließlich der SPD und KPD zu einer „deutschen Wahlgemeinschaft“ zusammen. Aus diesem Grund trat ein großer Teil der Mitglieder der KPD aus der Partei aus. Zuvor wurde der Kreisverein der SPD in Flensburg aus der SPD ausgeschlossen, weil er am „Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes“ festhielt. Die deutsche Wahlgemeinschaft erhielt bei dieser Wahl nur 6 von 39 Ratssitzen, 33 waren „dänische Stimmen“.

Immer hat es dem Kampf der dänischen Minderheit um dem der Arbeiter geschadet, wenn Chauvinismus die Oberhand gewann. Im Kampf für ihre Rechte und sozialen Interessen konnten sie sich zusammenschließen.

Das Land soll für die Einrichtungen zahlen

Der Zuschuß der Landesregierung betrug 1975 pro Schüler der Minderheit DM 1800, pro Kindergartenkind DM 370. Zum Vergleich: Der Zuschuß der dänischen Regierung für die deutsche Minderheit in Nordschleswig betrug pro Schüler DM 3500 und pro Kindergartenkind DM 1500. Die Freizeitheime des dänischen Jugendverbandes erhalten folgende Zuschüsse:

Flensburg: 2% der Kosten
Harrislee: 15% der Kosten
Schleswig: 3% der Kosten
Eckernförde: DM 0,82 pro Tag
Rendsburg: DM 1,40 pro Tag
Der SSW verlangt Gesetze, die die Bezahlung regeln.

Forderungen gegen die Wehrpflicht

Angehörige der dänischen Minderheit, die eine Doppelstaatsbürgerschaft besitzen, können nach dem Wehrpflichtgesetz ihre Wehrpflicht ruhen lassen. Der SSW-Landessekretär P. Hertrampf kritisierte Anfang des Jahres die Behörden, dieses Recht durch „bürokratische Schwierigkeiten“ einzuschränken. Nach Gründung der Bundeswehr, die besonders von der Jugend

in Südschleswig stark bekämpft wurde, stellte der SSW folgende Forderungen zum Dienst in der Bundeswehr auf: Kriegsdienstverweigerung auch aufgrund der Stellung als nationale Minderheit; Vertretung der dänischen Minderheit in den KDV-Kommissionen; Recht auf Anrufung eines Gerichts bei Meinungsverschiedenheiten mit dem Vorgesetzten; Recht auf Benutzung der dänischen Sprache; kein Einsatz außerhalb Südschleswigs.

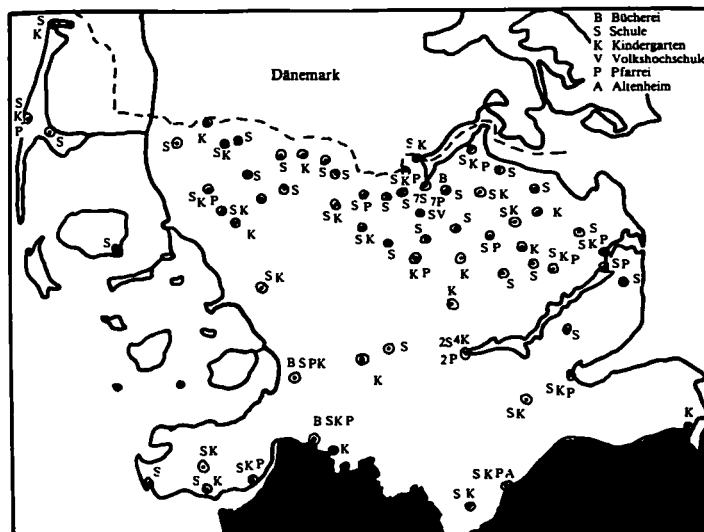
Kampf um städtisches Krankenhaus

Die dänische Minderheit hat an allen größeren Kämpfen in Flensburg und Südschleswig teilgenommen. Der SSW hat die Interessen der Bewegungen größtenteils auch in den Parlamenten vertreten. Anfang des Jahres hatten 50000 Flensburger durch ihre Unterschrift den Erhalt und Ausbau der städtischen Klinik Ost gefordert. In einer großen Demonstration und Protestversammlung hatten sie ihrer Forderung Nachdruck verliehen. In der Ratsversammlung setzten sich alle Parteien mit Ausnahme des SSW über diese Forderungen hinweg und stimmten für die Eingliederung in ein christliches Krankenhaus.

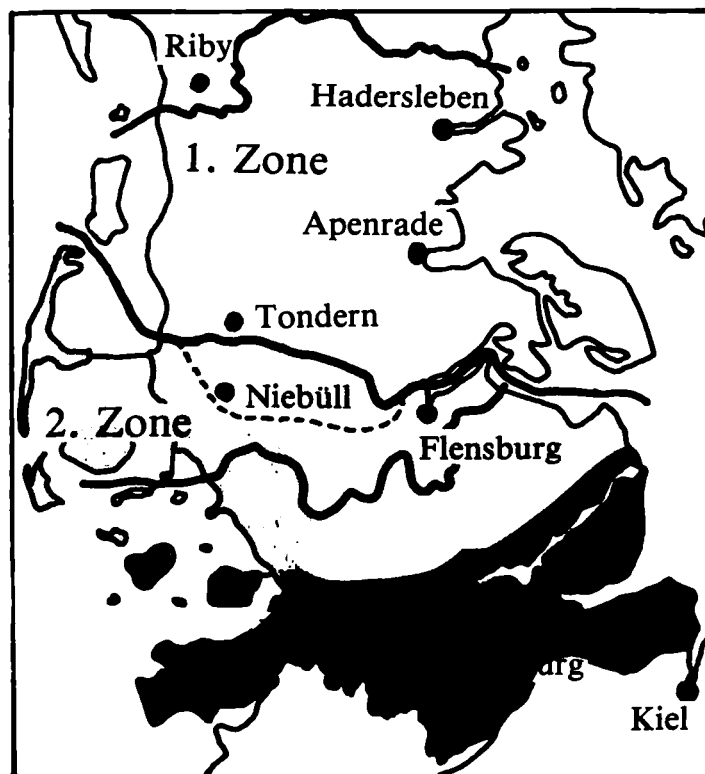
Daten zur Geschichte

- 811 Vertrag zwischen König Hemming und Karl dem Großen: Die Eider wird Grenze zwischen Dänemark und Franken
- 1848 Revolution in Schleswig-Holstein. Die Volksbewegung fordert Unabhängigkeit, Anschluß an die Republik Deutschland und demokratische Freiheiten.
- 1864 Unter Bismarck annektiert Preußen Holstein und Schleswig bis zur Königsau; der Krieg gegen Dänemark wird als Vorwand genutzt, die revolutionäre Volksbewegung zu zerschlagen
- 1920 Abstimmung in Nord- und Mittelschleswig. Grenzverlauf zwischen Flensburg und Tondern
- 1933 Scharfe Unterdrückung der Minderheit durch den Faschismus
- 1940 Deutsche Besetzung Dänemarks
- 1943 Aufschwung der dänischen Widerstandsbewegung
- 1945 Britische Besatzung
- 1947 Erste Wahl zum schleswig-holsteinischen Landtag. Sechs dänische Abgeordnete
- 1951 Der Landtag führt die 7,5%-Klausel ein. Verfassungsbeschwerde des SSW, daraufhin
- 1952 5%-Klausel
- 1955 Aufhebung der 5%-Klausel für die dänische Minderheit
- 1979 Aufstockung der Landtagsabgeordneten von 73 auf 74, damit der SSW nicht mehr „das Zünglein an der Waage bleibt“.

Soziale und kulturelle Einrichtungen der dänischen Minderheit



Sprachgrenzen (1859) und Abstimmungsgrenzen in Südschleswig



Sprachgrenzen

- dänisch und deutsch
- plattdeutsch
- friesisch
- Sprachgrenze dänisch (1920)
- Abstimmungsgrenze 1920

Quelle: Graenslandets sprog (Graense foreningens arbog 1977)

Um 1800 wurde noch Dänisch und Friesisch bis hin zur Schlei, Schleswig und Husum gesprochen. Heute wird die dänische Sprache von einem großen Teil der Bevölkerung in einer Reihe von Gemeinden als Umgangssprache benutzt. Heute beherrschen ca. 50000 Südschleswiger die dänische Sprache. Die Anzahl der Friesischsprechenden auf den Inseln und an der Westküste wird mit ca. 10000 angegeben.

Kakaoproduzenten gegen Preisdrückerei

Auch die sechste Sitzung der Konferenz zur Erneuerung des internationalen Kakaoabkommens zeitigte kein Ergebnis. Die Imperialisten als Kakao-Importeure – die BRD ist mit 15,2% zweitgrößter Importeur – konnten ihre vorschnell angekündigte „Einigung“ nicht durchsetzen. Von 1977 bis 1979 ist der Preis für Rohkakao um 46% gefallen. Die Imperialisten versuchten, das niedrige Preisniveau durch Festlegung eines Preisbandes zu zementieren, das den Höchstpreis auf 1,60 \$/lb festlegt und nach dem das Ausgleichslager erstmals mit preisstützenden Aufkäufen interveniert, wenn der Preis auf 1,10 \$ gefallen ist. Entgegen den Forderungen der kakaoproduzierenden Länder sollte das Ausgleichslager zudem auf höchstens 250 000 t beschränkt werden, bei einer jährlichen Weltproduktion von 1,5 Mio. t. Die Kosten des Lagers wollten die Imperialisten den Ländern der Dritten Welt aufbürden. Laut dem früheren Abkommen nämlich steht diesen die Liquidationsmasse des alten Fonds – 230 Mio. \$ – zu, die Imperialisten wollten das Geld in den

Weltbank: US-Bankier neuer Chef

In einer Blitzaktion haben die USA, die 21,5% und mit den anderen westlichen Imperialisten weit über 50% der Weltbank-Stimmquoten halten, den Chef der größten Bank der Welt Bankamerica Corp., A. W. Clausen, zum neuen Weltbank-Chef gemacht. Der jetzige Weltbankpräsident McNamara, zuvor Ford-Manager und US-Verteidigungsminister, scheidet im nächsten Juni aus. Eile war geboten, weil viele Entwicklungsländer keinen Vertreter des US-Imperialismus mehr als Weltbank-Chef wollten. Clausen hat aus seiner zehnjährigen Tätigkeit als

Bankamerika-Präsident Erfahrung in der Knebelung der Entwicklungsländer. Die standen bei der Bank im letzten Jahr



mit 8,3 Mrd. \$ in der Kreide. Die Bank, die in 101 Ländern

vertreten ist, schloß ihr letztes Geschäftsjahr mit einem Reingewinn von knapp 200 Mio. \$ und einem Zinsüberschuß von über 700 Mio. \$ ab. Als erste Geschäftsbank finanzierte die Bankamerica Corp., auf der Suche nach sicheren Anlagemöglichkeiten, Projekte gemeinsam mit der Weltbank. Clausens wichtigstes Vorhaben für seine künftige Weltbank-Tätigkeit: das „Recycling der Öldollars“; die Überschüsse der OPEC-Länder sollen in die Kassen und unter die Kontrolle der Weltbank und der imperialistischen Großbanken. Auf der letzten Weltbank-Jahrestagung im Oktober haben die OPEC-Länder dieses Ansinnen zurückgewiesen.

neuen stecken, um selbst möglichst wenig zu zahlen. Sie scheiterten am klaren Nein der Elfenbeinküste (20% der Weltproduktion), Togos und Ghanas.

Parteibeziehungen zwischen KPCh und PCE

Auf Einladung des ZK der KP Chinas hat eine Delegation der revisionistischen KP Spaniens (PCE) China besucht. Hua Guofeng erklärte beim Emp-

fang der PCE-Delegation zur Wiederaufnahme der in den 60er Jahren abgebrochenen Parteibeziehungen: „Unsere beiden Parteien haben vieles gemeinsam, und unsere Differenzen haben nur sekundäre Bedeutung.“ PCE-Generalsekretär Carillo, der vor der Abreise erneut die sowjetische Invasion Afghanistans verurteilt hatte, sagte: „Wir sind gegen eine ‚führende Partei‘ und ... gegen Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Parteien.“

Unterstützung für die irischen Gefangenen

Vertreter des irischen Komitees gegen die H-Blocks sprechen auf Veranstaltungen mehrerer Irland-Komitees zur Unterstützung der Gefangenen in Nordirland (siehe S.7). Zu ihnen gehören Kieran Nugent und Maureen Gibson, die lange in diesen Gefängnissen saßen. Nach Veranstaltungen in Bochum und Frankfurt finden weitere in Heidelberg (23.11.), Berlin (25.11.) und Hamburg (26.11.) statt.

KSZE-Nachfolgekonzferenz eröffnet

Nach achtwöchigem Krach um die Tagesordnung wurde am 11.11. in Madrid die KSZE-Nachfolgekonzferenz eröffnet – ohne Tagesordnung. Die westlichen Imperialisten wollten die Kritik an den Verhältnissen im sozialimperialistischen Machtbereich und an den sowjetischen Aggressionen in der Tagesordnung verankert ha-

ben. Sie verlangten eine „Bilanz der KSZE-Vereinbarungen von Helsinki“, um Druck auf die SU zu machen, die Opposition in ihrem Machtbereich zu schüren und selbst als Verfechter der „Menschenrechte“ dazustehen. Die SU lehnte ab. Da die wechselseitigen Interessen an der Verhandlung der Verhältnisse beim je-

weiligen Gegner und an der Förderung von Abrüstungsilusionen überwogen, konnte das Konferenzprojekt dennoch steigen. Besonders die BRD soll sich dafür eingesetzt haben. Der härtere Kurs des US-Imperialismus gegen die SU bietet der BRD die Chance, ihre Beziehungen zur SU weiter aufzuwerten. Genscher reiste extra an und betonte, gerade jetzt müsse der Ost-West-Dialog fortgesetzt werden. Er sprach sich für eine Europäische Abrüstungskonferenz aus, ein Vorschlag Frankreichs, der die Stellung der US-Imperialisten in Europa schwächen soll. – Pünktlich zum Konferenzbeginn wurde publik, daß westdeutsche Großbanken unter Federführung der Deutschen Bank über einen 10 Mrd. DM-Kredit mit der SU verhandeln. Damit sollen Röhrenlieferungen von Mannesmann zur Erschließung sibirischer Erdgasfelder finanziert werden. Lamsdorf hat eine staatliche Kreditbürgschaft für das Geschäft in Aussicht gestellt.

Indische Bauern fordern höhere Erzeugerpreise

Seit über einer Woche blockieren die Bauern im Bezirk Naskik bei Bombay im indischen Bundestaat Maharashtra die Eisenbahn- und Straßenverbindungen. Sie protestieren gegen die rapide steigenden Preise für Kunstdünger, Saatgut und Bewässerung und fordern die Erhöhung der stagnierenden Erzeugerpreise für Reis, Zuckerrohr und andere Produkte. Selbst bislang als wohlhabend geltende Bauern werden in dieser Schere rasch ruiniert und beteiligen sich an dem Protest. Obwohl die Polizei am 18.11. nach langen Kämpfen mehrere hundert Bauern festnahm, gehen die Blockaden weiter. – Ebenfalls am 18.11. erschoss die Polizei in Amritsar im Punjab (Nordindien) einen Teilnehmer einer Demonstration gegen Busfahrpreiserhöhungen. Die Demonstranten wollten aus Empörung über vorausgegangene Polizeibrutalitäten eine Polizeiwache in Brand setzen.



Die sowjetischen Delegierten auf der KSZE-Nachfolgekonzferenz

Zimbabwe

„Wir haben kein Geld, für geraubtes Land zu zahlen“

Großbritannien, die USA und andere imperialistische Mächte halten ihre Zusagen über einen Landfonds für Zimbabwe nicht ein. Während der Londoner Verfassungskonferenz Ende 1979 setzte Großbritannien einen Paragraphen in der Verfassung durch, nach dem die Regierung Zimbabwes verpflichtet ist, für alle enteigneten Grundstücke Entschädigungen zu zahlen, auch ins Ausland. Die Patriotische Front hatte damals diesem Absatz nur zugestimmt, weil Großbritannien und die USA im Gegenzug versprochen, einen Fonds zum Herauskaufen der weißen Siedler einzurichten.

Die britische Entwicklungshilfe für Zimbabwe soll jetzt 75 Mio. Pfund (etwa 300 Mio. DM) betragen – verteilt auf fünf Jahre! Davon sind 20 Mio. für Land bestimmt. Zimbabwe selbst kann nicht mehr als 20 Mio. aufbringen, aus den USA steht das Geld noch aus.

Das reicht nicht für einen nennenswerten Fortschritt in der Landreform. Knapp 6000 weiße Kolonialisten besitzen nach den kolonialen Landgesetzen die Hälfte des Landes. Die Kolonialisten trieben die Zimbabwer dagegen in die „Stammesgebiete“ auf dem schlechtesten Boden zusammen, wo 675000 Bauernfamilien gegenwärtig versuchen müssen, genug zum Leben anzubauen. Meist erfolglos, denn das Land ist zu knapp. Der Hunger nach Land der Bauernmassen Zimbabwes war eine Haupttriebkraft des Befreiungskampfes.

Von dem „weißen“ Farmland sind mindestens 40% – 5,8 Mio. Hektar – nicht einmal bebaut. Aber wieviel Land kann die Regierung mit der „großzügigen“ Entwicklungshilfe kaufen? Entwicklungs- und Landminister Sekemariyi gab am 4. Oktober bekannt, die Regierung habe 130000 Hektar Land für die Ansiedlung gekauft und habe in diesem Finanzjahr (also bis April) noch genügend Geld für weitere 380000 Hektar. Zusammen 510000 Hektar – weniger als 10% des *unbebauten* guten Bodens. Schon vorher hatte Sekemariyis Stellvertreter Mahachi mitgeteilt, die Regierung habe nicht genug Geld, auch nur die von den weißen Siedlern angebotenen Farmen zu kaufen.

Unter den Bauern führt das zu Unzufriedenheit. Während in einer Parlamentsdebatte ein Minister über die Einzelheiten der Entschädigungszahlungen berichtete, unterbrach ihn der Abgeordnete Häuptling Tangwena.

„Seit wann kann man ein Land kaufen? Man muß es sich holen.“ Tangwena war mit seinem Stamm von den Kolonialisten aus Zimbabwe vertrieben worden und hatte lange in Mosambik im Exil gelebt. So wie er denken und handeln viele Bauern. Die Landbesetzungen nehmen zu, vor allem an der Grenze nach Mosambik, wo viele der zurückgekehrten Flüchtlinge Land brauchen. Die zum Teil noch von den Kolonialisten kontrollierte Polizei versucht, meist erfolglos, die Landbesetzer zu vertreiben.



Aber auch die Regierung sieht die Landbesetzungen ungern. Sie würden das Problem nicht lösen, denn nicht nur Land, sondern auch die anderen Produktionsmittel – Ochsen, Pflüge, Saatgut – fehlen den Bauern. Und die Regierung versucht, in den Siedlungsprojekten die Versorgung mit diesen Produktionsmitteln zu sichern, wenn nötig auf Kosten weißer Farmer, die z.B. zur Hergabe von Traktoren aufgefordert werden.

Aber der Regierung ist klar, daß es im bisherigen Tempo mit der Landreform nicht weitergehen kann. „Wir haben kein Geld, für Land zu bezahlen, daß den eigentlichen Einwohnern dieses Landes von den Kolonialisten geraubt wurde“, erklärte Premierminister Mugabe deshalb am 1. November auf einer Versammlung in Mount Darwin. „Die Briten sagen, sie hätten kein Geld für die Farmer, und wir sagen auch, daß wir für sie kein Geld haben.“ Wenn nicht mehr Entwicklungshilfe gezahlt werde, sehe sich die Regierung gezwungen, nicht genutztes Land zu enteignen.

Die imperialistische Presse schrie Zeter und Mordio. Aber für Zimbabwe

stellt sich heraus, daß der Mühlstein der Entschädigungspflicht, den die Imperialisten ihm umgehängt haben, immer schwerer zieht. Keines der wesentlichen Probleme kann gelöst werden, wenn es keine Fortschritte bei der Landreform gibt – die Rücksiedlung der 1,2 Mio. Flüchtlinge kann nicht abgeschlossen werden, die übergroße Stadtbevölkerung nicht reduziert werden, das Volk kann sich nicht gegen die Imperialisten zusammenschließen und bei der Übernahme der Industrie und Bergwerke vorankommen.

Auch die wachsenden Probleme zwischen den Guerillaarmeen haben mit der Landfrage zu tun. Seit einem Dreivierteljahr sind die Befreiungskämpfer jetzt in Sammelagern bzw. Kasernen. Die meisten von ihnen sind Bauernsöhne bzw. -töchter. Viele wollen Berufssoldaten in der neuen nationalen Armee werden, aber die meisten werden zurück aufs Land gehen. Solange ihre Familien aber noch kein Land haben, weiterhin in den Stammesgebieten zusammengepfercht sind, können sich die bisherigen Guerillas dort nicht ernähren. Also bleiben sie in den Lagern, wo sie als Soldaten gezahlt werden.

Das erschwert den Aufbau einer nationalen Armee und ist eine gute Basis für das Entstehen von Privatarmeen. Es demoralisiert auch die Befreiungskämpfer. Die Rivalität der Imperialisten um Einfluß in Zimbabwe ist noch stärker geworden. Die Sozialimperialisten versuchen weiterhin, die ZAPU für ihre Zwecke zu benutzen. Die ZAPU macht ihre eigene Außenpolitik. So lobte Innenminister Nkomo am 13. Oktober vor 1200 ZIPRA-Offizieren die Sowjetunion für ihre Hilfe während des Befreiungskrieges und gab die Rückkehr von MIG-Piloten bekannt, die in der SU ausgebildet wurden. Die ZAPU versucht, ihre Armee als Parteiarmee intakt zu halten. Auf der anderen Seite wirbt das südafrikanische Kolonialregime weiterhin ehemalige Smith-Söldner für eine konterrevolutionäre Truppe gegen Zimbabwe an.

Krieg Iran-Irak Unerbetene „Hilfsangebote“ der Supermächte

„Wir ergreifen nicht Partei“, erklärte der US-Vertreter bei der Sicherheitsratsdebatte über den Krieg zwischen Iran und Irak, um gleich hinzuzufügen, daß man dies nicht als Verzicht auf Einmischung mißverstehen soll: „Aber diese Nichtparteinahme heißt nicht, daß wir abseits stehen oder unsere Verantwortung nicht sehen.“ Jetzt haben die USA einen weiteren Flugzeugträger samt Begleitschiffen in Richtung Golf in Marsch gesetzt. Die

ersten 1400 Mann der neuen „Schnellen Eingreiftruppe“ sind zu Manövern in Ägypten eingetroffen.

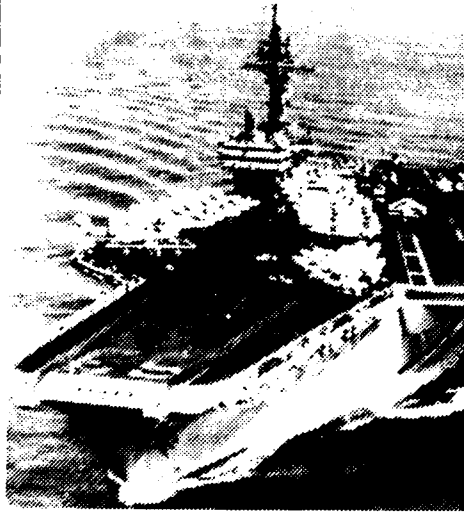
Für die Freilassung der seit über einem Jahr festgesetzten US-Botschafts-spione hat das iranische Parlament vier Bedingungen gestellt: Keine Einmischung der USA in die inneren Angelegenheiten Irans; Freigabe der in den USA und bei US-Banken in Drittländern eingefrorenen iranischen Guthaben; Aufhebung der Embargo- und Pfändungsbeschlüsse gegen Iran; Rückgabe des vom gestürzten Schah in die USA beiseitegeschafften Milliardenvermögens. Die Supermacht hat auf diese gerechten und vernünftigen Forderungen mit langschweifigen Erklärungen reagiert, warum die US-Regierung angeblich „aus rechtlichen Gründen“ nur 3,5 Mrd. von insgesamt 13 Mrd. \$ iranischen Vermögens freigeben könne. Stattdessen bot sie etwas an, was Iran gar nicht gefordert hatte: Sofort nach Freilassung der Geiseln könnten bestellte und bezahlte Rüstungsgüter für 220 Mio. \$ an Iran ausgeliefert werden.

Die tatsächliche oder vermeintliche Abhängigkeit der Golfstaaten von imperialistischen Rüstungslieferungen ist überhaupt ein bevorzugter Ansatzpunkt zur Schürung des Konfliktes zwischen ihnen. Frankreich will ab Dezember von Irak bestellte Kampfflugzeuge zum Teil vorfristig übergeben. Die EG-Außenminister haben beschlossen, nach einer Aufhebung der Iran-Sanktionen sei jeder frei, soviel Waffen zu liefern, wie er wolle. Die öffentliche Diskretion der Sozialimperialisten erklärt sich vermutlich einfach dadurch, daß sie *beide* kriegführende Länder mit Nachschub unterstützen.

Schon jetzt hat der Krieg am Golf zu einer tiefen Spaltung zwischen den arabischen Staaten geführt. Irak hat die Beziehungen zu Syrien und Libyen abgebrochen, Saudi-Arabien die zu Libyen. Syrien hat eine Verschiebung der arabischen Gipfelkonferenz, die am 25.11. in Amman über die nächsten Schritte im Kampf für die Befreiung Palästinas beraten sollte, beantragt. Die Sozialimperialisten, die mit Syrien und Irak Freundschaftsverträge abgeschlossen haben, haben die iranischen Revisionisten einer Front zum Sturz der irakischen Regierung mit Sitz in – Damaskus beitreten lassen.

Iran und Irak selbst haben sich die aufdringlichen „Hilfsangebote“, für die bekanntlich immer in hartem Geld teuer zu zahlen ist, bisher noch einigermaßen vom Hals gehalten. Aber der Krieg dauert an, und nichts deutet darauf hin, daß eine Seite ihn in absehbarer Zeit militärisch gewinnen könnte. Beide Regierungen haben für Verhandlungen praktisch unerfüllbare Vorbedingungen gestellt: Irak will vor Anerkennung seiner Gebietsansprüche seine

Truppen nicht zurückziehen; Iran will vor einem irakischen Truppenabzug überhaupt nicht und auch danach nur mit „den wahren Vertretern des irakischen Volkes“, womit nicht seine Regierung gemeint ist, verhandeln. Nach acht Wochen Krieg wird der wirtschaftliche Schaden, der den beiden Ländern durch Zerstörung von Ölanlagen und Raffinerien und Exportausfälle entstanden ist, auf 16 bis 18 Mrd. \$



geschätzt, eine Zahl, die der gesamten Auslandsverschuldung eines Landes wie Indien entspricht. Das erschwert eine rasche Einigung zusätzlich und erleichtert Einmischung der Supermächte.

Sowohl die Islamische Weltkonferenz als auch die Blockfreienbewegung (mit einem Ausschuß aus Indien, Kuba, Pakistan, Jugoslawien, Zimbabwe und der PLO) setzen ihre Vermittlungsbemühungen fort. Irak hat beide Initiativen begrüßt, Iran sich eine Antwort vorbehalten.

Griechenland Die Gewerkschaftsbewegung erstarkt

Weit über eine Million Arbeiter folgten am 10. November dem Aufruf des griechischen Gewerkschaftsbundes GSEE zu einem 24stündigen Generalstreik, dem ersten seit 30 Jahren. In den Fabriken, den Krankenhäusern, der Post, den Banken, im Transportwesen, auf den Baustellen – überall legten die Lohnabhängigen die Arbeit nieder: Die Regierung hatte in den Verhandlungen über das neue Lohnabkommen Lohn„erhöhungen“ von 20% geboten, und das bei einer Inflationsrate, die nach Angaben der OECD inzwischen auf 32% hochgeschwungen ist. Außerdem fordert die GSEE die Fünf-Tage-Woche; noch ist in Griechenland

die Sechs-Tage-Woche gang und gäbe. obgleich die Gewerkschaften zum 1. Oktober 1979 die Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 48 auf 44 Stunden durchsetzen konnten. Nur eine der stärksten Gewerkschaften, die der Bankangestellten, hat bislang die Fünf-Tage-Woche erkämpfen können.

Unter der Militärjunta hatten die US- und die EG-Imperialisten, die die griechische Wirtschaft zu weiten Teilen kontrollieren, und die griechische Bourgeoisie eine einschneidende Senkung des Lohnstandards durchführen können. Ende 1974 betrug der durchschnittliche Bruttolohn nicht einmal umgerechnet 2,40 DM. Streiks hatte die Junta verboten, rund 100 Gewerkschaften aufgelöst, zahllose Gewerkschafter verhaftet. Mehrere der Gesetze, die grundlegende Rechte und die Selbständigkeit der Gewerkschaften außer Kraft setzten, gelten, kaum geändert, bis heute. So übt die Regierung die direkte Kontrolle über die Finanzen der Gewerkschaften aus. Dennoch konnte die griechische Arbeiterbewegung nach dem Sturz der Junta in zähen Streikkämpfen, die oft genug trotz Verbot und gegen staatlichen organisierten Streikbruch geführt wurden, deutliche Lohnerhöhungen erkämpfen. Ihre Erfolge sind jetzt in Gefahr.

Durch den zum 1. Januar 1981 bevorstehenden EG-Beitritt gerät die griechische Bourgeoisie unter zunehmenden Druck der Imperialisten. Im vergangenen Sommer erst erteilte die EG-Kommission wegen der ihr zu weitreichenden Handelsbeschränkungen, mit denen sich Griechenland gegen den alles niederkonkurrierenden, ungehemmten Warenexport aus der EG schützt, eine unverschämte Rüge. Mit dem Beitritt muß Griechenland diese Beschränkungen bis auf 14 Ausnahmen fallenlassen. Die westdeutsche Finanzbourgeoisie rechnet sich aus, daß rund die Hälfte der kleinen Industrie binnen kurzem ruiniert sein wird – in den rund 120000 griechischen Klein- und Mittelbetrieben arbeitet ein Viertel der Lohnabhängigen.

Seit 1953 haben die Imperialisten Kapital in Höhe von 1,5 Mrd. \$ nach Griechenland exportiert: 22% davon die USA, 15% Frankreich, 5% die BRD. Dem griechischen Kapitalistenverband zufolge beherrscht ausländisches Kapital inzwischen 70% der „griechischen“ industriellen Warenexporte. Dennoch verlangen die führenden Mächte in der EG jetzt in unverhüllter drohender Ton, daß die griechische Regierung die letzten Schranken für den Kapitalexport aus der EG nicht erst am Ende der fünf Übergangsjahre, als zum 1.1.86, sondern möglichst unverzüglich beseitigt, insbesondere die Devisenkontrollen, die die Profitma-

cherei hemmen. Bisher allerdings hat sich die griechische Regierung diesem Ansinnen widersetzt.

Dem imperialistischen Druck, die Reallöhne zu senken, gibt sie dagegen umso bereitwilliger nach. Mithilfe eines anschwellenden Arbeitslosenheeres – die Arbeitslosenrate beträgt offiziell 6,5%, tatsächlich ist sie bedeutend höher, v.a. aufgrund der beschleunigten Ruinierung der Bauernmassen und der

Einwanderungsbeschränkungen in den EG-Ländern – sind ihr im letzten Jahr erste Erfolge gelungen. Zu Hilfe kam ihr die starke politische und organisatorische Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung; die über 3500 Gewerkschaften kämpften getrennt und verloren getrennt. Der jetzige Generalstreik läßt Fortschritte in der Einigung der Gewerkschaftsbewegung erkennen.

Mittelamerika

Reagan droht mit Intervention gegen Nicaragua und El Salvador

Im republikanischen Wahlprogramm steht deutlich genug, worin die „neue starke US-Politik in den Americas“ bestehen soll: in unverhülltem Interventionismus. Die mit 70 Mio. \$ höchst dürftige Wiederaufbauhilfe für Nicaragua, die die Carter-Regierung nach langem Hin und Her schließlich zugestanden hat, wird abgelehnt. „Jedoch“ will Reagan „die Anstren-

wird die Zahl der Toten geschätzt, überwiegend unbewaffnete Bauern. Durch den Sturz des früheren Präsidenten Romero, hatte die Carter-Regierung behauptet, sei der Weg zu Reformen freigemacht, die Revolution überflüssig machten. Tatsächlich ging es nur darum, den Weg zur Niederschlagung der Revolution freizumachen und dazu die Basis des Regimes

koppelt. Ergebnis: Die Großgrundbesitzer erhalten eine Masse Geld als „Entschädigung“, ein Teil der Bauernschaft wird unter dem Kommando der reaktionären Terrororganisation ORDEN in „Kooperativen“ zusammengepfert.

Die revolutionäre Massenbewegung hat sich gegen den weißen Terror bislang zwar halten, aber auch nicht ihrerseits zur Offensive, zu allgemeinen Aufstandsbewegungen übergehen können. Im Juni war ein dreitägiger Generalstreik fast vollständig befolgt worden, aber die Beteiligung an einem weiteren Generalstreik im August lag wegen des Terrors der Armee erheblich niedriger. Anfang November hat die Armee einen Vernichtungsfeldzug gegen die Hauptstützpunktgebiete der Guerillaorganisationen in der Provinz Morazan nach drei Wochen abbrechen müssen. Am 7. November haben Guerrilleros die größte Kaserne des Landes in den Außenbezirken der Hauptstadt angegriffen.

Anders als 1979 in Nicaragua ist eine antiimperialistische Einheitsfront in El Salvador noch nicht zustande gekommen. Einer der Gründe dafür ist, daß die nationale Bourgeoisie zwar nur zum Teil die regierende Junta unterstützt, aber innerhalb der Oppositionsbewegung spaltend wirkt. El Salvador hat von allen mittelamerikanischen Ländern die entwickeltste Industrie, die teils von US-Monopolen, teils aber auch von einheimischen Bourgeois kontrolliert wird. Die Arbeiterklasse verfügt über keine einheitliche Parteiorganisation. Ihre wichtigsten Organisationen, die Gewerkschaften, werden immer wieder durch Mord ihrer Führer beraubt. So haben sich zwar die meisten Arbeiter- und Bauernorganisationen in einer Koordination zusammengeschlossen, die ihrerseits mit der bürgerlichen Opposition in einer revolutionären Demokratischen Front zusammenarbeitet. Aber ein gemeinsames Oberkommando ist nicht gebildet worden, und eine der Guerillaorganisationen hat in den letzten Wochen auch die Koordination wieder verlassen.

Die US-Imperialisten versuchen, diese Schwächen zu einem blutigen Massaker, gegebenenfalls mit Marineinfanteristennachhilfe, zu benutzen, um die weitere Ausbreitung der Revolution in Mittelamerika einzudämmen. Ob das angesichts der schreienden Klassenwidersprüche und des doch hohen Organisationsgrades der Arbeiter- und Bauernmassen gehen wird, ist höchst fraglich. Der Versuch, die Basis des Regimes über die Grundbesitzer hinaus wesentlich zu erweitern, ist bereits gescheitert. Nur noch die christdemokratische Partei unterstützt die Junta, und etliche frühere Christdemokraten, selbst Minister, haben sich der Guerilla angeschlossen.



gungen des nicaraguanischen Volkes unterstützen, eine freie und unabhängige Regierung zu errichten“. Solche Anstrengungen unternehmen zur Zeit die Reste von Somozas Nationalgarde mit Überfällen von Honduras aus.

In El Salvador, Guatemala und Honduras will Reagan „marxistische Entstabilisierung“ erst gar nicht zulassen. 1932 hatte die in El Salvador herrschende Großgrundbesitzeroligarchie einen Bauernaufstand durch Niedermetzlung von 30000 Bauern und Landarbeitern „beendet“. Die von Carter vor einem Jahr an die Regierung gepuschte Junta könnte den grausigen Rekord noch übertreffen. Auf 8000 bis 12000 seit Jahresbeginn

um einige Elemente der bürgerlichen Opposition zu erweitern. Auf diese Weise zogen die US-Imperialisten die Lehre aus der Revolution in Nicaragua: Die eigens zusammengetrommelten lateinamerikanischen Außenminister hatten eine „interamerikanisch“ getarnte US-Intervention in Nicaragua wegen der völligen Isolierung des Somoza-Regimes abgelehnt.

Mit der Planung der Agrarreform wurde derselbe Dr. Prostermann betraut, der das „Wehrdorf“-System gegen die vietnamesische Revolution ausgeheckt hatte. Die Einleitung der Reform wurde zweckentsprechend mit der Ausrufung des seither regelmäßig verlängerten Belagerungszustandes ge-

Dritte Welt verlangt Kontrolle des Meeresbodens und wehrt sich gegen Bruch der UN-Resolution

Manganknollen und Fördertechnik

Manganknollen sind kartoffelgroße, metallhaltige, auf dem Meeresboden liegende Knollen. Sie bestehen aus einem festen Kern (meist Haifischzähne, Knochen, Lavabrocken, Felsstücke) und einem mehrere cm dicken Mantel aus feinen Ablagerungen, der sich im Laufe von Jahrtausenden um den Kern herum gebildet hat. Der Metallanteil ist hoch: Mangan ca. 28%, Eisen ca. 14%, Silicium ca. 9%, Aluminium ca. 3%, Nickel ca. 1,4%, Kupfer ca. 1,2%, Kobalt ca. 0,35%. Von besonderer Bedeutung für die Imperialisten sind Kupfer (Elektrotechnik) und Mangan, Nickel und Kobalt (Stahlveredelung).

Die Hauptvorkommen an Manganknollen liegen im Pazifik (vgl. Abbildung). Allein dort werden 1,5 Billionen t Manganknollen vermutet, mit einem Anteil von 12 Mrd. t Kupfer und 17 Mrd. t Nickel. Die gesamten Metallvorkommen in der Tiefsee, bezogen auf die terrestrischen Vorräte, schätzen Wissenschaftler wie folgt: bei Kobalt auf das 5000fache, bei Mangan auf das 4000fache, bei Nickel auf das 1500fache und bei Kupfer auf das 15fache.

In den letzten zehn Jahren sind die Fördertechniken erheblich verbessert worden. Entwickelt sind heute Verfahren mit riesigen, staubsaugerähnlichen Pumpen. Die US-Konzerne Sedco Inc., Kennecott Copper, US-Steel und Ocean Mining Associates (OMA) sind in der Technik führend, gefolgt von den westdeutschen Kapitalisten, die sich in der Arbeitsgemeinschaft meeresstechnisch gewinnbarer Rohstoffe (AMR) zusammengeschlossen haben. An der AMR halten die Preussag AG, die Metallgesellschaft, die Rheinischen Braunkohlenwerke AG und die Salzgitter AG je 25%. Der US-Konzern OMA hat kürzlich im Pazifik 1200 m südwestlich von San Diego ein Projekt erfolgreich abgeschlossen, wo in einer Wassertiefe von 5000 m Manganknollen mit einer Kapazitätsrate von 50 t pro Stunde gefördert worden sind.

Kiel. In Kiel hat Ende Oktober eine Tagung von 170 Wissenschaftlern, fast ausschließlich aus imperialistischen Ländern, zum Thema „Das Seerecht in den 80er Jahren“ stattgefunden. Ziel war es, „Denkanstöße“ für die Sitzungen der UN-Seerechtskonferenz im nächsten Jahr zu liefern (Kieler Nachrichten, 21.10.1980). Es ging hauptsächlich um Fragen des Tiefseebergbaus.

Tatsächlich haben die Imperialisten „Denkanstöße“ nötig, denn die Zeit drängt. Die seit 1973 andauernde III. UN-Seerechtskonferenz tritt in die entscheidende Phase. Etwa 95% des Inhalts der Konvention stehen fest. Beschlossene Sache ist einmal die Ausdehnung der Hoheitsgewässer von 3

sten die Felle davonzuschwimmen. Sie haben sich mit ihrer Forderung nach völlig freiem Zugang der Tiefsee für ihre Konzerne nicht durchsetzen können. Im vorläufigen Verhandlungstext ist zwar immerhin ein *Parallelsystem* enthalten, d.h. abbauberechtigt sollen neben einem Unternehmen der UN-Meeresbehörde (dem sog. *enterprise*) auch nationalstaatliche Unternehmen sein. Die vorläufigen Detailregelungen dieses Parallelsystems lassen den Imperialisten jedoch wenig Raum:

Die Meeresbodenbehörde hat nach dem jetzigen Entwurf vor allem das Recht auf *Produktionsbeschränkungen*. Konkret wird die Produktion von Manganknollen an 60% der jährlichen Zuwachsrate der Weltnickelproduk-



auf 12 Seemeilen, weiter die Errichtung exklusiver Wirtschaftszonen von 200 Seemeilen Breite, in denen der Küstenstaat das Monopol für die wirtschaftliche Nutzung der Bodenschätze und Fischbestände und für die Forschung hat. Die Konvention existiert bisher als „informeller Verhandlungstext“. Dieser soll auf der zehnten Sitzung der Seerechtskonferenz 1981 in Caracas in einen förmlichen Konventionsentwurf umgewandelt werden. Textänderungen werden dann nur noch mit $\frac{2}{3}$ Mehrheit möglich sein. Da von 152 teilnehmenden Staaten rund 120 solche der Dritten Welt sind, können die Imperialisten sich dann keine Hoffnungen mehr auf Änderungen machen.

Umstritten ist vor allem noch die Frage der Nutzung des Meeresbodens jenseits der 200 Seemeilen. Hier lagern gewaltige mineralische Bodenschätze in Form der Manganknollen. Auch in diesem Bereich drohen den Imperiali-

tion gekoppelt. Auf diese Weise würde das Preisgefüge im Sinne der rohstoffproduzierenden Länder der Dritten Welt gestützt. Jedes nationalstaatliche Unternehmen, das eine Lizenz für den Abbau erhält, wird zum uneingeschränkten *Technologietransfer* an das enterprise verpflichtet. Das enterprise kann nach Vorlage aller bekannten Daten eine *Reservierung* bestimmter Abbaufelder vornehmen und diese dann privilegiert an Unternehmen aus Ländern der Dritten Welt vergeben. Für alle Exekutivfunktionen (Vergabe von Feldern usw.) soll ein Rat von 36 Staaten zuständig sein. Nach dem Abstimmungsschlüssel sind den Ostblockstaaten drei Sitze garantiert, die westlichen Imperialisten können mit sechs rechnen. Da nach der Forderung der Dritten Welt auch Grundsatzfragen im Rat mit $\frac{2}{3}$ Mehrheit entschieden werden sollen, könnten die Imperialisten aus Ost und West zusammen jederzeit

überstimmt werden. Schmerzlich für die Imperialisten sind auch die vorgesehenen Abgaben: Für ein Feld (*claim*) soll ein Unternehmen vorab 60 Mio. \$ zahlen. Nicht genug damit: Nach 15 Jahren soll in einer UN-Folgekonferenz überhaupt geprüft werden, ob sich das Parallelsystem bewährt hat oder ob nicht *alle* Abbaukompetenzen allein auf die Meeresbodenbehörde zu übertragen sind.

Durch alle diese Regelungen wird das Interesse der Imperialisten, durch Ausweichen in den Tiefseebergbau die Rohstoffpreise drücken zu können, wirksam beschnitten. Die Forderungen der Dritten Welt sind nur allzu berechtigt. Kürzlich hat eine UNO-Kommission Schubladenpläne der US-Imperialisten enthüllt, wonach diese sich bei einer gezielten Manganknollenproduktion über 10 Jahre ausgerechnet hatten, dann 18% der Weltnickelproduktion in die Hand zu bekommen. Was das für die Beeinflussung des Preisniveaus für Nickel bedeuten würde, kann man leicht ermessen, wenn man sich an die Kupferpreispolitik der US-Imperialisten zur Zeit der Allende-Regierung in Chile erinnert: Damals gelang es den US-Monopolen bei einem Marktanteil von nur etwa 15% der Weltkupferproduktion innerhalb eines einzigen Jahres, durch ein Überfluten des Weltmarktes mit ihren Lagerbeständen den Kupferpreis um über 30% zu senken.

Nachdem alle Spaltungsversuche die Front der Staaten der Dritten Welt nicht aufgeweicht haben, drohen die Imperialisten jetzt offen mit dem Scheitern jeglicher Konvention, wenn die Kompetenzen der Meeresbodenbehörde nicht noch eingeschränkt würden. Im Blätterwald der imperialistischen Presse wird offen gehetzt. Von „Dirigismus“ und „Erdrosselung der freien Wirtschaft“ schreibt das „Handelsblatt“: „Die Industrieländer müssen zur Offensive übergehen.“ Im Eilverfahren haben die Parlamente der USA und in ihrem Windschatten der BRD in diesem Sommer nationalstaatliche Gesetze verabschiedet, die den jeweiligen Kapitalisten für den Fall des Scheiterns der Seerechtskonvention grünes Licht für den Tiefseebergbau geben. Was kümmert es, daß dies ein offener Bruch der UN-Resolution von 1970 wäre, die die Schätze der Tiefsee zum „gemeinsamen Erbe der Menschheit“ erklärt hat! Die Staaten der Dritten Welt haben für einen solchen Fall des „wilden“ Abbaus von Manganknollen durch einzelne Imperialisten einen breitflächigen Rohstoffboykott angekündigt. „Was dann?“, fragt das SPD-Organ „Vorwärts“ vom 31.7.1980: „Schiffe nicht nur in den Persischen Golf zur Sicherung unseres Öls, sondern auch Truppen nach Zambia des Kupfers wegen?“

Frankreich Lothringische Bergarbeiter im Streik

Seit dem 5. November stehen im lothringischen Kohlerevier die Förderanlagen sämtlicher Zechen still, kein Gramm Kohle verläßt die Gruben. 80% der Untertagearbeiter und ein großer Teil der Beschäftigten über Tage streiken für eine Sofortanhebung der Prämienbestandteile des Lohns, deren künftige Erhöhung entsprechend der Entwicklung des Lebenshaltungsindex sowie für Höherstufung vor allem der Untertagearbeiter. Alle im Revier vertretenen Gewerkschaften, neben der CGT und der CFTD sind die direkt sozialdemokratische FO und die christliche CFTC, unterstützen die erhobenen Forderungen und haben sich in einem gewerkschaftlichen Aktionskomitee zusammengeschlossen. Nach Provokationen von Ingenieuren und höheren Angestellten sind noch in der ersten Woche vor sämtlichen Gruben Streikposten aufgezogen.

Es ist dies die dritte große Kampfaktion französischer Bergarbeiter in den letzten 10 Wochen. Anfang September demonstrierten 2000 Bergleute des südfranzösischen Cevennen-Bassiel gegen die Stilllegungsbeschlüsse der staatlichen Kohlegesellschaft und besetzten deren Hauptsitz in Paris, ohne die Stilllegungspläne zurückschlagen zu können. 1130 marokkanische Kontraktarbeiter des lothringischen Reviers begannen am 4. Oktober einen vierwöchigen Streik für die volle Anwendung des Bergmannstatuts, d.h. vor allem Auszahlung der Deputatkohle, gleiche Sozialversicherung wie die französischen Arbeiter und unbefristete Arbeitsverträge. (Siehe Politische Berichte Nr. 2) Ende Oktober mußten die Kapitalisten nachgeben.

Der Ausbruch der jetzigen Kämpfe ist durch diesen Erfolg sicherlich beschleunigt worden. Sie zielen jedoch weiter als die bisherigen Aktionen und drohen die Kohle- und Energiepolitik der französischen Bourgeois an einem Zentralpunkt zu treffen. Deren Kalkül ist es, bei stagnierender Gesamtkohleproduktion die wenig profitlichen Reviere im Süden und in Nord-Pas-de-Calais nahe der belgischen Grenze zu schließen und mit umfangreichen Rationalisierungsmaßnahmen wie massiver Lohnsenkung die Produktionskosten auf das Niveau der internationalen Konkurrenz zu drücken. Schon dieses Jahr fördern die lothringischen Arbeiter bis November 10 Mio. t, d.h. weit über die Hälfte aller Kohle in Frankreich. Der Lohn eines Hauers liegt hingegen bei 4000 Franc brutto (1720 DM) und damit niedriger als der Groß-

teil der Facharbeiterlöhne anderer Branchen. Konsequenterweise verweigert die staatliche Kohlegesellschaft Charbonnages de France jede Verhandlung. Stattdessen hat sie sich jetzt per Gericht bestätigen lassen, daß Streikposten die „Freiheit der Arbeit“ behindern und sogleich vier Streikposten entlassen.

Österreich Volksbegehren für Kernkraft: geringe Beteiligung

Fast auf den Tag genau zwei Jahre nach der Volksabstimmung gegen die Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Zwentendorf ließ die österreichische Bourgeoisie Anfang November ein Volksbegehren für die umgehende Inbetriebnahme desselben durchführen. Ein zweites Volksbegehren galt der Umwandlung in ein gasbeheiztes Kraftwerk.

Im November 1978 stimmten nach monatelangen Kämpfen 50,5% aller Wahlberechtigten in einer Volksabstimmung gegen die Anwendung der Kernenergie. Die Regierung mußte ein Atomsperrgesetz verabschieden. Seither haben vor allem die SPÖ-Regierungspolitiker, unterstützt von der Führung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, gebrütet, wie diese Entscheidung des Volkes revidiert werden kann. Als Argument mußte vor allem die Energie-Importabhängigkeit herhalten. Österreich importiert 70% seines Energiebedarfs, 1/3 davon kommt aus den RGW-Staaten, vor allem der Sowjetunion.

Im November 1980 nun wurde auf die „private Initiative“ des Sozialdemokraten Schöfnagel, unterstützt von den Kapitalistenverbänden, das Volksbegehren für die Nutzung der Kernenergie abgehalten. Die Beteiligung war extrem niedrig. Für die Nutzung der Kernenergie stimmten 422431 (8% aller Wahlberechtigten); für den Alternativantrag stimmten 147764 (3%). Immerhin aber reichen der SPÖ 200000 Stimmen, um die Debatte um Zwentendorf wieder ins Parlament zu bringen, wo sie – nach Meinung des Generalsekretärs der Industriellenvereinigung – auch hingehört. Die SPÖ plant jetzt, das Atomsperrgesetz mit der 2/3-Mehrheit des Parlaments aufzuheben, um die 1,2 Mrd. DM-Bauruine Zwentendorf schnellstens in Betrieb zu nehmen. Die Oppositionsparteien kündigen lau Protest an. Um den Volksmassen eine „gewandelte Einstellung zur Kernenergie“ (Kreisky) nahezubringen, wurden Anfang November die Preise für Benzin und Heizöl um 1,20 Schilling (0,20 DM) erhöht.



Tschiang Tsching „Anerkennung als Führerin finden“

Ende 1979 ist die von der US-Professorin Witke 1972 aufgezeichnete Lebensgeschichte Tschiang Tschings als Taschenbuch erschienen. Im Zusammenhang des Prozesses gegen die Viererbande, der jetzt vor chinesischen Gerichten beginnt, hat das Buch wieder Aktualität. Der Grund für Tschiang Tsching, ihr Leben vor westlichem Publikum auszubreiten: Ihr starkes Engagement für den Kommunismus sei im Ausland noch nicht zur Kenntnis genommen. Solche Bescheidenheit durchzieht das ganze Buch: „Ziemlich verärgert betonte Tschiang Tsching, daß die Rolle, die sie bei der Bodenreform gespielt hatte, der Öffentlichkeit nie in ihrem ganzen Ausmaß vor Augen geführt worden sei.“ Überhaupt war sie schon lange Motor wichtiger Entscheidungen der KPCh: „Im Frühjahr 1962 hatte Tschiang Tsching den Vorsitzenden davon überzeugt ..., daß es unbedingt nötig war, ideologisch die Oberhand zu gewinnen.“ Die chinesische Revolution ist für sie Plattform ihrer Karriere, die Massen sind Vehikel, „Anerkennung als Führerin zu finden“. Von abstoßender Gehässigkeit und rachsüchtiger Freude über deren persönliche Vernichtung trafen ihre Schilderungen anderer Parteiführer; wenn nicht Kuomintang-Geheimagenten oder Renegaten, so sind die meisten zumindest Schwächlinge, Doppelzüngler oder schwankende Kantonisten. Nach dem Sturz der Viererbande hatte die KPCh dieses von Tschiang Tsching initiierte Buch als Landesverrat bezeichnet. In den darin ausgebreiteten Verdrehungen über die chinesische Revolution und die Führung der KPCh werden die Imperialisten genügend Hinweise für Einmischungsmöglichkeiten gefunden haben.

Witke: Genossin Tschiang Tsching, Ullstein-TB 3563, 12,80 DM

Kagemusha Gedämpfte Kriegsstimmung

Eine starke Massenbewegung in Japan bekämpft die forcierte Wiederaufrüstung des japanischen Imperialismus. Chauvinistische Erinnerungen an Japans Glorie und Pflege der japanischen Kriegertraditionen sollen dagegen den Wehrwillen stärken. Der Film „Kagemusha“ scheint in diese Richtung zu passen, aber die durch gut gemachte

Massenszenen erzeugte Kriegsstimmung wird im Filmablauf immer wieder zerstört. „Kagemusha“ spielt im 16. Jahrhundert und stellt den Untergang der Samurai-Krieger dar. Die Macht des japanischen Kaisers und des Beamtenstaates ist zerfallen, Sippen des Kriegeradels kämpfen um die Zentralgewalt. Shingen, Heerführer der mächtigen Takeda-Sippe, wird beim Feldzug gegen die Hauptstadt getötet. Ein Doppelgänger, ein Dieb, muß seinen Platz einnehmen. Er wächst in die Rolle des Shingen hinein, verliert aber seine Würde als einfacher Mann und zerbricht am hohlen Samurai-Ritual. Durch Zufall enttarnt, wird er von den Höflingen verjagt und endet als komische Figur. Der Sohn Singens besiegelt den Untergang der Takedas in einem Angriff gegen den von Jesuiten bekehrten Nobunaga, den späteren Einiger Japans. Die Takeda-Reiter und die lanzenbewehrten Fußtruppen, ausgehobene Bauern, werden im Feuer der gerade nach Japan gekommenen Musketen niedergemäht. Sie sterben für fremde Interessen, für eine untergehende Ordnung, das zeigt der Film in eindringlichen Szenen.

Filmstar

Die U.S.S. Nimitz macht's möglich

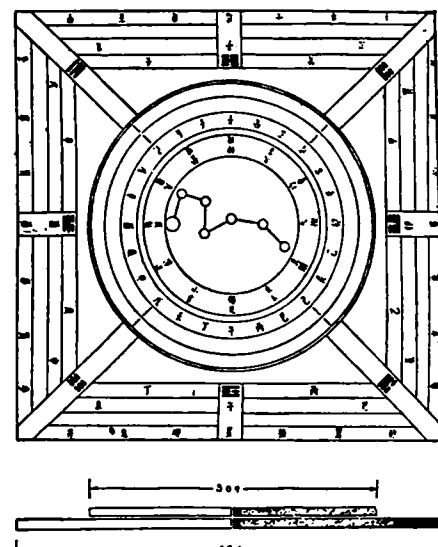
Der 1979 produzierte Film „Der letzte Countdown“ könnte vom Verteidigungsministerium in Auftrag gegeben worden sein, um das Ansehen des US-Imperialismus aufzupolieren und neuerlich militärische Aggressionen einzuläuten. Der Welt größter atombetriebener Flugzeugträger, die U.S.S. Nimitz, ist der große Filmstar. Benannt nach dem Admiral Nimitz, der von 1941 – 1945 Oberbefehlshaber der Pazifikflotte war, wird an die Rolle des US-Imperialismus in der Anti-Hitlerkoalition erinnert. Wer dies nicht mit dem Namen verbindet, wird durch ein „mysteriöses Zeitloch“, das die U.S.S. Nimitz ins Jahr 1941, 24 Stunden vor dem japanischen Angriff auf Pearl-Habour, zurückversetzt, mit der Nase darauf gestoßen. Welche „faszinierende Perspektive“ eröffnet sich für den Kommandeur mit Geschichtskenntnis und überlegener Militärtechnik. Der Zuschauer soll sich für den waffentrotzenden Star begeistern, als die insgesamt 120 Flugzeuge unterschiedlichen Typs mit Hilfe von vier Katapulten gestartet werden und alle 20 Sekunden vom Deck abheben. US-amerikanische Schiffe beherrschen die Meere, ein Programmpunkt des neuen US-Präsidenten Reagan, wird zur Förderung des Chauvinismus mit diesem Film unters Publikum gebracht.

Sowjetliteratur

Jans historische Kriegsbericht-erstattung über Dschingis Khan

1241 erreichte Batu, ein Enkel Dschingis-Khans, die Adria. Obwohl im Zweifel, ob er das letzte Meer, zu dem sein Großvater vordringen wollte, erreicht habe, kehrte er hier um und überließ die Europäer ihrem anhaltenden Streit darüber, wer am meisten dazu beigetragen habe, die wilden Tatarenheere abzuwehren und das Abend-

nesen übernommenen Hilfsmittel wie Kompaß und Landkarten sowie der Fähigkeit, Nachrichten über ein zu eroberndes Gebiet zu sammeln, Befehle über eine rationelle Heeresstruktur zu verbreiten und mit dem eine halbe Million starken Heer sehr schnell vorzuziehen, hatte er die meisten Gegner überrascht. An Städte nicht gewöhnt



Links: Temudschin (ca. 1155 – 1227) aus der Gegend zwischen den Flüssen Kerulen und Onon nannte sich nach der Vereinigung der Tatarenstämme Dschingis Khan. Rechts: Chinesisches Zauberkreuz mit Darstellung der Erde als Quadrat und des Himmels als Halbkugel, von vier Meeren umgeben.

land zu retten. In China waren die Mongolen an den befestigten Städten gescheitert und hatten sich mit Silber, Seide und Prinzessinnen begnügen müssen. Aber teils bei diesen Belagerungen, teils durch die Kenntnisse der gefangenen Ingenieure hatten sie gelernt, wie man mauerbrechende Maschinen baut und bedient, und überannten ein Reich nach dem anderen. Persien, Rußland, Polen, Ungarn waren besiegt und größtenteils verbrannte Erde. Die Burgen des europäischen Adels stellten für sie keine Schwierigkeit mehr dar.

Wahrscheinlich kehrte Batu um, weil er Nachricht vom Tode des Großkhans erhalten hatte und das Auseinanderbrechen des Reiches durch Kämpfe der Nachkommen Dschingis-Khans untereinander fürchtete. Mag sein, daß er es auch für ein Risiko ansah, ein Meer zu befahren, um bis zum Frankenkönig zu gelangen. Auf See versagten die Mittel, die sein Heer zu Lande unschlagbar machten. Mit Hilfe der äußerst schnellen und stabilen Steppenpferde, die keine Hufeisen und kein Korn brauchten, der von den Chi-

und unerfahren in ihrer Verwaltung, konnten die Mongolen nur mit beweglicher Beute etwas anfangen. Daher ihre sogenannte Grausamkeit. Nützlich waren für sie Schätze und neue Herstellungsverfahren für Gegenstände des täglichen Gebrauchs, also Handwerker. Alles andere, ob Städte, Felder oder Menschen, vernichteten sie.

W. Jan, der unter diesem Namen ab 1931 in der Sowjetunion publizierte, versucht etwas krampfhaft, in den mutigen, aber erfolglosen Abwehrkämpfen der russischen Völker ein Wahrzeichen für die viel spätere Befreiung von der Zarenherrschaft zu errichten. Seine Beurteilung der Mongolen, die sich selber die Siegenden nannten, ist schwankend, mal Begeisterung über ihre Leistungen, mal Wehklagen über die Schrecknisse des Mongolensturms. In seine Darstellung hat er eine Reihe von Dokumenten der russischen Geschichte und von Ausländern, die mit dem Heer zogen, eingearbeitet.

W. Jan, Dschingis-Khan (Insel-Taschenbuch Bd. 461, 10,00 DM), Batu-Khan (IT Bd. 462, 12,00 DM), Zum letzten Meer (IT Bd. 463, 10,00 DM).

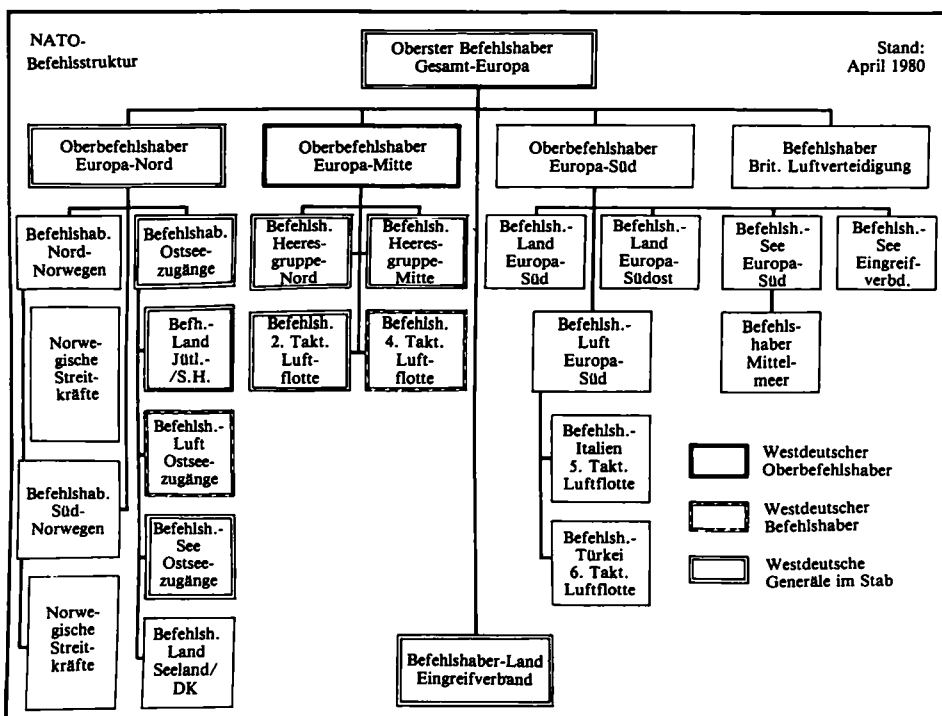
BRD und NATO „Befehlshaber über Soldaten aus 7 Ländern“

In diesem Jahr erschienen zwei Sondernummern der „Information für die Truppe“ – herausgegeben vom Führungsstab der Streitkräfte – zur 25jährigen NATO-Mitgliedschaft der BRD und zum ebensolangen Bestehen der Bundeswehr (4 bzw. 11/80). Mehr oder minder ausführlich findet sich in fast allen Beiträgen der (teilweise) Verzicht auf die „militärische Souveränität“ verhandelt. So stellt z.B. ein Oberst a.D. J. Fischer („Militärpolitische Lage und militärische Planung bei Aufstellung der Bundeswehr“, 11/80) im Zusammenhang mit den damaligen westdeutschen „Verteidigungsüberle-

lichten Denkschriften dieser Zeit ist die Forderung nach der „militärischen Gleichberechtigung“ der BRD sowie nach der „gleichberechtigten Einordnung in den europäisch-atlantischen Oberbefehl“ gemeinsam. Erlangung der „Souveränität“ in diesem Sinne meint offenkundig Ausnutzung des Bündnisses zwecks Wettmachung der eigenen Lage – die sog. „Himmeroder Denkschrift“ vom Oktober 1950 bezeichnet sie als „ungünstig wie niemals zuvor in der (deutschen) Geschichte“.

Der Mitverfasser der „Himmeroder Denkschrift“ und spätere (1957) eingesetzte Oberbefehlshaber der Verbündeten Landstreitkräfte von Mitteleuropa, General Dr. H. Speidel, verweist darauf, daß schon der bürgerliche Widerstand gegen Hitler (Goerdeler u.a.) ein derartiges Konzept verfolgt hätte. Speidel meint offenbar folgende Fest-

rischer Operationen“ (Domröse), was von dem im NATO-Hauptquartier tätigen Oberstleutnant J. Bringmann in seinem Beitrag „Die deutschen Befehlshaber in der NATO“ (derzeit 36 Generale/Admirale) als deren besondere Fähigkeit umschrieben wird: „Toleranz ... Fingerspitzengefühl, realistische Einschätzung von Möglichkeiten und Grenzen, kluges Eintreten für die eigene Überzeugung unter Rücksicht auf die Meinung anderer und auf nationale Eigenheiten, Flexibilität, Takt ...“ (a.a.O. 4/80). Und mit Blick auf den westdeutschen Alliierten Oberbefehlshaber Europa Mitte fügt der Oberstleutnant folgende rhetorische Frage hinzu: „Wer hätte damals (Ende des 2. Weltkrieges) auch nur an die Möglichkeit gedacht, ein deutscher General könne einmal Befehlshaber über Soldaten aus sieben westlichen Ländern sein!“



gungen“ u.a. fest, das „Konzept einer ‚Bündnisarmee‘ bedeutete zugleich den teilweisen Verzicht auf die volle militärische Souveränität ...“ Und Generalleutnant Domröse – Stellvertretender Stabschef im Obersten Hauptquartier der Alliierten Streitkräfte Europa – fügt in seinem Beitrag („Die BRD 25 Jahre NATO-Mitglied“, 4/80) für die aktuelle Lage noch folgendes hinzu: „Einzigartig für den souveränen Staat ist sicher dieser deutsche Beitrag zur NATO: Der Verzicht auf nationale Planung und Führung militärischer Operationen. Planung und Führung geschehen durch die integrierten NATO-Kommandobehörden.“

Fischer verweist im Zusammenhang mit seiner o.a. Argumentation auf die Denkschriften diverser ehemaliger Wehrmachtsgenerale (u.a. Speidel und Heusinger) aus der Zeit zwischen 1947 und 1950. Aber allen bislang veröffent-

stellungen Goerdelers aus dem Jahr 1941: „In die Führung Europas wird diejenige Nation hineinwachsen, die gerade die kleinen Nationen achtet und ihre Geschicke mit weisem Rat und weiser Hand, nicht mit brutaler Gewalt zu leiten versucht. Tut man gar alles, um die Führung unsichtbar zu machen, läßt man anderen bei Äußerlichkeiten betont den Vortritt, so kann man spielend die europäischen Staaten zum gemeinsamen Wohle führen. In diesem Falle ... wird es in verhältnismäßig kurzer Zeit sogar gelingen, auch die militärischen Kräfte der europäischen Nationalstaaten zusammenzufassen.“ (zit. nach G. Zieburg, Grundlagen der deutschen Außenpolitik seit 1871, S. 445) Es ist dieses geschmeidige und zugleich hartnäckige Festhalten am „Konzept von der Bündnisarmee“ bzw. vom „einzigartigen Verzicht auf nationale Planung und Führung militä-

Filmkritik

Näher zu dir, mein Gott – durchs Schwarze Loch

In der Nähe eines Schwarzen Loches trifft das Raumschiff „Palomino“ – an Bord Kapitän, Navigator, ein Wissenschaftler (Dr. M), eine Frau, ein Journalist und Superroboter Vincent – auf eine längst verschollene Raumstation. Chef der Raumstation ist Dr. Reinhard, umgeben von einer Garde von Robotern.

In Reinhardts guter Stube versammelt, betrachtet die Gesellschaft ergriffen das Naturschauspiel des Schwarzen Loches, wie es alle Materie in seiner Umgebung in sich verschlingt. „Was ist in dem Schwarzen Loch“, fragt Dr. M, „der Geist Gottes?“ Dr. Reinhard entwickelt seinen Plan, sich mit einem Raumschiff durch das Schwarze Loch hindurch „katapultieren“ zu lassen in eine neue Welt. Von ihrem Roboter Vincent erfährt die Palomino-Crew, daß ein Teil von Reinhardts Robotern ehemalige Bestatzungsmitglieder sind. Entsetzt ergreifen sie die Flucht. Reinhard startet die Raumstation Richtung Schwarzes Loch und hetzt seine Roboterarmee auf die Flüchtigen. In diesem Augenblick treffen glutheiße Meteoritenschwärme auf die Raumstation. Nun geht alles drunter und drüber. Reinhard wird in der Kommandozentrale von einem herabstürzenden riesigen Videoschirm erschlagen. Unsere Helden kämpfen sich, geleitet von Vincent, Richtung „Palomino“. Zur Palomino kommen sie zu spät, mit der hat sich der feige Journalist schon davon gemacht. Da fällt ihnen Dr. Reinhardts Raumschiff ein. Schließlich erreichen sie es und starten. Jedoch, Reinhardts Raumschiff ist auf das

Schwarze Loch programmiert, und so stürzen sie drauf zu.

Was gibt es im Schwarzen Loch? Spitze skurrile Pappmachee-Berge. Flammen steigen aus den Talgründen. Dann eingeblendet der Flug durch einen endlosen Tunnel aus gotischen Spitzbögen aus poliertem Stahl. Am Ende öffnet er sich zu einem großen Raum mit einem strahlend hellen Gebilde in der Mitte. Die Umrisse einer Frauengestalt schweben durch den Tunnel. Dann sieht man, wie das Raumschiff durch das andere All fliegt. Vor einer Kulisse von unzähligen Sternen steuert es auf einen von einer Sonne angestrahlten Planeten zu.

Enttäuscht verläßt man das Kino: Man hat Gott wieder nicht zu sehen bekommen, auch der Engel ist nur vorübergehuscht. Von den himmlischen Räumlichkeiten hat man nur den Korridor gesehen, und der sah aus wie ein chromglänzender Bankpalast hienieden. Ansonsten hinter dem Schwarzen Loch nichts Neues, und die Ausstattung an Bord der Arche – zwei Männer, eine Frau, ein vorlauter Roboter – ist auch nicht mehr wie früher.

Wer sich für Schwarze Löcher interessiert, hier Literaturtips: Umschau 79 (1979), Heft 9, S. 276, und 76 (1976), Heft 12, S. 377; Spektrum d. Wissensch. 1980, Heft 1, S. 23, und Heft 6, S. 78.

Regierungsinstitut „Bevölkerungsdynamische Rente“

In ihrer Großen Anfrage zur Bevölkerungsentwicklung forderte die CDU/CSU am 6. März im Bundestag, daß „die Familie wieder ideell und auch gesellschaftlich aufgewertet werden“ müsse. Bereits einige Zeit zuvor wurde in der „Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft“ (1/78) – Sprachrohr des von der Bundesregierung neugegründeten Instituts für Bevölkerungswissenschaft – dargelegt, wie das durchaus profitträchtig geschehen kann. Nämlich: „Das staatlich garantierte Altersversorgungssystem beruht auf der Solidarität der Generationen und erfordert daher auch Gerechtigkeit zwischen den Generationen. Eine kinderarme Generation regeneriert nicht mehr das volle Humankapital und muß daher im Sinne generationenübergreifender Gerechtigkeit ein größeres Erwerbskapital bereitstellen, d.h. sie muß während ihres Arbeitslebens einen *erhöhten Rentenbeitrag* leisten.“ „Denn die gegenwärtige Generation potentieller Eltern ist verantwortlich für die gegenwärtige Geburtenrate und damit für die nach rund 40 Jahren eintretende hohe Belastung der kommenden Generation.“ Für einen kinderlosen Arbeiter wird sodann ausge-

rechnet, daß sein Rentenbeitrag von 18% auf 31% (!) „*angehoben*“ werden müßte, um „Gerechtigkeit“ zu erzielen. Mit einem Teil der Mehreinnahmen soll dann „aktive Bevölkerungspolitik“ betrieben werden: Für jedes zusätzliche Kind soll es einen Nachlaß vom Höchstsatz für Kinderlose – einen „*bevölkerungsdynamischen Abschlag*“ – geben. Für die ausländischen Arbeiter soll das aber nicht gelten, sondern sie sollen darüber hinaus noch zahlen: „Im gleichen Maße wie die ausländischen Arbeiter ihre Kinder unter Beanspruchung des deutschen öffentlichen Schulsystems etc. aufziehen, zu dessen Aufbau sie ja nicht beigetragen haben, reduziert sich daher der bevölkerungsdynamische Rentenabschlag bei diesen.“ – Es ist die alte Nazi-Familienpolitik, bloß rationeller für den Profit.

Getreide Schlechtere Ernte – das Geschäft blüht

Entgegen zahllosen Voraussagen wird die Weltgetreideernte im Wirtschaftsjahr 1980/81 (von Juli bis Juni gerechnet) nicht so viel schlechter als letztes Jahr ausfallen. Nach den neuesten Vorausschätzungen wird sich der *Handel* mit Weizen und Reis auf derselben Höhe bewegen. Nur bei den sonstigen Getreidearten, vor allem Mais, wird es einen Rückgang um etwa 6% geben. Es handelt sich dabei um Getreide, das vor allem als Viehfutter verwendet wird. Die zu erwartenden Preissteigerungen dieser Sorten werden also vor allem die Importeure von Futtergetreide, z.B. die EG, treffen.

Obwohl der Preis für nordamerikanischen Weizen in den Monaten nach

1980 stiegen die Ozeanfrachtraten nach Indien um mehr als 60%, nach Ostafrika um 170%. Dieses Geschäft verspricht lohnend zu bleiben. Die diesjährige Ernte wird in einer Reihe von afrikanischen Ländern wegen der Trockenheit schlechter ausfallen, während gleichzeitig der Bedarf sowohl wegen der steigenden Menschenzahl als auch wegen des höheren Verbrauchs für die Vieherzeugung steigt. Die USA haben statt an die Sowjetunion Weizen in die VR China geliefert. China hat für 1980/81 schon 3,75 Mio. t Getreide bestellt. Die USA nehmen an, daß sich die Abschlüsse bis auf 8 Mio. t belaufen können.

Die Sowjetunion wird erneut große Mengen von Getreide einführen müssen. Zwar kann sie das Getreide auf dem Weltmarkt trotz des Embargos der USA erhalten, muß aber teuer dafür bezahlen. Schon im Februar, einen Monat nach dem Embargo, lagen die Preise für Weizen aus Argentinien um 74% über dem Vorjahr. Die Verteuerung der Weizenimporte wird die Sowjetunion jetzt erst voll treffen. Bisher konnte sie noch aus eigenen Vorräten aus der vorletzten guten Ernte zuschießen. Jetzt aber müßte sie neue Vorräte anlegen. Bis jetzt hat sich die Getreideknappheit weniger bei dem Teil, der direkt für die menschliche Ernährung verbraucht wird, ausgewirkt, als vielmehr bei der Produktion von Vieh und Geflügel. Zudem ist das Schlachtgewicht der Tiere geringer geworden, und die Milchproduktion geht zurück.

Wie immer, wenn für die armen Länder, die auf Importe angewiesen sind, Getreide schwer zu haben ist, senken die Länder, die Hauptproduzenten von Weizen sind, vor allem die USA, Kanada, Australien, aber auch die EG, das Volumen der Nahrungsmittelhilfe. 1975 wurde eine Nahrungsmittelreserve von mindestens 500000 t

Weltgetreidebestände zu Beginn des Wirtschaftsjahres, in Mio. t

	1975/76	1976/77	1977/78	1978/79	1979/80	1980/81
Insgesamt	173,0	179,6	235,3	228,7	265,2	249,0
davon in						
entwick. Ländern ..	109,2	99,3	144,5	143,8	175,6	159,0
USA	27,5	36,6	61,6	74,3	72,2	79,2
Kanada	13,7	12,7	18,3	19,4	22,1	17,5
EG	18,8	13,8	14,1	13,7	17,4	16,3
UdSSR	27,0	13,0	24,0	10,0	30,0	16,0
Entwickl.ländern ..	63,8	80,3	90,8	84,9	89,6	90,0
China	36,0	39,0	43,0	39,0	46,0	50,0
Indien	2,3	10,0	15,7	14,6	14,8	11,3

Für das Wirtschaftsjahr 1980/81 Vorausschätzung. Quelle: FAO, Food Outlook, Heft 7/1980

der Verkündung des Embargos gegen die Sowjetunion gesunken war, haben diejenigen Länder, die Weizen auf dem Schiffsweg importieren müssen, von der Verbilligung nichts gehabt. Hier haben die USA ein zusätzliches Geschäft gemacht. Von Mai 1979 bis Mai

Getreide beschlossen. Aber in diesem Vorrat haben sich nie mehr als 300000 t befunden. Zur Zeit nimmt die Menge sogar ab. 30% des Einfuhrbedarfs von 25 der ärmsten Länder sind weder durch Käufe oder Verträge noch durch Nahrungsmittelhilfe gedeckt.

Rentensenkung 1978 – 81 um 13, Krankenversicherungskosten soll

Die „allgemeine Bemessungsgrundlage“ in der gesetzlichen Fassung von 1957 – 1977 war auf das Niveau der Bruttolöhne fest bezogen. Sie folgte ihnen – unterschiedlich je nach den Lohnerhöhungen der einzelnen Jahre – etwa in einem Abstand von drei Jahren. Jede Maßnahme der Kapitalistenklasse zur Senkung des Rentenniveaus konzentriert sich seit der 1957 beschlossenen Gesetzeslage auf die Senkung der „allgemeinen Bemessungsgrundlage“ (vergl. dazu die nebenstehende Erläuterung der Rentenberechnung).

Die ab 1982 für gültig erklärte „allgemeine Bemessungsgrundlage“ ist in der Fassung des §1255 Abs. 2 Ergebnis des von Ehrenberg in den fünf Jahren durchgeführten Rentenschnitts. Die Ergebnisse bis zum Anfang dieses Jahres sind in den Bildern 01 und 04 dargestellt. Die gerasterte Fläche im ersten Bild deutet die Lage an, die die Verteilung der Renten ohne die Eingriffe des Ehrenberg-Ministeriums erreicht hätte. Im Bild 04 ist die wesentliche Methode dieses Eingriffs dargestellt: die Aufhebung der bis 1977 gültigen festen Beziehung der allgemeinen Bemessungsgrundlage auf die Entwicklung des Bruttolohnniveaus. Ersetzt man in der nebenstehenden Formel für die „allgemeine Bemessungsgrundlage“ in der bis 1977 gültigen Fassung die Bruttolöhne jeweils durch die Nettolöhne der gleichen Jahre,

wie dies in der unteren Kurve des vierten Bildes geschehen ist, so kann man sofort erkennen, daß auf dieses Ergebnis einer Anbindung an das Nettolohnniveau der Ehrenberg-Schnitt in der Absenkung der allgemeinen Bemessungsgrundlage ziemlich direkt hinsteuert.

Den Ansatzpunkt für die Rechtfertigung der Senkung des Rentenniveaus hat die herrschende Klasse im Anstieg des Rentenniveaus im Vergleich zu den Nettolöhnen gewählt. Gelingt es der herrschenden Klasse z.B. wie in den auf die Krise 66/67 folgenden Jahren, den Bruttolohn zu drücken, so steigen aufgrund der verzögernden Berechnung der allgemeinen Bemessungsgrundlage die Renten zunächst noch mit größeren Raten. 1967 wurde prompt für 1968 und 1969 die „Eigenbeteiligung“ der Rentner an den Krankenversicherungskosten beschlossen. Mit der seit Ende der 60er Jahre in den Sozialversicherungsabzügen und durch die Steuerprogression insbesondere seit der Reform 1974 forciert erhöhten Abzugslast auf den Bruttolohn zeichnete sich eine weitere beträchtliche Steigerung des Rentenniveaus gegenüber dem zurückbleibenden Nettolohnniveau ab. In diese Entwicklung trifft der Ehrenberg-Schnitt, wie es in der Gegenüberstellung der Bilder 02 und 03 jeweils a und b zu zeigen versucht wurde. Daß das Gesetz von 1957 bereits im

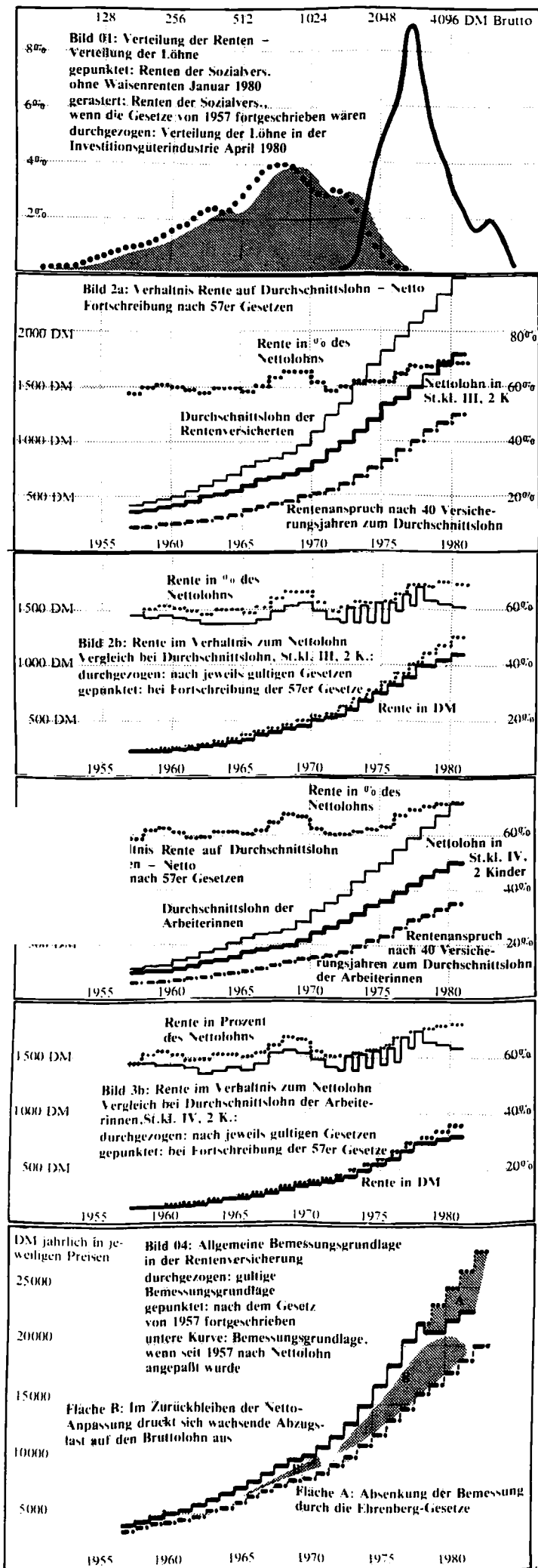
„Generationenvertrag“

Nach gängiger Vorstellung beruht die gesetzliche Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten auf dem sog. Generationenvertrag. Die in Arbeit und Lohn befindliche Lohnabhängigengeneration bestreitet das Altersruhegeld der aus der Produktion ausgeschiedenen Generation. Der bürgerliche Staat tritt als Garant dieses Vertrages auf und kümmert sich, daß die Beiträge beikommen und alles gerecht verteilt wird. Die Kapitalisten treten in dieser Vorstellung überhaupt nicht auf, und das ist auch der platte Zweck des Gedankenganges.

Der Versicherungsgegenstand der Rentenversicherung

ist die Verkäuflichkeit der Arbeitskraft. Der Versicherungsfall tritt ein, wenn die Arbeitskraft infolge Verschleiß nicht mehr verkäuflich ist. Das gesetzliche Verrentungsalter schreibt den Zeitpunkt fest, an dem dies im gesellschaftlichen Durchschnitt der Fall ist. (Ob richtig oder nicht, steht auf einem anderen Blatt.)

Die Verkäuflichkeit der Arbeitskraft nimmt nicht biologisch mit dem Alter ab. Reagan ist siebzig. Adenauer war ein steinalter Knochen. Wenn man auch nicht Arbeit nennen will, was solche Leute tun, Tätigkeit ist's reichlich. Der Zeitpunkt der Unverkäuflichkeit der Arbeitskraft hängt vom



0 – Abwälzung der Ehrenberg-Schnitt fortsetzen

ersten Jahr seiner Gültigkeit durch Aufschiebung der Rentenerhöhung um ein Jahr außer Kraft gesetzt wurde, ist im ganzen zeitlichen Verlauf dieser Gegenüberstellung zu erkennen.

Die nächste Etappe des Ehrenberg-Schnitts wird mit der Abwälzung der Krankenversicherungskosten auf die Rent-

ner eingeleitet. Sie werden ihnen nicht als feste Zulage bezogen auf die Rentenhöhe jährlich erstattet, sondern einmalig 1982 in der allgemeinen Bemessungsgrundlage angerechnet. Nach Regierungsaussagen soll dieser Abschlag bloß „Starthilfe“ sein und auf zukünftige Rentenerhöhungen angerechnet werden.

Renten Kürzung per Gesetzesänderungen

Jahr	DL-B	DL-N	AB-%	Bemgr	Rente	IN %	Bemgr	Rente	IN %
				bei Fortschreibung der Gesetze von 57			nach jeweils gültigen Gesetzen		
1953	338	290	14,2						
1954	353	304	14,0						
1955	379	326	14,0						
1956	404	346	14,4						
1957	420	361	14,0	357	214	59,3	357	214	59,3
1958	444	377	15,1	379	227	60,2	379	214	60,2
1959	467	397	14,9	401	241	60,7	401	227	57,2
1960	508	427	15,9	423	254	59,5	423	241	56,4
1961	560	467	16,6	444	266	57,0	444	254	54,4
1962	611	507	17,0	473	284	56,0	473	266	52,5
1963	648	535	17,4	512	307	57,4	512	284	53,1
1964	708	579	18,2	560	336	58,0	560	307	53,0
1965	769	636	17,3	606	364	57,2	606	336	52,8
1966	824	673	18,3	655	393	58,4	655	364	54,1
1967	852	692	18,8	708	425	61,4	708	393	56,8
1968	904	725	19,8	766	460	63,4	766	425	58,6
1969	987	779	21,1	815	489	62,8	815	460	59,1
1970	1112	858	22,8	860	516	60,1	860	489	57,0
1971	1244	943	24,2	913	549	58,2	913	516	54,7
1972	1361	1032	24,2	1067	601	58,2	1067	549	53,2
1973	1525	1117	26,8	1114	669	59,9	1114	601	53,8
1974	1698	1226	27,8	1239	743	60,6	1226	669	54,6
1975	1817	1313	27,8	1377	826	62,9	1377	743	56,6
1976	1945	1370	29,6	1528	917	66,9	1528	826	60,3
1977	2079	1450	30,2	1680	1008	69,5	1680	917	63,2
1978	2187	1524	29,5	1820	1092	70,8	1800	1008	65,4
1979	2326	1649	29,1	1947	1168	70,8	1756	1054	63,9
1980	2484	1744	29,8	2070	1242	71,2	1826	1096	62,8
1981	-	-	-	2197	1318	-	1899	1139	-

Zum 1.1. des jeweiligen Jahres: DL-B: Bruttodurchschnittslohn; DL-N: Nettodurchschnittslohn nach Berechnung des Ehrenberg-Ministeriums; AB-%: Gesamt-
abzugslast in % des Bruttodurchschnittslohns; Bemgr: Bemessungsgrundlage umge-
rechnet auf den Monat; IN %: Rente in % Nettodurchschnittslohns.

Grad der Auspowerung ab, dem diese Arbeitskraft unterworfen war, und vom Ausmaß der Ansprüche, die die Käufer von Arbeitskraft an eine bestimmte Sorte Arbeitskräfte stellen.

Die Leistung der Versicherung geht an den Lohnabhängigen, dessen Arbeitskraft so weit verschlissen ist, daß ein Verkauf an die Kapitalisten kaum noch gelingt. Für die Entstehung von diesem Verschleiß sind aber ausschließlich die Kapitalisten zuständig. Sie kaufen die Arbeitskraft und beuten sie aus. Sie verfügen über die Arbeitskraft.

Die Vorstellung vom Generationenvertrag läuft darauf

hinaus, daß die in der kapitalistischen Produktion Verschleißenden den Verschlissenen solidarisch beistehen, wirtschaftlich läuft sie darauf hinaus, daß die Verursacher dieses Verschleißes aus der Haftung entlassen werden und gar nichts bezahlen. Betrachtet man die Rentenversicherung als Generationenvertrag, so findet Auseinandersetzung nur zwischen Jung und Alt innerhalb der Arbeiterbevölkerung statt. Der Staat schlichtet. Tatsächlich zieht aber der bürgerliche Staat aus dem Arbeiter- und Angestelltenlohn mit Gewalt die Summe heraus, die erforderlich ist, um die von den Kapitalisten verursachten Kosten zu decken.

Die „Allgemeine Bemessungsgrundlage“

Im Renten-Neuregelungsgesetz von 1957 wird die „Allgemeine Bemessungsgrundlage“ der Bezugspunkt für die Festsetzung des Geldbetrags der Rente. Die Rentenformel lautet:

$$\text{Rentenbetrag} = B \times P \times V \times St$$

Darin ist:

B = „Allgemeine Bemessungsgrundlage“ in DM, gesetzlich festgestellt und für alle gleich innerhalb des jeweiligen Jahres,

P = Verhältnis des Lohns des Versicherten während seiner Beschäftigung zum Lohn aller Versicherten während dieses Zeitraums,

V = Zahl der Versicherungsjahre einschließlich der Ersatz- und Ausfallzeiten,

St = Steigerungssatz von 1,5% für Altersruhegelder. Um diesen Satz oder Anteil erhöht jedes Versicherungsjahr bei gleichbleibenden Lohnverhältnissen den Rentenanspruch.

Beispiel: Ein Versicherter hat in einem Versicherungszeitraum von 45 Jahren 75% des Durchschnittslohns jeweils monatlich verdient. Also ist

$$P = 0,75; V = 45; St = 1,5\% \text{ oder } 1,5 \times 1 : 100$$

Die Rente beträgt also:

$$\text{Rentenbetrag} = B \times 0,75 \times 45 \times 1,5 \times 1 : 100 = B \times 0,51$$

Die Allgemeine Bemessungsgrundlage B bestimmt also das Niveau, zu dem die Neurenten eines bestimmten Jahres festgesetzt werden und zu dem die Bestandsrenten angepaßt werden. So jedenfalls von 1957–1977. Sie war nach folgender Formel fest auf das Bruttolohnniveau bezogen:

Beispiel für die Berechnung der Bemessungsgrundlage: 1977 (= B₇₇, D_{xy} = Durchschnittslohn des Jahres xy)

$$B_{77} = \frac{D_{73} + D_{74} + D_{75}}{3} = \frac{18295 + 20381 + 21808}{3}$$

$$B_{77} = 20161 \text{ DM}$$

Wandlungen der Bemessungsgrundlage 57–82

1957. „Allgemeine Bemessungsgrundlage ist der durchschnittliche Bruttojahresarbeitsentgelt aller Versicherten der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten ohne Lehrlinge und Anlernlinge im Mittel des dreijährigen Zeitraums vor dem Kalenderjahr, das dem Eintritt des Versicherungsfalles vorausgegangen ist.“ (§ 1255 RVO Abs. 2)

1977. „Verkürzte Bruttodynamik“: „Die Allgemeine Bemessungsgrundlage, die für das Jahr 1977 20161 DM beträgt, verändert sich in den folgenden Jahren jeweils um den Vomhundertsatz, um den sich die Summe der durchschnittlichen Arbeitsentgelte in den drei Kalenderjahren vor dem Eintritt des Versicherungsfalles gegenüber der Summe dieser Durchschnittsentgelte in den drei Jahren vor dem Kalenderjahr, das dem Eintritt des Versicherungsfalles vorausgegangen ist, verändert hat ...“ (§ 1255 RVO Abs. 2)

1978. Senkung ab 1.7.78: „Abweichend von § 1255 Abs. 2 der RVO wird für die Berechnung der Renten die allgemeine Bemessungsgrundlage für die Zeit vom 1. Juli 1978 bis 31. Dezember 1979 auf 21068 DM, für das Jahr 1980 auf 21911 DM und für das Jahr 1981 auf 22787 DM festgesetzt.“ (§ 11 Arbeiterrentenversicherungs-

Neuregelungsgesetz Abs. 3, eingefügt durch 21. RAG)

1982. „Die allgemeine Bemessungsgrundlage für 1982 wird dadurch bestimmt, daß die für 1981 bestimmte allgemeine Bemessungsgrundlage um den Vomhundertsatz erhöht wird, der dem Verhältnis entspricht, in dem 1981 die Aufwendungen der Träger der Rentenversicherung der Arbeiter für die Krankenversicherung der Rentner zu der Summe der von ihnen gezahlten Rentenbeträge gestanden haben; der sich ergebende Betrag ist um den Vomhundertsatz zu erhöhen, um den sich die Summe der durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelte in den drei Kalenderjahren vor dem Kalenderjahr, das 1982 vorausgeht, gegenüber der Summe dieser Durchschnittsentgelte in dem Dreijahreszeitraum verändert hat, der ein Jahr vorher endet. In den folgenden Jahren verändert sich die allgemeine Bemessungsgrundlage jeweils um den Vomhundertsatz, um den sich die Summe der durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelte in den drei Kalenderjahren vor dem Kalenderjahr, das dem Eintritt des Versicherungsfalles vorausgeht, gegenüber der Summe dieser Durchschnittsentgelte in dem Dreijahreszeitraum verändert hat, der ein Jahr vorher endet.“ (§ 1255 RVO Abs. 2)

Ausländerpolitik

Nichteinbürgerung älterer Arbeiter, „Integration“ Jugendlicher



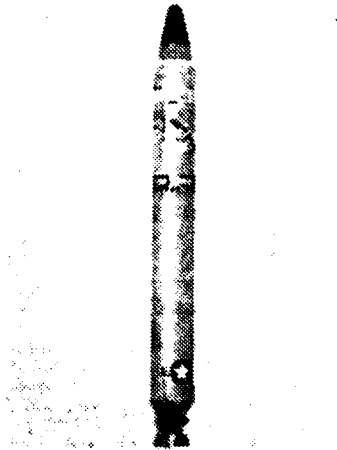
Die Ausländerpolitik soll ein Schwerpunkt der zukünftigen Regierungspolitik sein, vorbereitet durch Pressepropaganda gegen „Asylantenstrom“ und für „Integration“. Die beabsichtigte Verstärkung der staatlichen Kontrolle der ausländischen Arbeiter soll durch eine rabiate Spaltung ihrer Familien betrieben werden. Nichteinbürgerung der älteren und stufenweise staatlich kontrollierte „Integration“ der Jugendlichen.

Konferenzintrigen

Herausforderung für den proletarischen Internationalismus

Durch liebevoll innige Befassung mit den politischen und sozialen Verhältnisse beim ins Auge gefaßten Kriegsgegner bzw. Aggressionsoffer betreiben die Hauptmatadoren der imperialistischen Einmischung und Aggression ihre Vorbereitungen und umgeben sich gleichzeitig mit dem Flair von Gerechtigkeitsaposteln. We-

gen der offensichtlichen Brutalität ihrer Aggressionen muß gegenwärtig die UdSSR ziemliche Punktverluste anschreiben. Mit dem Zunehmen der Klassengegensätze in der westlichen Welt hoffen die sozialimperialistischen Strategen jedoch, in absehbarer Zukunft mindestens ausgleichen zu können.



Rekrutengelöbnisse

Apels Griff in die Militärklamottenkiste: Fetzen und Lumpen

Die feierlichen Rekrutengelöbnisveranstaltungen zeigen an, daß die Bourgeoisie die Fiktion vom „Staatsbürger in Uniform“ fallen läßt und nach mittlerweile 25 Jahren Bundeswehr in der Uniform wieder den gehorsam treuen Kettenköter wissen will, der tapfer beißt, wenn man es ihm be-

fiehlt. Der Widerstand gegen den öffentlichen Kult entwickelte sich vielseitig. Die Sache stößt ja sowohl an geschichtlich gewachsene Erfahrungen der Arbeiterbewegung an, wie sie Rebellion gegen die persönliche Vergewaltigung in der unmittelbar betroffenen Jugend auslöst.

Ägypten

Antiimperialistische Kräfte sammeln sich neu

Mit Sadats „Politik der offenen Tür“ für die Imperialisten ist das Klassenbündnis, das die nationale Revolution von 1952 getragen hatte, zerbrochen. Die US-„Eingreiftruppe“ probt am Nil Interventionen. Die Hoffnung der Bourgeoisie, durch den Separatfrieden Raum für wirtschaftliche Entwicklung zu gewinnen, hat getrogen. Die Lage der Arbeiter und Bauern erfordert revolutionäre Kämpfe.

